

PROTOKOLL

über die 18. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr am Donnerstag, 16. September 1993, im Rathaus, 1. Stock hinten, Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

Anwesend:

BÜRGERMEISTER
Hermann Leithenmayr

VIZEBÜRGERMEISTER:
Erich Sablik
Dr. Leopold Pfeil

STADTRÄTE:
Ingrid Ehrenhuber
Roman Eichhübl
Stadtrat Karl Holub
Stadtrat Ing. Othmar Schloßgangl
Stadtrat Leopold Tatzreiter
Stadtrat Dkfm. Mag. Helmut Zagler

GEMEINDERÄTE:
Hermann Bachner
Felicitas Bauer
Josef Brandstötter
Gerhard Bremm
Günter Fürweger
Johann Glanzer
Hans-Dieter Götz
Richard Gollatsch
Brigitte Lohnecker
Kurt Apfelthaler
Engelbert Huber
Klaus Jansky
Anna Jeloucan
Engelbert Lengauer
Friederike Mach
Josef Mayr
Dipl.-Ing. Frank Mundorff
Hans Payrleithner

Mag Harald Philipps
Edith Radmoser
Franz Rohrauer
Marco Vanek
Dr. Tilman Schwager
Ing. Dietmar Spanring
Wilhelm Spöck
Franz Strasser
Walter Strobl
Ulrike Fuchs

VOM AMT:
MD Dr. Kurt Schmidl
OMR Dr. Gerhard Alphasamer
SR Dr. Peter Gottlieb-
Zimmermann
OAR Walter Kerbl

PROTOKOLLFÜHRER:
OMR Mag. Augustin Zineder
Ulrike Sturmberger

Tagesordnung:

1. **Eröffnung der Sitzung;
Feststellung der ordnungsgemäßen
Einberufung, der Beschlußfähigkeit
und Bekanntgabe der Protokollprüfer**
2. **Behandlung von allfälligen Anfragen**
3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**
4. **Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem.
§ 54 Abs. 3 StS**

(Die Unterlagen wurden zu den jeweiligen Stadtsenatssitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt. Eine listenmäßige Aufstellung der gefaßten Beschlüsse liegt dieser Einladung bei.)
5. **Verhandlungsgegenstände**
6. **Aktuelle Stunde**

KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES

gem. Pkt. 4 der Tagesordnung:

- 1) VerkR-169/93 Reparatur des Radargerätes; Austausch der Registrierkamera;
- 2) Buch - 1/93 Rechts- und Gerichtsgebühren; Bewilligung eines Mehrbedarfes bei der VA-Stelle 1/0100/640000.2
- 3) GHJ2-52/93 Ankauf von zusätzlichem Büromobiliar für die MA I, Promenade 9, und die MA. III, Rathaus.
- 4) GHJ2-57/93 Aufstellung einer Informationstafel im Stadtteil Resthof; Vergabe der Arbeiten.
- 5) GHJ2-95/93 Mehrzwecksaal Wehrgraben - Zaunerrichtung zur Steyr.
- 6) GHJ2-54/93 Errichtung einer Schrankenanlage zur Abgrenzung der Parkplätze unter der Vorlandbrücke.
- 7) GHJ1-92/93 Aufstockung der Kreditmittel für diverse zusätzliche EDV-Hardware; Reparaturleistungen und Softwaregebühren.
- 8) Bau3-196/93 Steinwändweg - Lauberleite; Hangsicherungsmaßnahmen.
- 9) Bau3-285/93 Haltebucht Damberggasse; Vergabe der Arbeiten.
- 10) Bau3-367/93 Park- & Ride-Parkplatz Sierninger Straße; Vergabe der Arbeiten.
- 11) ÖAG-1/93 Altpapiersammlung; Vertragsabschluß mit dem OÖ. Abfallwirtschaft Altpapier-Verwertungsverein; Bewilligung der Mittel für die Monate Mai, Juni und Juli.
- 12) SH-629/93 Weihnachtsaktion 1993 zugunsten bedürftiger Pensionisten.
- 13) SH-3297/89 Sozialhilfeleistungen für Arztkosten.
- 14) Ha-6643/92 Durchführung der Effizienzanalyse durch die Fa. VAMED ENGINEERING.
- 15) Ha-187/93 Waldorf Kindergarten, Kinderfreunde-Kindergarten; Ha-129/93 Subvention 1993.

- 16) Ha-8680/92
Ha-1747/92 Stadtpfarramt Steyr; Hochwasserschutzmaßnahmen am Objekt Steyr, Stadtplatz 41 (Marienkirche); Subvention.
- 17) Ha-8610/92 Günther und Elisabeth Mayr; Hochwasserschutzmaßnahmen am Objekt Wehrgrabengasse 31; Subvention.
- 18) Ha-35/93 Hans Payrleitner; Hochwasserschutzmaßnahmen am Objekt Ortskai 9; Subvention.
- 19) Ha-5763/92 Erna und Richard Wollmayr; Hochwasserschutzmaßnahmen am Objekt Schroffgasse 1; Subvention.
- 20) Präs-640/87 Dienstfahrzeug Panda 4 x 4.
- 21) VerkR-5629/92 Parkraumbewirtschaftung - Abschluß einer Elektro-Geräte- u. Anlagen-Versicherung für 28 Stk. Parkautomaten.
- 22) Bau3-133/93 Rückbau Konradstraße BA 2; Vergabe der Arbeiten.

VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

gem. Pkt. 5 der Tagesordnung:

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

- 1) Präs-1166/91 Bildung der gemeinderätlichen Ausschüsse; Änderung in der Zusammensetzung.
- 2) Rp-800/93 Kontrollamt der Stadt Steyr; Jahresbericht 1992 gem. § 39 Abs. 3 StS.
- 3) ÖAG-1873/90 Hauptreparaturwerkstätte Steyr, Änderung des Kaufvertrages.
- 4) SH-4122/88 Tauschvertrag zwischen der Stadt und Herrn Helmut Gebeshuber; Abschluß eines Baurechtsvertrages mit der Geschützten Werkstätte GesmbH und dem BBRZ Linz.
- 5) Bau2-1300/92 Stadtentwicklungskonzept Steyr; Mittelfreigabe.
- 6) Bau2-6446/86 Verein FAZAT; Errichtung der 2. Ausbaustufe des FAZAT; Baukostenzuschuß in Höhe von S 3 Mio.
- 7) Bau5-5804/85 Überdachung Kunsteisbahn; Auftragerhöhung und Bewilligung einer Kreditüberschreitung.
- 8) Sport-1240/92 Verleihung des Sportehrenzeichens der Stadt Steyr an Sportler und Funktionäre.
- 9) Schu-7020/91
Schu-7609/92 Vorschreibung der Schulerhaltungsbeiträge 1993 für öffentliche Berufsschulen und Abrechnung der Vorauszahlungsraten für 1992.
- 10) Ha-7627/86 7. Subventionsrate aufgrund der Verlängerung des am 12. 1. 1978 abgeschlossenen Vertrages über das Nominierungsrecht der Heimplätze der WIST in Wien.
- 11) Ha-157/93 Gewährung einer Subvention zur Durchführung des laufenden Sportbetriebes des ATSV Vorwärts Steyr.
- 12) Ha-124/93 Vereinsdruckerei Steyr, Blumauergasse 30, 4400 Steyr; Gewerbeförderung.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLIK:

- 13) Bau6-8380/92 Errichtung der Deponiegasreinigungsanlage auf der Mülldeponie Steyr.

- 14) ÖAG-136/93 Ankauf von Winterdienstgeräten und Funkgeräten
Komm.-Dienstl. sowie Bewilligung einer Kreditübertragung.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

- 15) Ha-113/93 Bertl Mütter; Herausgabe einer Compact Disc; Förderung; Kreditübertragung.
- 16) VerkR-4056/89 Generalverkehrskonzept Steyr; Honorar des Verkehrsplaners; Antrag auf Mittelfreigabe für die 3. Teilrechnung.
- 17) VerkR-5629/92 Parkraumbewirtschaftung; Vertrag mit dem Österr. Wachdienst; Kostentragung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

- 18) Ha-83/93 Verein "Steyrer Heimhilfe und Hauskrankenpflege"; Subvention für Wochenend- und Feiertagsdienste in der Mobilien Altenhilfe.
- 19) Ha-4455/91 Lebenshilfe OÖ. Subvention für Behindertenwohnheim Gleink; 2. Teilbetrag.
- 20) Bau5-8000/90 Erweiterung des Kindergartens Plenkberg um eine weitere Kindergartengruppe im Dachgeschoß.
- 21) SH-658/93 Seniorenpaß; Änderungen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

- 22) ÖAG-116/93 Trinkwasser- und Erdgasaufschließung Sandmayr
Stadtwerke Gründe; Vergabe der Leistungen.
- 23) ÖAG-135/93 Städtische Kunsteisbahn - Neutarife ab Saison
Stadtwerke 1993/94.
- 24) ÖAG-134/93 Erneuerung der Drucksteigerungsanlage Waldrand-
Stadtwerke siedlung; Vergabe der Leistungen.
- 25) Wa-43/93 Brunnenfeld Dietach - Grundwasserverunreinigung mit
Perchloroethylen; Maßnahmen zur Sicherung der Trink-
wasserversorgung; Auftragsvergaben.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KARL HOLUB:

- 26) Bau5-4177/86 Alten- und Pflegeheim Tabor; Weiterführung der Sanierungsarbeiten von Bad- und WC-Anlagen; Vergabe der Arbeiten.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

- 27) VerkR-4420/92 B 122 - Voralpenstraße; Errichtung einer VLSA an der Kreuzung B 122 a/Punzerstraße; Umbau der VLSA an der Kreuzung B 122/B - 122 a und der Blinklichtanlage beim Stadtbad in Steyr.
- 28) Ha-6604/92 Aufschließung Sandmayr-Gründe; Abschluß eines Aufschließungsübereinkommens mit Herrn DI. Hermann Proyer.
- 29) Bau3-27/93 Kanalisation Christkindlsiedlung; Erd-, Baumeister-, Rohrverlegungs- und Straßenbauarbeiten.
 Bau6-28/93
- 30) Bau6-7161/87 Kanalisation Wehrgraben-Süd, 1. Teil, BA 06; Mittelfreigabe.
- 31) Bau3-3047/89 Leitnerstiege; Sanierung und Neuerrichtung.
- 32) Bau3-134/93 Rückbau der Gleinker Hauptstraße im Bereich des Klosters, BA 1; Vergabe der Arbeiten.
- 33) Bau2-6190/89 Flächenwidmungsplanänderung Nr. 77 - Bürgerliche Brauerei Steyr.
- 34) Bau2-95/93 Aufhebung des Babauungsplanes Nr. 11 - Pachergasse.
- 35) Bau2-96/93 Bebauungsplan Nr. 61 - "Pachergasse II".

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

- 36) Bau5-2224/90 FFW Stein, Löschzug III; Vergabe der Arbeiten.
- 37) Bau5-1722/85 Sanierung der Stadtmauer im Bereich der Musikschule (Stadtgraben).
- 38) GHJ2-80/93 Anmietung von Räumlichkeiten im Gebäude der Volksbank Steyr, Stadtplatz 31.

- 39) Ha-186/93 Genehmigung von Kreditüberschreitungen für Amtsausstattung, geringwertige Wirtschaftsgüter und Instandhaltung von sonstigen Anlagen.
- 40) ÖAG-28/93 Ankauf des Stadtgutes Steyr von der Chemie Linz GesmbH.

BERICHTERSTATTER STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

- 41) Gem-Erl.-4622/92 Bedarfszuweisungsmittel für den OÖ. Landestierschutzverein, Zweigstelle Steyr; Weiterleitung.
- 42) SH-3413/90 Kosten für außerhalb des Alten- und Pflegeheimes Tabor verabreichte Verpflegung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, liebe Gäste! Ich darf Sie herzlich begrüßen zu dieser heutigen Gemeinderats-sitzung, eröffne diese, stelle fest, daß sie ordnungsgemäß einberufen wurde und daß die Beschlußfähigkeit gegeben ist. Als Protokollprüfer wurden mir die Gemeinderäte Strobl und Mayr gemeldet. Sind die Herrschaften bereit, diese Funktion auszuüben?

Sie geben dies durch Nicken des Kopfes zur Kenntnis.

Entschuldigt sind für den Beginn der Sitzung, sie werden später kommen, die Gemeinderäte Bremm und Glanzer.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, mit Schreiben vom 9. Juli 1993 teilten Frau Gemeinderätin Eva Scheucher und Herr Gemeinderat Oskar Holub mit, daß sie ihr Gemeinderatsmandat mit Wirkung vom 8. 9. 1993 zurücklegen.

Frau Gemeinderätin Eva Scheucher wurde am 7. November 1991 zur Gemeinderätin der Stadt Steyr angelobt. Sie war damit fast 2 Jahre Mitglied des Gemeinderates der Stadt Steyr, und zwar eines der aktivsten.

Sie hat sich auch heute wieder einen starken Abgang verschafft, ich lese in den heutigen OÖ Nachrichten, daß sie aufmerksam macht, daß wir in der Haratzmüllerstraße wiederum bei einem Bau der GWG nicht diese Tropenholzbeschlüsse eingehalten haben. Es ist noch nicht genau geklärt, angeblich ist es schon vorher ausge-

schrieben worden, jedenfalls hat sie recht, es dürfte uns entgangen sein und wir haben in Wirklichkeit dort die falschen Türen drinnen. Wir müssen also in Zukunft noch stärker auf diese Dinge achten.

Herr Gemeinderat Oskar Holub ist schon in der letzten Funktionsperiode des Gemeinderates am 23. Nov. 1989 angelobt worden. Er war damit fast 4 Jahre im Gemeinderat und hat hier mit seinen Ansichten, die er oft kundgetan hat, wirklich zur Belebung der Diskussionen beigetragen und Farbe in manche Diskussion gebracht. Besonders habe ich an ihm geschätzt, daß er auch sozial sehr engagiert gewesen ist. Ich möchte diesen beiden Mitgliedern des Gemeinderates für ihre Aktivität im politischen Leben unserer Stadt und für ihr Wirken im Gemeinderat unserer Stadt wirklich sehr, sehr herzlich danken und ich würde ihnen gerne zur Erinnerung an diese Tätigkeit symbolisch ein kleines Abschiedsgeschenk überreichen, wenn Sie bitte zu mir herauskommen:

Übergabe der Ehrengeschenke

Beifall

Aufgrund der eingelangten Verzichtserklärungen von den auf der Gemeinderatsliste der GAL aufscheinenden Personen waren zur heutigen Sitzung Herr Marco Vanek und Herr Kurt Apfelthaler zur Angelobung als neue Mitglieder des Gemeinderates der Stadt Steyr einzuberufen. Die Herrschaften sitzen

an den angestammten Plätzen der GAL Fraktion, wir begrüßen sie sehr herzlich in unserer Mitte. Die Gelöbnisformel, meine Damen und Herren, ist nunmehr abzulegen und zwar ersuche ich Sie zur Angelobung, sehr geehrte Herren, sich von ihren Plätzen zu erheben und das Gelöbnis mit den Worten "ich gelobe" abzulegen.

Die Gelöbnisformel lautet wie folgt:
"Ich gelobe, die Bundesverfassung und die Landesverfassung sowie alle übrigen Gesetze und alle Verordnungen der Republik Österreich und des Landes Oberösterreich gewissenhaft zu beachten, meine Aufgaben unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen, das Amtsgeheimnis zu wahren und das Wohl der Stadt nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern."

HERR MARCO VANEK:

Ich gelobe

HERR KURT APFELTHALER:

Ich gelobe

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich danke und wünsche mir gute Zusammenarbeit mit den neuen Mitgliedern in unserem Gemeinderat.

Mit Schreiben vom 12. 9. 1993 gab die GAL-Fraktion im Gemeinderat der Stadt Steyr bekannt, daß Herr Kurt Apfelthaler ab sofort zum Fraktionsvorsitzenden und Herr Marco Vanek zum Fraktionsvorsitzenden-Stellvertreter bestellt wurde.

Behandlung von allfälligen Anfragen:

Mit Schriftsatz vom 11. August 1993 ist von den Gemeinderäten Günter Fürweger und Hans Payrleitner folgende Anfrage an mich gerichtet worden:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!
Gemäß § 12 Abs. 2 des StS der Stadt Steyr richten wir folgende schriftliche Anfrage an Sie:

Zwischenruf:

Es liegen zwei Dringlichkeitsanträge vor.

Hinweis von Herrn Bürgermeister Leithenmayr:

... schon, aber das ist der Tagesordnungspunkt 1 bei den Verhandlungsgegenständen, das kommt etwas später, zunächst muß ich diese Anfragen beantworten, angelobt sind die Herrschaften, wir werden, wie die Tagesordnung es vorsieht, die Sitzung durchführen.

Gemäß § 12 Abs. 2 des StS wurden folgende Anfragen an mich gerichtet.

1. Wie viele Gemeindewohnungen in Steyr werden von Österreichern (exklusive der in den letzten 5 Jahren eingebürgerten Ausländer) und wie viele von Ausländern (inklusive der in den letzten 5 Jahren eingebürgerten Ausländer) bewohnt?
2. Für wie viele inländische Kinder und für wie viele ausländische

Kinder wird in Steyr Kinderbeihilfe ausbezahlt?

3. Wie viele von den ausländischen Kindern, für die eine Kinderbeihilfe ausbezahlt wird, leben tatsächlich in Steyr?
4. Wie viele Ausländer wurden im Jahre 1992 und wie viele im ersten Halbjahr 1993 in Steyr eingebürgert?
5. Warum wird seit geraumer Zeit die Einbürgerung von Ihnen und nicht mehr über den Stadtsenat durchgeführt?

Wir ersuchen Sie, diese Anfrage bei der nächsten Gemeinderatssitzung zu beantworten.

Zu den einzelnen Punkten, meine Damen und Herren, kann ich folgendes mitteilen:

zu Punkt 1:

Die GWG der Stadt Steyr hat derzeit 4.842 Wohnungen, welche von insgesamt 10.757 Personen bewohnt werden. Hievon ist bei 96 Wohnungen, das sind 8,9 % der Haushalte, der Haushaltsvorstand kein Österreicher. Diese 96 Wohnungen werden von insgesamt 348 Personen bewohnt.

Die 779 stadteigenen Wohnungen werden von insgesamt 2.110 Personen bewohnt, wobei bei 76 dieser Wohnungen, d. s. 9,7 %, der Haushaltsvorstand kein Österreicher

ist. In diesen 76 Haushalten sind 336 Personen polizeilich gemeldet.

Insgesamt gibt es in Steyr 18.666 Wohnungen, wovon 1.188 von Ausländern bewohnt sind.

zu Punkt 2 und 3:

Im Bereich des Magistrates der Stadt Steyr sind keine Daten darüber vorhanden, für wie viele inländische Kinder und für wie viele ausländische Kinder in Steyr Kinderbeihilfen ausbezahlt werden und wie viele von den ausländischen Kindern, für die Kinderbeihilfe ausbezahlt wird, tatsächlich in Steyr leben. Eine klärende Anfrage beim Finanzamt Steyr brachte kein Ergebnis, da das Finanzamt keine diesbezüglichen Aufzeichnungen führt und die Kinderbeihilfe bekanntlich ja nicht von der Gemeinde ausbezahlt wird, meine Herren.

zu Punkt 4:

Im Jahre 1992 wurden im Verwaltungsbezirk Steyr-Stadt 38 Personen eingebürgert, davon stammen 22 Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien, 6 Personen aus Rumänien, 3 Personen aus Argentinien, 2 Personen von den Philippinen und je 1 Person aus Indien, Polen, Deutschland, Ungarn und dem Irak. Im 1. Halbjahr 1993 wurden 27 Personen eingebürgert, davon stammen 17 Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien, 4 Personen aus Bosnien-Herzegowina, 2

Personen aus Ungarn und je 1 Person aus Deutschland, Rumänien, Thailand und der tschechischen Republik.

zu Punkt 5:

Das Staatsbürgerschaftsrecht ist eine Materie des Art. 11 B-VG, d. h., die Gesetzgebung liegt beim Bund und die Vollziehung bei der Landesregierung. Die zuständige Behörde für die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft ist damit nicht der Stadtsenat oder der Gemeinderat der Stadt Steyr, sondern die OÖ. Landesregierung. Ein Mitwirken der Stadt Steyr ist nur im Rahmen des übertragenen Wirkungsbereiches möglich, der nach der Bundesverfassung und dem Statut für die Stadt Steyr vom Bürgermeister zu besorgen ist. Der Stadtsenat war und ist für Stellungnahmen im Rahmen des Verleihungsverfahrens unzuständig. Mit dem Abgehen von der langjährigen Übung, den Stadtsenat mit den Staatsbürgerschaftsverleihungsverfahren zu befassen und stattdessen den Akt im Wege des Bürgermeisters der Landesregierung vorzulegen, wurde der gesetzmäßige Zustand hergestellt.

Eine weitere Anfrage ist am 25. August 1993 eingegangen. In dieser begehrt Herr GR Günter Fürweger von Herrn Stadtrat Leopold Tatzreiter die Beantwortung folgender Frage:

1. Wann wird das zur Zeit brachliegende Grundstück der Stadt Steyr, - es liegt zwischen

dem Freizeitzentrum Glaser, der Fa. Sommerhuber und dem vor kurzer Zeit erbauten Wohnhaus (Grundstück Nr. 608/11) - seiner Nutzung als Sportstätte zugeführt?

2. Wie viele derartige brachliegende Grundstücke, die sich im Besitz der Stadt Steyr befinden, gibt es?

Ich ersuche Sie, diese Anfrage bei der nächsten Gemeinderatssitzung zu beantworten.

Ich darf nun Herrn Stadtrat Leopold Tatzreiter bitten, diese Anfrage zu beantworten.

STADTRAT

LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, den beiden Anfragen entsprechend die erste:

1. Das Grundstück 608/11 wurde im Rahmen der Flächenwidmungsplanänderung Nr. 63 vom 20. 9. 1990, Bau2-815/89, als Grundfläche mit der Sonderwidmung Sportanlage gewidmet.
2. Im Besitz der Stadt Steyr befinden sich keine weiteren brachliegenden Grundstücke, die eine Widmung als Sportanlage haben.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke für diese Anfragebeantwortung.

GEMEINDERAT

GÜNTER FÜRWEGER:

Meine Frage war, wann das genutzt wird.

STADTRAT

LEOPOLD TATZREITER:

Entsprechend dem Widmungsplan bzw. wann es einsetzt, nämlich im Zusammenhang mit der Widmungsplanänderung vom 20. 09. 1990 für den Bau 2, und um diese Frage ist es Ihnen gegangen darum habe ich es gesagt, mit der Nr. 815/89.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Vielleicht kann ich noch ergänzend hinzufügen, daß dies eine Reservefläche für Freizeit und Sport ist und ich glaube und denke daran, daß durch die Bautätigkeit im Resthof-Süd dieser Kinderspielplatz, der dort in absehbarer Zeit wahrscheinlich aufgelassen werden muß durch unsere Bautätigkeit, dorthin verlagert werden sollte. Vermutlich werden wir in diesem Bereich die Widmung dann realisieren und einen Kinderspielplatz in diesem Bereich errichten, ist das für Sie nun mehr ausreichend?

Ich bedanke mich und habe noch eine weitere Anfrage und zwar diesmal von der Gemeinderätin Ulrike Fuchs, die folgende Frage an mich richtet:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Ich möchte meiner Enttäuschung über die zeitlich unzulängliche Protokollausfertigung Ausdruck

verleihen und gleichzeitig kritisieren, daß die späte Protokollzustellung von GR-Sitzungen an die Fraktionen und deren Mitglieder keineswegs der Geschäftsordnung des Gemeinderates (§ 33) entspricht, worin es heißt:

"(3) Die Verhandlungsschrift ist vom Vorsitzenden und zwei weiteren Mitgliedern des Gemeinderates zu unterfertigen und soll jeder Fraktion binnen zwei Monaten zugesandt werden."

Daher ersuche ich um Beantwortung, warum die Verhandlungsschriften von GR-Sitzungen nicht, wie innerhalb dieser festgeschriebenen Zeitfolge ausgefolgt sind.

Begründung meiner Kritik:

Seit 4. März 1993 bin ich Mitglied des Gemeinderates. Die letzte Protokollzustellung erfolgte am 6. September und betraf die GR-Sitzung vom 21. 1. 1993.

Weitere Protokolle wurden uns im April 1993 von der GR-Sitzung vom November 1992, im März 1993 von der GR-Sitzung vom Oktober 1992 zugestellt. Diese späte Zustellung von Verhandlungsschriften des Gemeinderates beweist zeitliche Versäumnisse von bis zu siebeneinhalb Monaten!

Bei der Sitzung des Gemeinderates vom 22. 4. 1993 wurde ich als Protokollprüferin bestellt. Bis dato erhielt ich keine Fassung der Verhandlungsschrift zur Überprüfung (fünf Monate Zeitverzug).

Wenn Betriebe Beschlüßergebnisse ihrer Betriebsführungen auch so spät erhalten, müßten sie zusperrern. Auch

unser Gemeinderat befindet über wesentliche und viele Millionenentscheidungen, die man nur durch rechtzeitige Protokollzustellungen nachvollziehen und kontrollieren kann und es ist fahrlässig, wenn man mehr als ein halbes Jahr auf diese Entscheidungshilfen warten muß.

Ich bitte Herrn Bürgermeister Leithenmayr als Verantwortlichen, künftig dafür zu sorgen, daß jeweils vor GR-Sitzungen die Protokollzustellung entsprechend der Geschäftsordnung erfolgt bzw. binnen zwei Monaten nach Abhaltung einer GR-Sitzung ausgefolgt wird.

Ausreden wie - unsere Schreibkräfte sind überfordert oder Computerausfall u. ä. - lasse ich nicht gelten. Zu wichtig ist das Nachvollziehen von Sitzungsergebnissen.

Dazu möchte ich folgendes sagen:

Zunächst bin ich einmal als Bürgermeister nach dem Statut verantwortlich, daß Beschlüsse des Stadtsenates und des Gemeinderates vollzogen werden, gebe aber zu, daß natürlich die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte an Hand vom Protokoll auch kontrollieren können, ob der Bürgermeister dieser Aufgabenstellung nachkommt. Ich möchte sagen, daß es richtig ist, daß die Verhandlungsschrift binnen zwei Monaten den GR-Mitgliedern zugesandt werden soll.

Durch die Tatsache, daß es sich um Wortprotokolle handelt, das muß ich sagen, ist es naturgemäß einem kleinen Personenkreis vorbehalten,

diese Protokolle auch zu schreiben und sie anzufertigen. Ich möchte doch sagen, daß durch den Umstand, daß die neue politische Konstellation des Gemeinderates eine Verlängerung der Sitzungen und viel mehr Wortmeldungen mit sich gebracht hat, es natürlich auch in dem Bereich zu einem Mehraufwand kommt, z. B. haben wir uns angesehen, daß wir 1990 insgesamt 506 Seiten GR-Protokolle geschrieben haben, während dem im Jahre 1992 972 Seiten, also eine nahezu 100%ige Steigerung, zu verzeichnen waren. Aus diesem Grund dürfte es vermutlich im Bereich wo das geschrieben wird, nämlich im Bereich Öffentlichkeitsarbeit, der nur durch zwei Personen besetzt ist, zu einem personellen Engpaß gekommen sein und es zeigt sich so wundersam, wie schnell sich die Kreise schließen. In der Zeitung habe ich gestern gelesen: 200 Beschäftigte mehr beim Magistrat in 13 Jahren, - ein Abbau wird gefordert - und in Wirklichkeit werde ich wohl verfügen müssen, um dem Statut und der Geschäftsordnung des Gemeinderates zu entsprechen, daß man dort zusätzliche Schreibkapazitäten aufbietet, um hier den anderweitigen Vorstellungen zu entsprechen.

Ich möchte sonst nichts dazu sagen, aber so ist es eben. Wir beschließen, wir parlieren, wir diskutieren, wir wollen alles schriftlich haben, wir haben hier einen entsprechenden Papieraufwand, der manchenmal daran ermahnt, daß wir fast wie eine Papierfabrik arbeiten und auf der anderen Seite soll hier personell eine

Einsparung getroffen werden. Es wird schwer sein, diese Quadratur des Kreises sozusagen aufzulösen. Ich persönlich werde mich darum bemühen, Frau Gemeinderätin, daß hier gesorgt wird, daß die Protokolle rechtzeitig fertiggestellt und zugesendet werden und Sie bitte ich auch, in ihrer Fraktion für den Personalaufwand hier für Verständnis zu werben, wenn wir diesen Ansprüchen überall genügen müssen.

Ich möchte noch weitere Mitteilungen zur Situation in Steyrdorf machen.

Am Montag, den 16. August besuchte mich eine Delegation von Bewohnern und Kaufleuten aus dem Stadtteil Steyrdorf und überreichte mir eine Petition mit folgendem Inhalt:

Die Bewohner und Geschäftsleute in Steyr fordern von allen Politikern Maßnahmen und Schritte gegen die unkontrollierte Überfremdung, besonders im Stadtteil "Steyrdorf".

Gleichzeitig wird gefordert, daß die zuständigen Beamten der Bundespolizei sowie der Bau- und Gewerbebehörde die Einhaltung aller Gesetze und Vorschriften bestmöglich überwachen.

In der über 2 Stunden dauernden Diskussion wurde zudem eine strenge Vollziehung des neuen Ausländer-Aufenthaltsgesetzes sowie verstärkte Polizeipatrouillen über einen längeren Zeitraum gefordert.

Es war die Aufgabenstellung, daß wir hier das Kind nicht mit dem Bad ausschütten, es geht darum hier zu

versuchen, mit den Umständen fertig zu werden, hier nicht Öl ins Feuer zu gießen, sondern zu kalmieren, zu schauen, daß hier die verschiedenen Bevölkerungsgruppen miteinander auskommen und leben können. Wir haben aber die Gelegenheit benutzt und wahrgenommen um hier Kommissionen einzusetzen um festzustellen, ob verschiedene Vorwürfe, die erhoben wurden, stimmen. Es ist so, daß sämtliche Gast- und Vereinslokale sowie 12 Wohnhäuser in dem Stadtteil bau-, und feuerpolizeilich-, gewerbe-, und lebensmittelpolizeilich und gesundheitsbehördlich überprüft wurden. Die Nachschau in den Wohnhäusern erfolgte in den Morgenstunden nach 06.30 Uhr bis 10.00 Uhr und in den Gast- und Vereinslokalen in den Abendstunden zwischen 18.30 Uhr und 24.00 Uhr. Anlässlich dieser Überprüfung wurden 2 Verwaltungsstrafanträge gestellt und eine Organstrafverfügung verhängt. Weiters wurde angeordnet, daß bis auf weiteres keine Veranstaltungsbewilligungen für den Stadtteil Steyrdorf ausgestellt werden dürfen. Die Sperrstunden für die Lokale "Bosna" und "Izmir" wurden auf 24.00 Uhr bescheidmäßig zurückgenommen.

Von der Bundespolizeidirektion Steyr wurde auch zugesagt, daß verstärkte Polizeipatrouillen im Stadtteil Steyrdorf durchgeführt und eingesetzt werden.

Mit Schreiben vom 17. Aug. d. J. habe ich Herrn Bundesminister Dr. Franz Löschnak die Situation im Stadtteil Steyrdorf neuerlich geschildert und ihn

nachdrücklich ersucht, und zwar zum zweiten Mal, ein ständig besetztes Polizeiwachzimmer im Stadtteil Steyrdorf, (entsprechend zu unseren Beschlüssen) einzurichten.

Außerdem habe ich mit Herrn Bundesminister Löschnak vereinbart, einen Lokalausgangstermin in Steyrdorf am 5. Oktober d. J. durchzuführen, sodaß wir hier die Lage auch entsprechend vor Ort erörtern können.

Zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage

darf ich berichten, daß während der letzten Monate die Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage nur eine geringfügige Veränderung erfahren hat. Die Nachrichten sind schlecht und deprimierend. Wir haben hier 3.999 Arbeitslose (davon 2.200 Männer und 1.799 Frauen) vorgemerkt. Verglichen mit dem Vormonat ist dies nur unbedeutend mehr gegenüber dem Vorjahr, allerdings hier um 1.047 Vorgemerkte mehr, das sind 35 %. Die Arbeitslosenquote hält bei 9,6 %. Es wird erwartet, daß im Winter die Viertausendermarke überschritten wird, und daß hier eine Quote von 10 % auch erstmals wieder nach 40 Jahren überschritten wird. Es ist also eine sehr, sehr bedrohliche Situation und die neuesten Meldungen, die wir aus den großen Betrieben hören, weisen nicht darauf hin, daß sich schon irgendwo eine Trendwende abzeichnet. Wir müssen alles tun um hier entgegenzusteuern oder Betriebe anzusiedeln, was natürlich in einer Phase der rezessiven Wirt-

schaftsentwicklung, die hier ein internationales Ausmaß hat, alles andere als leicht ist.

Ein einziger Hoffnungsschimmer, der wirklich da ist, sind einige Bemühungen von jungen Leuten, die hier kleine Betriebe im Dienstleistungsbereich gründen, das ist festzustellen. Zwei, drei Leute im Softwarebereich usw. gründen solche Firmen. Wir unterstützen diese auch als Stadt, aber eine größere Betriebsansiedelung bleibt ausschließlich hier der Stadt bzw. den öffentlichen Stellen vorbehalten. Ich meine hier die geschützte Werkstätte, die heute auch auf der Tagesordnung steht, der Bau wird begonnen und ich gehe davon aus, daß hier zwischen 70 und 80 Personen tatsächlich dann einen Dauerarbeitsplatz bekommen werden, aber von der Wirtschaft heraus ist momentan eher kein großer Impuls zu erwarten, was auch verständlich ist, da nirgends offenbar die Chance gesehen wird, rasch das Kapital zu amortisieren. Der Markt alleine macht es offensichtlich nicht, es geht darum, bessere Rahmenbedingungen zu erreichen und wir sind hier dazu aufgefordert. Das einzige, das ein bißchen positiv ist, ist also, daß hier etwas mehr, nämlich 19 % mehr offene Stellen - in absoluten Zahlen 400 - vorhanden sind und daß am Lehrstellenmarkt nach wie vor offene Lehrstellen, besonders im Gastgewerbe und im Tischlereigewerbe, gemeldet sind. Das waren die Mitteilungen des Bürgermeisters und nun kommen wir zum Tagesordnungspunkt 4).

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates:

Sie sind mit der Einladung zugegangen und ich bitte Sie um Kenntnisnahme.

Bevor wir in die Tagesordnung und zum Punkt 5), Behandlung der **Verhandlungsgegenstände** eingehen, berichte ich darüber, daß zwei Dringlichkeitsanträge von der FP vorgelegt wurden.

In Bezug auf den einen, der hier die Auftragsvergabe, die der Stadtsenat vorgenommen hat, nämlich 55 Wartehäuschen.....

MAGISTRATSDIREKTOR

SR DR. KURT SCHMIDL:

Die Anträge müssen wörtlich verlesen werden.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich muß die Anträge wörtlich verlesen, steht das so im Statut? Das ist natürlich schweißtreibend, dann werde ich mich dieser Aufgabenstellung unterziehen. Dieser Antrag lautet folgendermaßen:

Die nachstehend unterzeichneten sechs Mitglieder des Gemeinderates stellen gem. § 42 (2).3. des StS in Verbindung mit § 7 der GO des Gemeinderates einen **Dringlichkeitsantrag** und ersuchen um Zustimmung, diesen in Verhandlung zu nehmen und gem. § 18 (5) des StS einer Beschlußfassung zuzuführen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

I. Die Aufhebung des Beschlusses des Stadtsenates vom 15. Juli 1993 über die Auftragsvergabe von 55 Haltestellenunterständen an die Firma "Gutenberg-Werbering GmbH" (kurz Werbering genannt) sowie Neuverhandlung dieser kompetenzmäßig nicht allein dem Stadtsenat zustehenden Angelegenheit durch den zur Vorberatung zu befassenden gemeinderätlichen "Ausschuß für kommunale Betriebe und Freizeiteinrichtungen" und anschließend endgültigen Beratung und Beschlußfassung durch den Gemeinderat.

Begründungen:

Für einen derartigen Beschluß und den Abschluß einer Vertragsvereinbarung mit dem Werbering ist nicht der Stadtsenat, sondern gem. § 46 (2) Pkt.7, Pkt.10, Pkt.12 und Pkt.16 des Stadtstatutes der Gemeinderat zuständig. Aus der vom Rechtsanwaltsbüro Dr. Pramer/Dr. Lindinger in dieser Angelegenheit erstellten Vereinbarung zwischen dem Werbering und der Stadt Steyr ist eindeutig herauszulesen, daß:

- dem Werbering ein Werberecht auf die Dauer von 20 Jahren gewährt wird.
- dem Werbering die City-Light-Kästen zu Werbezwecken zur Verfügung stehen, ohne daß der Werbering an die Stadt Steyr zusätzlich noch ein Entgelt zu leisten hat

- die jeweiligen Kosten für die Stromanschlüsse, Anschlußkosten, Kanalbenützungsgebühren, Grundinanspruchnahme, etwaige Grundbenützungsgebühren von der Stadt getragen werden.

Das bedeutet, daß eine derartige Angelegenheit in den Wirkungsbereich und in die Zuständigkeit des Gemeinderates fällt, weil

1. die Festsetzung allgemein geltender Entgelte oder ein Verzicht auf Tarife nur der Gemeinderat beschließen kann. Immerhin werden 55 Haltestellenunterstände für den Zeitraum von 20 Jahren vom "Werbering" kommerziell genutzt und müssen für Werbezwecke Ankündigungsabgaben geleistet werden. Die Ankündigungsabgabe ist eine Gemeindesteuer. Der Stadt würde während der Laufzeit unter diesem Titel ein Entgelt von geschätzten 2 Mio Schilling entgehen, wenn ein Vertrag sanktioniert wird, in dem es heißt, dem Werbering stehen die City-Light-Kästen zur Verfügung, ohne daß der Werbering an die Stadt Steyr ein Entgelt zu leisten hat. Der Stadtsenat kann einen derartigen Verzicht nicht beschließen.
2. die Durchführung und Errichtung der Bauvorhaben die zur Aufstellung der 55 Haltestellenunterstände

(Wartehäuschen) führen, wie Stromanschlüsse, Anschlußkosten etc., wie sie in Pkt. 2 der Vertragsvereinbarung mit dem Werbering festgeschrieben werden, überschreiten die Gesamtkosten von S 500.000,- die von der Stadt Steyr zu tragen wären.

Auch für eine derartige Entscheidung fehlt dem Stadtsenat ebenfalls die Zuständigkeit.

II. Wir fordern daher vor einer endgültigen Entscheidung in dieser Angelegenheit

- a) einen Kostenaufwandsvergleich der beiden Wartehäuschen-Anbieter (Werbering und Fa. Wall)
- b) einen Servicevergleich über die Wartung
- c) eine Kostenübersicht (Kostenvoranschlag) über die der Stadt lt. vorläufiger vorliegender Vereinbarung Punkt.II, zufallenden Kosten für Baugenehmigungen, Stromanschlüsse, Anschlußkosten, Kanalbenützungsgebühren und eine Vorlage über die im Punkt V entstehenden Kosten der privaten Grundinanspruchnahme bzw. Grundbenützungsgebühren, die ebenfalls die Stadt Steyr belasten würden. Eine derartige Kostenübersicht wurde bisher nicht vorgelegt;
- d) eine Einnahmeübersicht über die vom Werbering sicherlich präliminierten Einnahmen aus der

kommerziellen plakativen Nutzung der 55 Wartehäuschen mit insgesamt 165 Werbeflächen im 4-Bogenformat (pro Wartehäuschen = 3 Werbeflächen), gerechnet pro Monat, Jahr und auf 20 Jahre Vertragsdauer. Erst diese Einnahmeübersicht ermöglicht es auch festzustellen, in welcher Höhe die Stadt Steyr eine Ankündigungsabgabe jährlich erwarten kann. Denn ein Verzicht auf diese Gemeindesteuer ist auszuschließen. Dazu ist keinesfalls der Stadtsenat kompetent. Die werbliche Vermarktung der Wartehäuschen muß für den Werbering gewährleistet sein... so wörtlich die Textstelle des Punktes VII der vorläufigen Vereinbarung. Das könnte geschehen, aber der Werbering oder auch andere Anbieter sollten nicht ihre auf Gewinn ausgerichteten Geschäftsinteressen auf Kosten der Stadt Steyr durch Entgeltsverzicht erreichen.

- e) Der Aspekt der Produktfertigung (Wartehäuschen) vor Ort soll ebenfalls bei der endgültigen Entscheidung (Auftragsvergabe) berücksichtigt werden, schließlich geht es auch um die Sicherung der einheimischen Arbeitsplätze.

Dieser Antrag ist von den sechs notwendigen Gemeinderäten unterzeichnet. Wir sind davon ausgegangen, aufgrund der rechtlichen Beurteilung der Situation bei der Vertragserstellung, daß hier die Zuständigkeit das

Stadtsenatsgremium ist. Dieser hat diesen Beschluß gefaßt und der Auftrag ist natürlich vergeben. Die Begründung für diese Vorgangsweise ist mehrfach von verschiedenen Positionen beleuchtet und vorgetragen worden. Die Vorgeschichte ist die, daß, ich weiß nicht wie viele Jahre, die Firma Werbering einen Werbevertrag mit der Stadt hatte und daß hier an diesen Plätzen von denen wir reden nicht an 55, sondern meines Wissens, an mehr als 70 Plätzen zum Teil bereits Wartehäuschen oder Galgen-Wartehäuschen eingerichtet sind oder sich jedenfalls Haltestellen befinden. Es war ein langjähriger Wunsch der Gemeindevertretung, daß hier diese Einrichtungen verbessert und zeitgemäß gestaltet - verschönert - werden. Es war natürlich nicht einfach, hier diese Gespräche zu einem Erfolg zu bringen, man muß sich vorstellen, daß der Werbering einen Vertrag hatte und daß er für die Erneuerung dieser Häuschen immerhin einen Investitionsaufwand von mehr als 10 Mio Schilling (geschätzt) tätigen muß, um diese Häuschen auf unseren Stand zu bringen. Es ist hier ein weiteres Problem, welches hier zu berücksichtigen war: Wir haben zunächst verhandelt um überhaupt diese Vorgangsweise zu erreichen und es ist ein Vertrag ausgearbeitet worden. Es ist dann eigentlich recht spät ein zusätzliches Angebot hereingekommen, das auch hier auf diese Position abgestimmt war

Zwischenrufe.....

Antwort des Herrn Bürgermeisters auf diese Zwischenrufe: diskutieren können wir später, momentan berichte ich zur Sache, wir haben noch Gelegenheit über dieses Thema zu parlieren, das werden sicher wieder ein paar Seiten Protokoll werden.... und ich meine, es war hier die Situation so, daß auch gegenwärtig noch der Werbering den Werbevertrag hat. Zur Zeit und bis Ende dieses Jahres hat der Werbering die Werberechte in Steyr für diese Positionen. Wir hätten also seriöserweise nicht mit einem weiteren Partner zum selben Verhandlungsgegenstand einen gleichen Vertrag abschließen können, das tut man nämlich nicht unter ordentlichen Geschäftsleuten, der Werbering war natürlich auch nicht bereit davon zurückzutreten und eigentlich ist es mir darum gegangen, und da bitte ich doch diesen Gedankengängen einiges abzugewinnen, mir ist es eigentlich schon drei Jahre darum gegangen, da habe ich aber in dieser Zeit, bis vor einem halben Jahr, keine Mitstreiter gesehen, keine, oder wenn einer da ist, soll er sich melden und vortreten. Ich habe keinen gesehen, ich habe ich mich drei Jahre bemüht, um das zustande zu bringen, und zwar heuer noch möchte ich es haben, ich wollte es schon 1991 haben und heuer war das eben nur möglich mit der Firma, die schon unter Vertrag steht und die gleiche Bedingungen wie Fa. Wall angeboten hat und da hatten wir noch die Diskussion über das Aussehen der Wartehäuschen, und das ist natürlich auch eine Geschmacksfrage, darüber

läßt sich streiten, daß will ich nicht in Abrede stellen. Jedenfalls haben wir hier die Möglichkeit aufgegriffen, nämlich heuer noch der Bevölkerung der Stadt Steyr diese Wartehäuschen wirklich hinzustellen und es treten für die Stadt Steyr jedenfalls daraus, daß diese Wartehäuschen dort hin kommen keine Kosten auf mit Ausnahme in einigen Bereichen, so bin ich informiert, wo es besonders schwierig ist, die Fundamentierung herzustellen und ganz neu, das habe ich gestern erst erfahren, hat unser Stadtbildpfleger wieder ein paar neue Ideen eingebracht, die waren mir bisher auch nicht bekannt, Pflasterung, das ist aber nicht vorberaten. In Wahrheit geht es darum, daß hier die Bevölkerung eine Verbesserung in diesem wichtigen Bereich des öffentlichen Verkehrs erfahren soll, daß der Stadt keine Kosten entstehen und daß dafür im Gegenzug dieses Unternehmen, welches über 10 Mio. Schilling investiert, die Werberechte erhält. Das ist Gegenstand dieses Vertrages und alles andere, was hier noch dazukommt, wird unter verschiedenen Gesichtspunkten miteingebracht. Nachdem es die Freiheitliche Fraktion für zweckmäßig erachtet hat, das nicht vorzubereiten in dieser Form, sondern hier in Form eines Dringlichkeitsantrages hierher zu kommen, möchte ich.....

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

...es gibt ja keine Fraktionsobmännerbesprechungen mehr....

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist ein Thema das wir auch noch behandeln können, da haben Sie sich ja entfernt und da war eine Auseinandersetzung zwischen FPÖ und ÖVP dafür maßgeblich, das werden die Herren sicher auch in dem Rahmen ausdiskutieren können.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Sie laden ein.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, ich lade ein, aber wenn mir verschiedene sagen, sie werden nicht kommen, weil hier das Klima so gestört ist.....

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

habe ich nicht gesagt, wann habe ich das gesagt???

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Wir behaupten jetzt.....

wir haben hier keine Wechselrede, sondern wir sollten diese.....

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Bei der Wahrheit sollten wir bleiben, ich bin nie weggegangen von einer Fraktionsausschußsitzung

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Warum unterstellen Sie mir, daß ich da stehe und als Bürgermeister vor

dem Gemeinderat eine Lüge ausspreche, das habe ich doch nicht notwendig und ich werde das auch nie tun. Sie haben fluchtartig diese Besprechung verlassen, aber das war halt so, macht ja nichts, und die ÖVP hat erklärt unter diesen Umständen wollen sie sich mit Ihnen nicht an einen Tisch setzen, das war eine Auseinandersetzung, so etwas gibt es, aber das haben sie anderswo auch schon gemacht und da kann man sich sicher wieder irgendwo treffen und zusammensetzen. Jedenfalls dieser Dringlichkeitsantrag ist hier vorgebracht und konnte noch nicht ausreichend beraten werden.

Das ist der eine Dringlichkeitsantrag, den habe ich jetzt einmal vorgetragen und die Geschichte ein bißchen erläutert.

Der zweite, den muß ich auch wieder vorlesen, der ist etwas kürzer, daher geht es schneller:

Die nachstehend unterzeichnenden sechs FPÖ-Mitglieder des Gemeinderates stellen gem. § 42 (2).3. des StS in Verbindung mit § 7 der GO des Gemeinderates einen **Dringlichkeitsantrag** und ersuchen um Zustimmung, diesen in Verhandlung zu nehmen und gem. § 18 (5) des StS einer Beschlußfassung zuzuführen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Die Verhängung einer Bausperre gem. der OÖ. Bauordnung (§58) für die bisher unverbauten Grundstücke im Stadtteil Pyrach, die bis zur Erstellung und Sicherung einer zweckmäßigen,

geordneten, stadtbildverträglichen Neuplanung (Teilbebauungsplan/Flächenwidmungsplan) dieser Areale andauern soll.

Von der Bausperre betroffene Gebiete Reithoffer-Pyrach:

- im Westen die Leopold-Werndl-Straße,
- im Osten Oberer Schiffweg,
- im Norden Katastralgemeindengrenze Steyr-Sarning,
- im Süden von der Leopold-Werndl-Straße entlang der Stadtgrenze zu Garsten, in weiterer Folge bis zum Schnittpunkt Pyrachstraße, von der Pyrachstraße entlang des unbenannten Weges in Richtung Gärtnerei Angerer bis zur Schnittstelle mit dem oberen Schiffweg.

Gleichzeitig erteilt der Gemeinderat den Auftrag, die zuständigen Geschäftsbereiche des Magistrates Steyr sollen binnen drei Monaten mit der Erstellung eines Detail-Stadtentwicklungsplanes für diese angeführten Grundstücksbereiche beginnen.

Durch sofortige Verhandlungen mit den Grundstückseigentümern soll eine optimale, stadtbildverträgliche, künftige Nutzung dieser Areale erreicht werden.

Begründungen:

- * Die Bausperre dient in erster Linie der Hintanhaltung von jetzt möglichen Bauvorhaben, die einer kontinuierlichen Stadtentwicklung

zuwiderlaufen, wie dies bereits an einem Beispiel entlang des Lilienhofweges dokumentiert wurde.

- * Die angeführten Gebiete, vor allem die sogenannten Reithoffergründe, sind die größten zusammenhängenden, noch freien, zentrumsnahen Flächen in Steyr und sollten im Sinne einer zukunftsorientierten Stadtentwicklung eine diesem Zweck entsprechende Widmung erhalten.

Auch dieser Antrag hat die erforderlichen sechs Unterschriften. Vielleicht sollten wir.....

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Antrag auf Unterbrechung der Sitzung zwecks Klärung der weiteren Vorgangsweise nach dem es sehr weitreichende Anträge sind.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Es steht dieser Antrag zur Unterbrechung der Sitzung, ich werde dem Antrag entsprechen.

Die Sitzung ist unterbrochen für

Zwischenrufe:

Abstimmung ist notwendig!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

ich würde vorschlagen, daß wir 20 Minuten unterbrechen, das wird wohl

ausreichend sein für die entsprechenden Beratungen.

Der Antrag steht auf Unterbrechung der Sitzung auf 20 Minuten, wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung.

Danke sehr, Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen. Die Sitzung ist bis 15.20 Uhr unterbrochen.

Pause von 15.00 bis 15.36 Uhr

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf, es hat etwas länger gedauert, bitte um Entschuldigung.

Zunächst möchte ich in Behandlung nehmen, den Dringlichkeitsantrag I, betreffend, die **Verhängung einer Bausperre**, dieser soll in Behandlung genommen werden, ich schlage vor, daß wir ihn am Ende unserer Tagesordnung einer Debatte und Behandlung unterziehen. Ich bitte darüber abzustimmen wenn Sie diesem Antrag zustimmen und folgen. Danke sehr, Gegenprobe? Stimmenthaltung?

Eine oder zwei Stimmenthaltungen? Der Antrag ist damit mit Mehrheit angenommen und wird am Ende der Tagesordnung einer Behandlung zugeführt.

STADTRAT KARL HOLUB:

Von der Geschäftsverordnung her, wäre das jetzt nicht notwendig gewesen.

Unverständliche Einwände:

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Bei einer 2/3 Mehrheit müßten wir ihn gleich behandeln.

Zwischenruf:

So ist es!

STADTRAT KARL HOLUB:

Eine Abstimmung wäre nur erforderlich, wenn der Antrag auf Dringlichkeit zur sofortigen Behandlung gestellt worden wäre.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Und was hätte sich dann, Herr Kollege Holub, an der Vorgangsweise geändert.

STADTRAT KARL HOLUB:

Es hätte je eine Wortmeldung pro Fraktion zur Feststellung der Dringlichkeit gegeben.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Gut, nachdem fast einstimmig, (zwei Enthaltungen), der Beschluß vorliegt, daß wir es am Ende der heutigen Tagesordnung behandeln, glaube ich, ist dem genüge getan.

Der nächste Dringlichkeitsantrag betrifft hier eine Aufhebung des Beschlusses des Stadtsenates, betreffend der **Errichtung von 55 Haltestellenunterständen.**

Wir haben uns beraten und hier gibt es eine Rechtsmeinung dazu, die hier verkündet werden soll und ich darf Herrn

Dr. Alphasamer bitten, hier seine Erläuterungen zu machen.

PRÄSIDIALLIREKTOR

OMR DR. GERHARD ALPHASAMER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, werte Mitglieder des Gemeinderates, gem. § 47 (4) unseres Statutes ist der Stadtsenat das beschließende Organ in allen nichtbehördlichen Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches, die nicht dem Gemeinderat, dem Bürgermeister, oder dem Magistrat vorbehalten sind. Auf diese Bestimmung hat sich der Stadtsenat gestützt, als er diesen Beschluß gefaßt hat und seine Kompetenz für diese Beschlußfassung wahrgenommen hat. Nunmehr wird in diesem Dringlichkeitsantrag der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion eine Begründung angegeben, der zufolge sehr wohl der Gemeinderat zuständig sein soll und werden im wesentlichen die Bestimmungen des § 46 (1) und zwar in seinen Ziffern 7, 10, 12 und 16 als Begründung hiefür herangezogen. Diese Begründungen für die Zuständigkeit des Gemeinderates sind in allen vier Punkten nicht stichhaltig, was ich wie folgt begründen möchte.

Der § 46 (1) Ziffer 7 regelt die Festsetzung allgemein geltender Entgelte und Tarife, nicht, wie im Freiheitlichen Antrag weiter ausgeführt, auch den Verzicht auf

derartige Tarife. Ein derartiger Verzicht wäre erst in der Ziffer 16 geregelt, die auch angeführt wurde, aber nicht in Ziffer 7.

In Ziffer 7 wird nur die Festsetzung allgemein geltender Entgelte geregelt und um eine Festsetzung von Entgelten kann es sich niemals handeln, wenn es sich um einen Abschluß mit gegenseitigen Rechten und Pflichten eines Vertrages handelt. Die Ziffer 10, auf die sich der Antrag weiter stützt, regelt die Durchführung von Bauvorhaben, wenn die veranschlagten Gesamtkosten den Betrag von S 500.000,-- übersteigen. Entsprechend den Auskünften unseres Stadtbauamtes betragen die veranschlagten Baukosten für die Herstellung der Fundamente, der Stromanschlüsse usw. zwischen S 300.000,-- und 400.000,--. Ich möchte darauf hinweisen, daß hier im Gesetz ausdrücklich von den veranschlagten Gesamtkosten die Rede ist und nicht von allenfalls tatsächlich möglicherweise höheren.

Gelächter:

Die veranschlagten Gesamtkosten liegen aber, entsprechend den Auskünften unseres Stadtbauamtes, mit S 300.000,-- bis 400.000,-- so deutlich von der Grenze von S 500.000,-- entfernt, daß nicht damit zu rechnen ist, daß diese Grenze erreicht oder überschritten wird. Es ist also sehr wahrscheinlich, daß diese Grenze ohnehin nicht überschritten wird, selbst wenn sie es wäre, für diesen theoretischen Fall, ist dennoch

von den veranschlagten Kosten auszugehen, da der Gesetzestext das Wort "veranschlagten" ausdrücklich in seiner Bestimmung aufnimmt. Damit ist auch die Ziffer 10 dieser Bestimmung nicht zielführend.

Weiter wird angeführt die Ziffer 12. Der Abschluß und die Auflösung sonstiger Verträge, wenn das darin festgesetzte einmalige Entgelt S 500.000,-- oder das jährliche Entgelt S 250.000,-- übersteigt. Wie in Ziffer 1, auf Seite zwei des Antrages sogar selbst vom Antragsteller ausgeführt wird, heißt es hier wörtlich: "ohne daß der Werbering an die Stadt Steyr ein Entgelt zu leisten hat". Die Stadt Steyr hat auch kein Entgelt zu leisten, damit kann von einer Gesetzesbestimmung, die von einem einmaligen Entgelt über S 500.000,-- oder einem jährlichen Entgelt von über S 250.000,-- spricht, nicht die Rede sein, da in keinem Fall ein Entgelt von keiner Seite zu leisten ist.

GEMEINDERAT

DR. TILMAN SCHWAGER:

Wie werden Tauschverträge vergebührt?

PRÄSIDIALLIREKTOR

OMR DR. GERHARD ALPHASAMER:

Tauschverträge werden vergebührt nach Ziffer 8 des § 46 (1) auf den sich der Antrag

1. nicht stützt und
2. wären auch die eingetauschten Rechte zu prüfen, ob sie S 500.000,-- übersteigen und wie gesagt sind eben die Wertgrenzen

zwischen S 300.000,-- und 400.000,-- entsprechend den Kostenermittlungen, sodaß auch hier die Tauschsumme von S 500.000,-- nicht überstiegen wird. Darüberhinaus stützt sich einfach der Antrag nicht auf die Ziffer 8. Aber selbst wenn er es täte, werden eben diese Wertgrenzen nicht erreicht.

Die Ziffer 16, auf die er sich letztlich noch stützt, die gänzliche oder teilweise Abschreibung von Forderungen öffentlich- oder privatrechtlicher Natur bei einem Betrag von über S 250.000,-- im Einzelfall, kann von vornherein nicht zutreffen, da auf keinerlei Forderungen verzichtet wird. Kaufmännisch stellt eine Forderung einen Rechtsanspruch gegen einen anderen dar auf Erhalt einer Leistung. Wenn aber dieser Rechtsanspruch von vornherein durch eine vertragliche Vereinbarung ausgeschlossen werden will, so entsteht gar keine Forderung. Damit ist es auch technisch nicht möglich, daß auf eine Forderung verzichtet wird. Damit ist auch die Ziffer 16 auf den gegenständlichen Fall nicht anwendbar. Somit sind sämtliche Begründungen, die von der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion für die Zuständigkeit des Gemeinderates hier vorgebracht wurden aus rechtlicher Sicht nicht stichhaltig, sodaß es zweckmäßiger Weise wegen Unzuständigkeit des Organes gar nicht möglich ist, diesen Antrag im Gemeinderat in Behandlung zu nehmen.

Ich danke.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren, Sie haben diese Erläuterungen gehört und die juristische Beurteilung der Sachlage und aufgrund dieser Beurteilung weise ich diesen Antrag wegen Unzuständigkeit des Organes Gemeinderat zurück.

Wir gehen nunmehr in die Behandlung der Verhandlungsgegenstände ein und ich darf den Vorsitz dem Kollegen Sablik übertragen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche Herrn Bürgermeister um den Vortrag von Punkt 1).

BERICHTERSTATTER

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates!
Aufgrund der Veränderungen im Gemeinderat sind uns die Veränderungswünsche in den Ausschüssen, betreffend der Vertreter der GAL Fraktion, zugegangen.

1) Präs - 1166/91

Bildung der gmeinderätlichen Ausschüsse; Änderung in der Zusammensetzung;

Die Vorschläge lauten wie folgt:

Finanz- und Rechtsausschuß Herr **GR Kurt Apfelthaler**

Kulturausschuß

Herr **GR Kurt Apfelthaler**.

Bauausschuß

Herr **GR Kurt Apfelthaler**.

Wohnungsausschuß

Herr **GR Kurt Apfelthaler**.

Prüfungsausschuß

Herr **GR Marco Vanek**.

Wohlfahrtsausschuß Herr **GR Marco Vanek**.

Ausschuß für Schule und Sportangelegenheiten

Herr **GR Kurt Apfelthaler**.

Verkehrsausschuß

Herr **GR Marco Vanek**.

Umweltausschuß

Herr **GR Marco Vanek**.

Ausschuß für kommunale Betriebe und Freizeiteinrichtungen

Herr **GR Marco Vanek**.

Ausschuß für Angelegenheiten des Zentralaltersheimes

hier müssen wir unsere Namensbezeichnung **ALTEN- und PFLEGEHEIM TABOR** einführen, fällt mir gerade auf (ist hier noch nicht durchgekommen). Wir müssen die entsprechenden Voraussetzungen schaffen, daß dieser Ausschuß auch offiziell umzubenennen ist, wir werden also auch das ins Auge fassen müssen. Jedenfalls wird auch in

diesem Ausschuß Herr **GR Marco Vanek** tätig sein. Die Wahl über den Vorschlag ist nun vorzunehmen und hier haben ausschließlich die Vertreter der GAL ein Stimmrecht. Ich bitte den Vorsitzenden diese Wahl nun vorzunehmen:

**VIZEBÜRGERMEISTER
ERICH SABLIK:**

Wer wünscht dazu das Wort bitte? Keine Wortmeldungen. Wenn Sie mit diesem Antrag einverstanden sind, dann ersuche ich Sie, wenn Sie diesem Antrag zustimmen um ein Zeichen mit der Hand.

Zwischenrufe:
Nur die GAL darf abstimmen!

**VIZEBÜRGERMEISTER
ERICH SABLIK:**

Ich stelle Einstimmigkeit fest und ersuche um den nächsten Antrag.

**BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:**

Der nächste Antrag betrifft den Kontrollbericht. Es ergeht der Antrag des Prüfungsausschusses.

2) Kontrollamt der Stadt Steyr
Jahresbericht 1992 gem. § 39
Abs. 3 StS:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der vom Kontrollamt der Stadt Steyr vorgelegte Jahresbericht für 1992 wird gem. § 39 Abs. 3 des StS zur Kenntnis genommen.

Ich bitte hier den Vorsitzenden eine allfällige Debatte zu eröffnen und dann die Abstimmung herbeizuführen.

**VIZEBÜRGERMEISTER
ERICH SABLIK:**

Zu Wort gemeldet hat sich der Vorsitzende des Prüfungsausschusses GR Dr. Tilman Schwager.

**GEMEINDERAT
DR. TILMAN SCHWAGER:**

Meine Herren Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren!
Ihnen liegt der Jahresbericht des vergangenen Jahres über die Tätigkeit des Kontrollamtes vor. Wie Sie daraus ersehen, sind es über 70 Akte über die hier abschließend berichtet wurde. Es war auch, das darf ich von hier aus sagen, die Zusammenarbeit zwischen Kontrollamt und Prüfungsausschuß immer sehr angenehm und das Kontrollamt ist uns bei unseren Fragen immer sehr offen entgegengekommen, ich hoffe, daß es so bleibt. Es darf insbesondere auf einige Punkte noch verwiesen werden, wo sich das Kontrollamt wirklich stark hineingekniet hat, es sind dies insbesondere die Punkte, die dem zeitungslesenden Herrn Stadtrat bekannt sind: über die Effizienz im Küchenumbau im Zentralaltersheim, wo sich das Kontrollamt, wie sich dann leider ergeben hat, vergeblich bemüht hat. Es sind auch einige Punkte hier noch gar nicht angeführt, nämlich die wirklich sehr umfangreichen Leistungen bei den Preisverhandlungen. Das gibt bei den Ausschußsitzungen immer sehr viel Arbeit. Ich hoffe nicht, daß, was jetzt

eben bei der Frage der Zuständigkeit - Stadtsenat oder Gemeinderat - aufgetaucht ist zu einem Dauerthema wird. Daß wir uns dann vielleicht damit auseinandersetzen müssen, daß hier irgendeine Voranschlagung von S 499.999,-- kommt und damit vielleicht der Stadtsenat allein zuständig bleibt und wir dann im Wege des Prüfungsausschusses bzw. mit Einschaltung des Kontrollamtes darüber befinden müssen. Das war bisher nicht der Fall und ich glaube, daß wir hier dem Kontrollamt nur danken können und ich bitte Sie, diesen Bericht eben zur Kenntnis zu nehmen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Ein Lob für das Kontrollamt, nächster Herr Gemeinderat Spöck bitte.

GEMEINDERAT

WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Auch ich möchte als Mitglied des Prüfungsausschusses dem Kontrollamt unter der Leitung von Herrn SR Dr. Gottlieb sehr, sehr herzlich danken für seine Tätigkeiten. Ich möchte aber auch, und das ist auch der Grund meiner Wortmeldung, bei dieser Gelegenheit auf die derzeitige personelle Situation im Kontrollamt hinweisen. OAR Ing. Haratzmüller steht ja seit seiner Bestellung zu einem der Geschäftsführer der GWG mit 1. Juli dem Kontrollamt nicht mehr zur

Verfügung. Gerade aber mit der Aufstockung der Mannschaft des Kontrollamtes mit Herrn Ing. Haratzmüller ist es gelungen, die Schienen zu der von uns immer geforderten begleitenden Kontrolle zu legen. Wenn ich dabei nur an die wichtige Funktion der Bedarfsermittlung bei der Kontrolle von Bauvorhaben über S 500.000,-- denke, alleine bei dieser Bedarfsermittlung ist ein Bediensteter voll ausgelastet. Ein weiterer Punkt wäre natürlich dann die begleitende Kontrolle am Bau, wo es gerade beim Hoch- und Tiefbau um hunderte von Millionen Schilling geht. Es wäre dann noch anzuführen, wie mein Vorredner ja betont hat, der Vorsitzende des Prüfungsausschusses, die Preisverhandlungen, wo auch immer ein Beamter des Kontrollamtes anwesend sein soll, alleine mit dieser Anwesenheit ist er wieder voll ausgelastet. Das alles waren die Gründe, daß wir in der Vergangenheit mehrere Beschlüsse im Prüfungsausschuß einstimmig gefaßt haben, das Kontrollamt um einen technischen Bediensteten zu erweitern. Im Amtsblatt 7/93 wurde der unbesetzte Posten des Kontrollamtes ausgeschrieben. Meines Wissens haben sich vier Bewerber gemeldet, zwei davon entsprechen den geforderten Voraussetzungen soweit ich informiert bin und es geht mir darum, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, daß dieser, ich will es bezeichnen als "Kostenvermeider-Posten", so rasch als möglich mit einem Mitarbeiter besetzt wird, der den geforderten Anforderungen, vor

allem dem Anforderungsprofil, wirklich entspricht. Damit würde die begleitende Kontrolle perfektioniert und auch lückenlos weitergeführt werden können.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Danke, wer wünscht noch das Wort? Niemand? Herr Bürgermeister das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich glaube daß hier allgemein positiv dieser Bericht des Kontrollamtes kommentiert wurde. Ich persönlich bin auch froh, wenn hier Kontrollen durchgeführt werden. Es ist die einzige Möglichkeit in Wahrheit umfassend, einigermaßen umfassend, muß ich einschränkend sagen, die Umsetzung der Gemeinderats- und Stadtsenatsbeschlüsse zu kontrollieren, weil der Bürgermeister alleine ist sicher nicht dazu in der Lage, obwohl das im Statut steht, die Arbeit von 1.042 (letzter Stand) Magistratsbediensteten zu kontrollieren. Ich gehe davon aus, daß sie gut motiviert sind und ordentlich arbeiten, aber wir brauchen auch einige "Kontrollinstrumentarien". Ich glaube, daß diese Arbeit gut gemacht wurde, möchte auch das Kontrollamt loben und den Prüfungsausschuß, wenngleich ich sage "Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser" das ist ein Spruch von Lenin, wird den Otto Tremel

freuen, wenn man solche Leute auch manchmal zitiert. Es soll aber nicht eines eintreten, was manchesmal auch der Fall ist, daß der in Linienfunktion befindliche Mitarbeiter nichts mehr tut, sondern vorher, bevor er etwas tut, sich umdreht um mit dem Kontrolleur zu reden, dann wird es nämlich sehr aufwendig und dann wäre das ein "Übercontrolling". Das ist also nicht wünschenswert. Damit würde ich nun bitten, die Abstimmung in positiver Weise vorzunehmen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Wer mit dem vorliegenden Jahresbericht einverstanden ist bzw. ihn zur Kenntnis nimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Stimmenthaltungen? Gegenstimmen? Keine. Danke, zum nächsten Punkt.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Punkt betrifft eine Änderung des Kaufvertrages, die Hauptreparaturwerkstätte der Steyr-Daimler-Puch AG

3) ÖAG - 1873/90

Hauptreparaturwerkstätte Steyr;
Änderung des Kaufvertrages:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion, Rechtsreferat vom 6. Juli 1993 wird der Änderung des mit der Steyr-Daimler-Puch AG abgeschlossenen Kaufvertrages über

einen Teil der ehemaligen Hauptreparaturwerkstätte Steyr in nachstehender Weise zugestimmt:

Die Freimachung der von der Steyr-Auto-Steyr Krafffahrzeug-Service- und Handelsges.m.b.H. genutzten Räumlichkeiten hat bis längstens 31.3.1994 zu erfolgen. Die Auszahlung der für das heurige Jahr vorgesehenen Kaufpreisrate, in Höhe von S 33,300.000,--, hat bei Auszug der Steyr-Auto-Steyr Krafffahrzeug-Service- und Handelsges.m.b.H. zu erfolgen.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat, gemäß § 47 Abs. 5 des Statutes, für die Stadt Steyr 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte auch hier die Debatte zu eröffnen bzw. die Abstimmung vorzunehmen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

gemeldet hat sich Hr. Dr. Schwager, wer noch bitte? Keine weiteren Wortmeldungen.

GEMEINDERAT

DR. TILMAN SCHWAGER:

Hohes Präsidium!

Es gibt einen Fachausdruck, der heißt "Kautelarjurisprudenz" d. h., daß man bei Verträgen eine Formulierung finden soll, die möglichst wenig Zweifel überläßt. Es soll hier, meiner Auffassung nach nur eine kleine Änderung, ich verzichte auf einen formellen Abänderungsantrag, weil ich überzeugt bin, daß die Juristen des

Hauses meiner Auffassung folgen werden, im zweiten Absatz vorgenommen werden.

Es heißt hier im Antrag: "Die Auszahlung der für das heurige Jahr usw., in Höhe von S 33,300.000,-- hat bei Auszug der Steyr..... usw., zu erfolgen. Dies ist mir einfach zu weich und zu ungenau. Bei Auszug, das kann der beginnende Auszug sein, es kann mitten im Auszug sein, es hat zu lauten, um das wirklich klar formuliert zu haben, nach erfolgter Räumung, von mir aus binnen 8 Tagen, binnen 5 Tagen, binnen 14 Tagen, aber nach erfolgter Räumung und nicht früher. Ich bitte Sie, daß man das vielleicht im kurzen Wege so ändern könnte.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Weitere Wortmeldungen dazu? Keine, ich bitte um das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren, diese Präzisierung ist wahrscheinlich richtig und zweckmäßig und man sollte diese kleine Korrektur vornehmen. Es steht damit mit in Behandlung und zur Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Dr. Schwager hat nicht genau gesagt, welche Frist eingesetzt werden soll, es soll nur eine Frist eingesetzt werden.

GEMEINDERAT

DR. TILMAN SCHWAGER:

Nach erfolgter Räumung.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Der Bürgermeister hat bereits in seinem Schlußwort angeführt, daß er die Formulierung des Herrn Dr. Schwager mitübernehmen will und ich darüber abstimmen lassen soll. Das mache ich jetzt in dieser Abänderung, wenn Sie damit einverstanden sind, bitte ich um ein Zeichen.

Gegenprobe nicht erforderlich, danke.
Nächster Punkt.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag durch den Stadtsenat:

- 4) SH - 4122/88
Tauschvertrag zwischen der Stadt Steyr und Herrn Helmut Gebeshuber;
Abschluß eines Baurechtsvertrages mit der Geschützten Werkstätte Ges.m.b.H. und dem BBRZ Linz;

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion, Rechtsreferat vom 13. Juli 1993 wird dem Abschluß eines Tauschvertrages mit Herrn Helmut Gebeshuber, Steyr, Gußwerkstraße 9, zugestimmt. Gebeshuber hat demnach eine Teilfläche von 7.678 m² des Grundstückes 42/2, KG Hinterberg, an die Stadt zu den im Amtsbericht aufgezeigten Bedingungen zu

übertragen und erhält im Gegenzug das Grundstück 28/2, KG Hinterberg, im Ausmaß von 7.000 m².

Gleichzeitig wird der Einräumung eines Baurechtes auf dieser Tauschfläche zugunsten der Geschützten Werkstätte Ges.m.b.H., 4020 Linz, Raimundstraße 5 und dem BBRZ, Berufliches Bildungs- und Rehabilitationszentrum, 4021 Linz, Grillparzerstraße 50, auf die Dauer von 80 Jahren zu den im Amtsbericht aufgezeigten Bedingungen zugestimmt.

Gemäß § 47 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr 1992 wird der Magistrat Steyr, infolge Dringlichkeit, zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Der Antrag steht zur Debatte, wer wünscht das Wort dazu?

Keine Wortmeldungen, wer mit diesem Tauschvertrag einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Stimmenthaltungen: drei
Gegenstimmen: sechs

Danke, nächster Punkt.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Nächster Punkt auf Antrag des Stadtsenates:

- 5) Bau 2 - 1300/92
Stadtentwicklungskonzept Steyr -
Antrag auf Mittelfreigabe;
Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III vom 6.8.1993 sind zur Erstellung des Stadtentwicklungskonzeptes für die Stadt Steyr, für das Finanzjahr 1993, Mittel im Ausmaß von S 600.000,-- (sechshunderttausend) bei VAST. 5/0310/728000.3 freizugeben.

Ich bitte hier um die Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Herr Dr. Schwager hat sich zu Wort gemeldet, bitte, dann Herr Vanek.

GEMEINDERAT

DR. TILMAN SCHWAGER:

Wertes Präsidium!

Am 15. Juli d. J. war die Gelegenheit für mich gegeben, die erste Präsentation von Prof. Dr. Breitling hier zu erfahren. Er ist sicher zeitlich nicht ganz à jour, aber die Arbeit die er gezeigt hat, ist in den Ansätzen wirklich sehr gut und läßt einiges erhoffen, sodaß ich Sie bitte, diesem Antrag zuzustimmen.

GEMEINDERAT

MARCO VANEK:

Ich möchte noch kurz einige Worte zur Erstellung des Stadtentwicklungskonzeptes sagen, vor allem zum Thema Bürgerbeteiligung. Bei der Erstellung des Stadtentwicklungskonzeptes müssen die Bürger viel stärker eingebunden werden, als wie es beim Verkehrskonzept der Fall war. Sie müssen das Recht haben, Vorschläge und Kritik einzubringen, die ihren

Lebensraum betreffen. Ich glaube, daß es nicht genügt, daß man die Wünsche und Vorschläge zur Stadtentwicklung nur mittels Fragebogen im Amtsblatt erhebt, sondern es sollten da viel mehr Methoden gefunden werden, um diese Wünsche abzutesten. Ich kann mir vorstellen, daß Bürgerbeteiligung mittels Projektgruppen in den einzelnen Stadtteilen passiert, diese Projektgruppen sollten mittels Prozeßberatern begleitet werden. Man braucht sich nur die Fachliteratur anschauen und dann sieht man, daß es viele Methoden gibt zu diesem Bereich, man braucht die geeigneten nur anwenden. Also unsere Forderungen zur Stadtentwicklung oder zur Erstellung eines Stadtentwicklungskonzeptes sind unter anderem Stadtteil-Werkstätten in denen Leitbilder, Wünsche und Ideen zwischen der Bevölkerung und den zuständigen politischen Entscheidungsträgern diskutiert werden. Wir brauchen eine Art Stadtentwicklungsforum, das die ganze Stadt betrifft, in dem dann die einzelnen Menschen aus den Stadtteilen gemeinsam die einzelnen Vorschläge erarbeiten und dann über die zukünftigen Wege, die wir jetzt in Steyr in Zukunft gehen werden, gemeinsam beraten. Ich denke mir, daß auf Ebene des Gemeinderates die Einrichtung eines Stadtentwicklungsausschusses an der Zeit ist, denn die Stadtentwicklung ist in ziemlich vielen Bereichen aufgesplittert. Noch einmal zum konkreten Fall vom Prof. Dr. Breitling, ich hoffe, daß im Planungsvertrag, den

ich persönlich nicht kenne, ein Abgabetermin festgelegt ist, wo dann bei Nichteinhaltung eine Pönale oder eine Pönalzahlung von Seiten des Auftragnehmers erfolgt, denn anhand des Verkehrskonzeptes haben wir gesehen, daß, wenn die Stadt kein geeignetes Druckmittel in Form einer Pönale hat, hier dann relativ wenig gegen eine zeitliche Verschleppung gemacht werden kann, danke.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Sind weitere Wortmeldungen vorgesehen, meine Damen und Herren? Nein - Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich glaube, daß eigentlich wie beim Verkehrskonzept auch in diesem Fall schon ein deutliches Zeichen gesetzt wurde, nämlich von Herrn Prof. Dr. Breitling selbst, um hier die Bürgervorstellungen auch wirklich kennenzulernen. Wir haben sogar im Amtsblatt diesen umfassenden Fragenkatalog transportiert, es ist auch ein entsprechender Rücklauf erfolgt. Ich weiß, daß hier mit der Beamtenschaft auch viele Interviews durchgeführt wurden. Es gibt wahrscheinlich noch sehr viele Diskussionsrunden und Notwendigkeiten, wenn wir nähere Ergebnisse dieser Arbeit vorliegen haben. Wir haben im Kreise der

Stadtsenatsmitglieder - ergänzt mit der grünen Fraktion - schon eine solche Diskussionsrunde hinter uns gebracht und es war ausreichend Zeit, um hier alle diese Fragen zu stellen. Ich persönlich habe das Gefühl, daß es jedenfalls die tiefeschürfendste und die weitreichendste Arbeit zur Entwicklung unserer Stadt werden wird, die es bisher gegeben hat. Er geht mit sehr viel Sachkompetenz, mit viel Wissen und mit großem Engagement an diese Dinge heran. Ich bin froh, daß wir bereits so weit sind und es ist natürlich zu erwarten, daß wir nächstes Jahr abschließende Arbeiten vorliegen haben werden, allerdings wird nicht zu erwarten sein, daß zu allem und jedem das Einvernehmen da sein wird. Dort wird es dann noch Diskussionen geben und der Gemeinderat wird Gelegenheit haben, hier entsprechend seine Vorstellungen einzubringen und dann das Ganze zu einem Beschluß zu erheben. Wir wissen aber auch, daß ständig Neuerungen eintreten können, und daß es sich dabei, und das hat Prof. Dr. Breitling deutlich gesagt, eigentlich um ein Leitbild in irgendeiner Form handelt und um eine Art rollende Planung und nicht um eine absolute Festlegung - um ein Rezeptbuch sozusagen - das uns dann aller Eigenverantwortung und allen weiteren Nachdenkens enthebt. Wir werden auch gerne bereit sein, über all diese Arbeiten zu diskutieren. Ich bitte nunmehr hier eine positive Abstimmung herbeizuführen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Stimmenthaltungen? Gegenstimmen? Keine - danke, nächster Punkt.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

- 6) Bau 2 - 6446/86
Verein FAZAT; Errichtung
der 2. Ausbaustufe des FAZAT;
Baukostenzuschuß in Höhe von
S 3.000.000,-;

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 12. August 1993 wird dem Verein FAZAT zur Errichtung der 2. Ausbaustufe des FAZAT ein Baukostenzuschuß in Höhe von S 3.000.000,- als einmalige, S 3.000.000,- als einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention gewährt. Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von S 3.000.000,- werden bei der VSt. 5/2390/777000.2 freigegeben.

Es hat bereits der Spatenstich stattgefunden, die Bauarbeiten sind im Gange. Ich bitte hier um eine entsprechende Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Wer wünscht zum FAZAT das Wort?
Herr Dipl. Ing. Mundorff bitte.

GEMEINDERAT

DI. FRANK MUNDORFF:

Nachdem im Amtsbericht zu lesen ist, daß nun auch das BFI mit Ausbildungs- und Weiterbildungslehrgängen ins FAZAT einziehen wird, ist es naheliegend und würde sicher begrüßt werden, wenn auch die Aus- und Weiterbildung die

Arbeitsstiftung in Zukunft vorhat, irgendwie mit den Aktivitäten des BFI koordiniert wird, um dort eine gegenseitige Befruchtung und Ausweitung der Tätigkeit des BFI bzw. der Tätigkeit des FAZAT zu erreichen. Zum zweiten - GRÜNDERZENTRUM - es ist ja in der neuen, in der bearbeiteten Festlegung die vorgezogene Zweckwidmung des "FAZAT II" in Richtung Gründer und Ansiedler "Betriebsansiedlerzentrum" gedacht. Nach meinen Kenntnissen hat man bei den Planungen vergessen, dem anliegerfreundlichen Zu- und Abfahrtverkehr entsprechend Rechnung zu tragen, und ich würde also dringend raten - wie im Bauausschuß schon angesprochen - mit dieser Planung bei den zuständigen Stellen zu beginnen. Danke.

GR GERHARD BREMM UND GR JOHANN GLANZER TREFFEN UM 16.10 UHR EIN.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Nächste Wortmeldung dazu? Ich sehe keine, daher kommen wir zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Stimmenthaltungen?

ich persönlich nicht kenne, ein Abgabetermin festgelegt ist, wo dann bei Nichteinhaltung eine Pönale oder eine Pönalzahlung von Seiten des Auftragnehmers erfolgt, denn anhand des Verkehrskonzeptes haben wir gesehen, daß, wenn die Stadt kein geeignetes Druckmittel in Form einer Pönale hat, hier dann relativ wenig gegen eine zeitliche Verschleppung gemacht werden kann, danke.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Sind weitere Wortmeldungen vorgesehen, meine Damen und Herren? Nein - Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich glaube, daß eigentlich wie beim Verkehrskonzept auch in diesem Fall schon ein deutliches Zeichen gesetzt wurde, nämlich von Herrn Prof. Dr. Breitling selbst, um hier die Bürgervorstellungen auch wirklich kennenzulernen. Wir haben sogar im Amtsblatt diesen umfassenden Fragenkatalog transportiert, es ist auch ein entsprechender Rücklauf erfolgt. Ich weiß, daß hier mit der Beamtenschaft auch viele Interviews durchgeführt wurden. Es gibt wahrscheinlich noch sehr viele Diskussionsrunden und Notwendigkeiten, wenn wir nähere Ergebnisse dieser Arbeit vorliegen haben. Wir haben im Kreise der

Stadtsenatsmitglieder - ergänzt mit der grünen Fraktion - schon eine solche Diskussionsrunde hinter uns gebracht und es war ausreichend Zeit, um hier alle diese Fragen zu stellen. Ich persönlich habe das Gefühl, daß es jedenfalls die tiefeschürfendste und die weitreichendste Arbeit zur Entwicklung unserer Stadt werden wird, die es bisher gegeben hat. Er geht mit sehr viel Sachkompetenz, mit viel Wissen und mit großem Engagement an diese Dinge heran. Ich bin froh, daß wir bereits so weit sind und es ist natürlich zu erwarten, daß wir nächstes Jahr abschließende Arbeiten vorliegen haben werden, allerdings wird nicht zu erwarten sein, daß zu allem und jedem das Einvernehmen da sein wird. Dort wird es dann noch Diskussionen geben und der Gemeinderat wird Gelegenheit haben, hier entsprechend seine Vorstellungen einzubringen und dann das Ganze zu einem Beschluß zu erheben. Wir wissen aber auch, daß ständig Neuerungen eintreten können, und daß es sich dabei, und das hat Prof. Dr. Breitling deutlich gesagt, eigentlich um ein Leitbild in irgendeiner Form handelt und um eine Art rollende Planung und nicht um eine absolute Festlegung - um ein Rezeptbuch sozusagen - das uns dann aller Eigenverantwortung und allen weiteren Nachdenkens enthebt. Wir werden auch gerne bereit sein, über all diese Arbeiten zu diskutieren. Ich bitte nunmehr hier eine positive Abstimmung herbeizuführen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Stimmenthaltungen? Gegenstimmen? Keine - danke, nächster Punkt.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

- 6) Bau 2 - 6446/86
Verein FAZAT; Errichtung
der 2. Ausbaustufe des FAZAT;
Baukostenzuschuß in Höhe von
S 3.000.000,-;

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 12. August 1993 wird dem Verein FAZAT zur Errichtung der 2. Ausbaustufe des FAZAT ein Baukostenzuschuß in Höhe von S 3.000.000,- als einmalige, S 3.000.000,- als einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention gewährt. Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von S 3.000.000,- werden bei der VAST. 5/2390/777000.2 freigegeben.

Es hat bereits der Spatenstich stattgefunden, die Bauarbeiten sind im Gange. Ich bitte hier um eine entsprechende Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Wer wünscht zum FAZAT das Wort? Herr Dipl. Ing. Mundorff bitte.

GEMEINDERAT

DI. FRANK MUNDORFF:

Nachdem im Amtsbericht zu lesen ist, daß nun auch das BFI mit Ausbildungs- und Weiterbildungslehrgängen ins FAZAT einziehen wird, ist es naheliegend und würde sicher begrüßt werden, wenn auch die Aus- und Weiterbildung die die

Arbeitsstiftung in Zukunft vorhat, irgendwie mit den Aktivitäten des BFI koordiniert wird, um dort eine gegenseitige Befruchtung und Ausweitung der Tätigkeit des BFI bzw. der Tätigkeit des FAZAT zu erreichen. Zum zweiten - GRÜNDERZENTRUM - es ist ja in der neuen, in der bearbeiteten Festlegung die vorgezogene Zweckwidmung des "FAZAT II" in Richtung Gründer und Ansiedler "Betriebsansiedlerzentrum" gedacht. Nach meinen Kenntnissen hat man bei den Planungen vergessen, dem anliegerfreundlichen Zu- und Abfahrtverkehr entsprechend Rechnung zu tragen, und ich würde also dringend raten - wie im Bauausschuß schon angesprochen - mit dieser Planung bei den zuständigen Stellen zu beginnen. Danke.

GR GERHARD BREMM UND GR
JOHANN GLANZER TREFFEN UM
16.10 UHR EIN.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Nächste Wortmeldung dazu? Ich sehe keine, daher kommen wir zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Stimmenthaltungen?

Gegenstimmen? Keine, nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag betrifft eine Auftragsenerweiterung bei der Überdachung der Kunsteisbahn. Es geht um die Bewilligung einer Verfügung, die getroffen wurde, zusätzliche Stahlbauarbeiten für die Abschottung der Giebeldreiecke, um hier einen noch besseren Lärmschutz für die Anrainer zu erreichen. Baumeisterarbeiten für die Sanierung des Bestandes der hier zum Teil auch schon desolat ist, Elektroinstallationsarbeiten bzw. Verlegung von Spielerbänken:

- 7) Bau 5 - 5804/85
Überdachung Kunsteisbahn;
Auftragserhöhung und Bewilligung einer Kreditüberschreitung;
Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA HB vom 16.8.1993 wird der Auftragserhöhung für die Herstellung der Kunsteisbahn-Überdachung an die ARGE GU - Bau/Hamberger, Steyr, zum Preis von netto S 705.543,76 auf S 14,644.825,92 zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von S 89.500,- bei der VAS 5/621/010000.8 freigegeben und gleichzeitig einer Kreditüberschreitung bei vorgenannter VAS in Höhe von S 616.100,- zugestimmt.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Bei den Wortmeldungen sind gemeldet: Herr GR Götz, Herr Stadtrat Eichhübl und Herr GR Payrleitner. Darf ich Herrn GR Götz bitten herauszukommen. Weitere Wortmeldungen? Keine.

GEMEINDERAT

HANS-DIETER GÖTZ:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren!

Im vorliegenden Antrag geht es um eine Kostenüberschreitung und ich bin der Meinung, das kann doch nicht so angehen, wenn man etwas angeboten und ausgeschrieben hat oder umgekehrt, daß man nachträglich Forderungen erstellt, die sich auf bauliche Gegebenheiten beziehen oder bzw. auf Vorschriften die vorher schon bekannt waren, z. B. wie hier steht: Versetzen der Spielerstrafbank um den Richtlinien des Eishockeyverbandes zu entsprechen. Das kann doch nicht sein, daß man das nachträglich nachfordert, denn man muß sich als Auftragnehmer oder bzw. als Auftraggeber bei der Ausschreibung schon dementsprechend klar ausdrücken, daß man nicht nachher bei solchen Dingen, die meiner Meinung nach unmöglich sind, eine Nachforderung stellt, denn das hat jeder gewußt, der mit dem befaßt ist, und wenn der Baumeister das nicht weiß, dann hat er Pech gehabt.

Unverständlicher Zwischenruf:.....

Ja, aber dann muß man eben vorher..., das ist ja eine Verschleierung. Da ist wieder typisch der Fall, daß man vorher ein Angebot zu einem günstigen Preis vergibt, und nachher holt man sich auf Umwegen das Geld, das man vorher nachgelassen hat, wieder herein. Das ist eine typische Sache für diese

Unverständliche Zwischenrufe:....

Es ist dann auch noch die Bau-meistersanierung der Treppen usw., das sind alles Dinge die schon vorher bekannt gewesen sind, genauso die Änderung bzw. die Versetzung von Spielerbänken usw. - das alles sind nicht Dinge, die jetzt im Zuge des Baues vorgekommen sind, sondern da hat man schon vorher gewußt, daß diese zu machen sind. In diesem Sinne würde ich empfehlen, diesen Antrag abzulehnen.

Unverständliche Zwischenrufe beim Abgang des Herrn GR Götz.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Herren Bürgermeister!
Ich möchte diesen Antrag zum Anlaß nehmen, um einen kurzen Blick zurückzumachen, und zwar in die Zeit, als hier in diesen Räumlichkeiten der Grundsatzbeschluß zur Überdachung der Kunsteisbahn in der Größenordnung von 13,9 Mio Schilling vom Gemeinderat gefaßt wurde, die

zunehmend auf 14,6 Mio Schilling angestiegen ist. Zwar darf ich Sie daran erinnern, daß wir diesem Grundsatzbeschluß der Überdachung von seiten der Freiheitlichen Fraktion deswegen nicht beigetreten sind, weil wir davon ausgegangen sind, daß bei der Sanierung von Freizeiteinrichtungen Prioritäten zu setzen sind. Im besonderen haben wir dabei an die Sanierung des Stadtbades, bzw. des Hallenbades gedacht.....

Zwischenruf von Herrn Stadtrat Zagler:

Danke. Das halte ich fast nicht aus.....

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Herr Bürgermeister, könnten Sie Herrn Kollegen Zagler fragen, ob er mit seinem Zwischenruf fertig ist?

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Paßt, ich nehme es zur Kenntnis.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Weil ich schon bei den Freizeiteinrichtungen bin, meine Damen und Herren, hoffe ich, daß der Herr Bürgermeister mir gestattet, daß ich ein paar Sätze zum Stadtbad und dessen Sanierung hinzufüge, und zwar deshalb, weil ich in der heute erschienen Zeitschrift - oder wie auch immer das heißt - der SPÖ gelesen habe, daß ich, seitdem ich dieses Referat leite, das auch das Stadtbad und das Hallenbad miteinbezieht, es zwar für wichtig halte, daß es mir aber noch nie gelungen ist, auch nur einen Schilling dafür aufzutreiben. - Herr Bürgermeister, ich würde Sie bitten, daß Sie Ihren Vizebürgermeister aufklären, wie die Sachlage zur Zeit ist, dann erspart er sich nämlich derartige Schreibweisen. Die Situation ist nämlich so, daß ein Grundsatzbeschluß des Gemeinderates, bei dem alle hier mitgestimmt haben, am 17. Dezember 1991 von mir eingebracht wurde, und zwar ein Grundsatzbeschluß, der die Sanierung des Hallenbades zum Inhalt hatte, allerdings unter der Prämisse, daß entsprechende Fördermittel vom Bund und Land anzufordern sind. Und jetzt bin ich bei dem, wie die derzeitige Situation ist, Tatsache ist, daß ein Kostenvoranschlag von "Bäderbau Berndorf" vorgelegen ist, in der Größenordnung von etwa 120 Mio Schilling, und vom Land daher, als wir um Fördermittel ansuchten, mitgeteilt wurde, daß ein Angebot nicht ausreicht und daher das Land vorschlägt, ein zweites Projekt ausar-

beiten zu lassen, nämlich das von der "Bädergruppe M". Das ist inzwischen geschehen und es hat interessanterweise das selbe Ergebnis gebracht, wenn wir von dem ausgehen, was wir eigentlich alle miteinander wollen. Es ist also kaum zu erwarten, daß hier diese Summe, welche ich vorhin genannt habe, unterschritten wird. Inzwischen hatte es - und der Herr Bürgermeister weiß das ganz genau - ein weiteres Angebot gegeben oder zumindest wurde das Ansinnen von "Bäderbau Berndorf" gestellt, ein weiteres Angebot zu erstellen, was vom Bürgermeister inzwischen genehmigt wurde, nur um das einmal klarzustellen. Und daher komme ich auch schon zurück auf den ansich hier und heute vorliegenden Antrag. Kollege Götz hat bereits zum Ausdruck gebracht, daß einige Kostenausweitungen, die heute hier auf diesem Papier stehen, durchaus vorhersehbar gewesen wären, aber in Anbetracht der Tatsache, daß wir natürlich diesem grundsätzlichen Beschluß nicht beitreten konnten, werden wir, zumindest mehrheitlich von dieser Fraktion, diesen Antrag ablehnen.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITNER:

Wertes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Als einer, der die Vorgänge rund um die Entstehung der Überdachung der Kunsteisbahn hautnah miterlebt hat, möchte ich ein paar Zusatzbemerkungen zu meinen Vorrednern

hier anbringen: Es hat ganz stark den Eindruck, als ob hier doch etwas verschleiert werden soll. Und zwar, mit Anraineranforderungen sollen zusätzliche Kosten gerechtfertigt werden. Ich war damals bei dieser sattsam bekannten Stadtteilversammlung anwesend, wo der Herr Bürgermeister seine Parteiliebe interessanterweise aus München herankommen hat lassen um dort etwas Stimmung erzeugen zu lassen und dort wurde von einem Anrainer...

Zwischenruf von Herrn Bürgermeister:

Einen Unsinn redest Du heute wieder zusammen...

Stimmt doch bitte, ich wohne dort..... Dort wurde von den Anrainern unter anderem ein Schallgutachten verlangt. Dieses Schallgutachten ist dann auch tatsächlich durchgeführt worden, nur die Konsequenz daraus, nämlich eine Schallmauer zu errichten, die ist letztendlich nicht verwirklicht worden und das wäre, um überhaupt noch einmal von zusätzlichen Kosten zu sprechen, gerechtfertigt gewesen, aber so steht hier ganz klar, mit Spielerstrafbank usw. sind diese zusätzlichen Kosten plötzlich hier herinnen. Der Antrag des Herrn Prof. Tilsch, der damals ziemlich "durch den Kakao gezogen wurde" und letztendlich dann doch Recht gehabt hat als er sagte, der Schall geht ja auch nach hinten und dann ums Eck herum wieder in die Siedlung herein - diese Maßnahme hat man bis heute nicht getroffen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Sind weitere Wortmeldungen erwünscht? Herr Stadtrat Schloßgangl, dann Herr Stadtrat Dkfm. Mag. Helmut Zagler.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Meine sehr geehrten Herrn Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ein paar Ausführungen möchte ich doch ins rechte Licht richten. Es ist richtig, daß hier eine Überschreitung von S 705.000,-- angefallen ist, aber es ist das Schallgutachten eingeholt worden über den Wunsch der Bevölkerung. Es wurden auch schalldämmende Maßnahmen ausgeführt, die Rückwand und auch die Seitenwände und sogar in den Dachgauben sind schallabsorbierende Konstruktionen bzw. Wände errichtet worden. Es stimmt also nicht, daß diese Schallmaßnahmen nicht getroffen wurden. Die Mehrkosten mit Abschottung der Giebel dreiecke war eine Forderung der Bewohner oder der Nachbarn. Die anderen Kosten die hier angeführt sind, Baumeisterarbeiten, Treppensanierung beim Hauptzugang, die Betonablösung bei der Tribüne usw. wären auch so angefallen. Man hätte sie vielleicht um ein oder zwei Jahre noch hinausgeschoben, aber nachdem jetzt die ganze Halle praktisch in neuem Glanz und in neuer Farbe ersteht, ist

es doch sinnvoll und richtig, daß man sagt, man macht diese Reparaturkosten heuer gleich mit, um das gesamte Eislaufgebäude völlig neu und ordentlich saniert zu haben. Dem vorzuwerfen, daß hier eine Fehlplanung vorliegt, oder daß etwas verschleiert werden soll, das muß ich wirklich dementieren. Ich glaube es haben sich alle Beteiligten sehr bemüht, und ich persönlich und für meine Fraktion möchte sagen, wir sind froh und glücklich, daß wir diese Eishallenüberdachung bekommen und gemacht haben, nicht nur für die Schulen, für die Schüler, die hier ihren Turn- und Eislaufunterricht unter einem regen- und witterungsgeschütztem Dach absolvieren können, sondern auch für die Freizeitsportler, für die Kinder - speziell an Nachmittagen und an Wochenenden - und letztendlich auch für die Sportler, und ich glaube, daß diese Investition gut und richtig war.

STADTRAT

DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Sehr geschätzte Herren Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste!

Eine selten so einige FPÖ-Fraktion demaskiert sich wieder einmal als sport- und jugend- und schulsportunfreundliche Gruppierung.

Zwischenruf: von GR Bauer

Kinder unter dem Glassturz!

Der Budgetbeschluß für 1992 wäre uns mit der FPÖ gemeinsam

gelingen, hätte die SPÖ verzichtet, die 10 Mio Schilling im Jahr 1992 als Ansatz für die Eislaufplatzüberdachung wegzunehmen. Ich bin froh, daß die wirklich verantwortlichen Kräfte in unserer Stadt an diesem Vorhaben festgehalten haben und diese besonders wichtige Einrichtung - und da schließe ich mich Herrn Stadtrat Schloßgangl vollinhaltlich an - für die Kinder, für den Schulsport, für die Schüler, aber auch für den Sport der Erwachsenen ermöglicht haben. Die Öffentlichkeit wird es danken und die Nebengeräusche, die von der FPÖ-Fraktion hier erzeugt wurden, als Verhinderungsgeräusch einstufen. Sie haben alle eine Einladung bekommen, am Samstag, den 2. Oktober, um 14,00 Uhr der Eröffnung beizuwohnen. Ich bin schon gespannt, wer von Ihnen in der ersten Reihe Platz nehmen wird, um ja in der Presse das Medienecho, das Sie pausenlos anstreben, zu erreichen. Sie werfen uns vor, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FPÖ-Fraktion, wir könnten nichts dazu lernen, Ihr habt noch nicht einmal etwas gelernt.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Sind weitere Wortmeldungen erwünscht? Keine, bitte Herr Bürgermeister zum Pult.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich möchte zu Herrn Kollegen Götz sagen: Das Einzige was absehbar gewesen wäre, ist das Versetzen der Spielerbänke oder der Strafbänke, das

hätte man auch vorher sehen müssen. Die anderen Dinge sind wirklich erst nachher aufgetreten. Ich möchte schon berichten, daß die Anrainer dieses Schallschutzgutachten verlangt haben, daß wir es gemacht haben, und daß dieses Gutachten nicht erforderlich gemacht hätte, diese Giebeldreiecke abzuschotten. Die Anrainer haben auch einen Rechtsmittelverzicht unterschrieben und sie waren einverstanden mit den Lärmschutzmaßnahmen, die mit ihnen vereinbart wurden. Wir haben aber von uns aus gesagt, um hier alle, möglichst alle voraussehbaren Lärmentwicklungen, die vielleicht doch entstehen könnten auszuschließen, wir machen das noch und es hat Geld gekostet und es ist unsere eigene Entscheidung gewesen. Ich glaube, daß es richtig ist und fest steht eines, wenn wir dort schon an die 15 Mio Schilling investieren, dann sollten wir feststellen, daß es vor zwei Jahren billiger gewesen wäre, aber da haben einige hier herinnen maßgeblich daran mitgewirkt, daß es länger gedauert hat. In der Zwischenzeit haben wir Tarifierhöhungen und Kostensteigerungen gehabt. 4 Mio Schilling allerdings zahlt uns das Land Oberösterreich und die Mittel fließen bereits, und wem es nicht genau bewußt ist, dem möchte ich ebenfalls sagen, daß die Errichtung eines Eisstadions etwa 40 Mio Schilling erfordern würde und Sie werden die Möglichkeit richtig einschätzen, daß so ein Neubau, von dem Sie manchmal ansatzweise geredet haben, an einem anderen Standort

wahrscheinlich in den nächsten 10 Jahren nicht in Betracht kommt. Damit ist also klar gestellt, daß in dem Bereich wahrscheinlich 10 Jahre nichts geschehen wäre und wenn wir es schon mit so einem Aufwand herrichten, dann sollte auch das Erscheinungsbild des Altbestandes zumindest wieder instand gesetzt werden und sollte zu dieser Überdachung passen, die, meiner Meinung nach jedenfalls, von der Gestaltung her gut gelungen ist.

Ein paar Bemerkungen zum Bad kann ich mir wirklich nicht verkneifen. Lieber Roman, heute war es wieder besonders schwer Dir zuzuhören, bei Deinen Pirouetten die Du da drehst auf dem Sektor Bäderbau. Ich weiß ja, daß Du so dafür bist, aber erst in letzter Zeit, seit Dich die Verantwortung über dieses Bad drückt, das desolat ist. Als ich als Sportreferent das vertreten habe, hast Du mir Prestigesüchtigkeit unterstellt, das wirst Du halt nicht mehr los lieber Freund, und ich freue mich aber trotzdem, daß Du es wenigstens erkannt hast und daß es geschehen muß, aber das Geld, von dem Du so redest, die Schillinge, die sollst Du mir schon einmal zeigen, die Du versucht hast dafür locker zu machen. Mir ist bis jetzt noch keiner zu Gesicht gekommen, und noch ein paar kleine Korrekturen oder eine kleine Nachhilfe möchte ich Dir geben. Deine Millionenzahlen stimmen als zuständiger Referent aber "hausweit" nicht, weil das Erstangebot bei der "Bäderbau-Ranshofen" war 143 Mio Schilling. Ich beschäftige mich seit

1990 intensiv mit dieser Materie. Ich habe die Herren weggeschickt und habe gesagt, sie sollen es reduzieren, es ist unfinanzierbar, sie sollen es so zusammenstreichen, daß man es gerade noch Erlebnisbad nennen kann. Ergebnis war ein Angebot - 110 Mio Schilling. Mit dem sind nicht wir nach Linz gegangen, sondern bin ich nach Linz gegangen und habe mit dem Herrn Landeshauptmann geredet und dem Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter und mit den Sportreferenten habe ich geredet, ich. Ich werde mich nirgends hinein-drängen, es ist auch meine Aufgabe,.....

Unverständliche Zwischenrufe:.....

Wir wollen nur sagen was ist, und da haben mir die Herrschaften gesagt, es ist zu teuer, es ist nicht finanzierbar und wir sollen uns andere Dinge einfallen lassen. Sie haben uns auch empfohlen andere Bäderbauer zu kontaktieren, daraufhin habe ich mich mit diesem "Team M" ins Einvernehmen gesetzt, die in Spital am Phyrn das Bad renoviert haben, habe dort eine Begehung ausgemacht - da warst Du dann dabei - auch das war nicht gerade billig, aber es ist schön gemacht und ich habe den Herrschaften vorgeschlagen, eine Studie zu machen die hier geeignet erscheint, zu einem Preis von 80 Mio Schilling hier zwei Becken einzubauen, den Restauranttrakt, die Sauna etc. zu revitalisieren und im Sportbecken 6 Bahnen zu errichten. Das war die Auflage - 80 Millionen -

sie haben gesagt sie können das und werden für diese Studie S 260.000,-- verlangen. Sie sind an den Tisch gekommen, einen Monat später als vereinbart war, nicht Ende Mai sondern Ende Juni, und Sie haben ein Projekt vorgelegt, das hätte 126 Millionen ausgemacht. Ich habe den Herren dann klar verständlich gemacht, daß sie das Thema verfehlt haben, sie sollen ein Projekt bringen mit 80 Millionen - das war der Auftrag und nicht mit 126 Millionen - worauf sie sich zurückgezogen haben und sagten, sie werden binnen einem Monat ein solches Projekt vorlegen. Gleichzeitig haben wir noch einmal "Bäderbau-Ranshofen", die Erstprojektanten, eingeladen, weil sie auch interessiert waren, noch einmal einen solchen Vorschlag, eine solche Studie zu überarbeiten, die haben das gemacht und nun sind beide vorliegend. Die Fachleute tendieren zum Projekt "Bäderbau Ranshofen", welches jetzt im Detail ausgearbeitet wird, und wenn es fertig ist, dann fahren wir wieder - hoffentlich alle - nach Linz und versuchen dafür eine Förderung zu bekommen. So schaut die Genesis von so einem schwierigen Projekt aus. Ich hätte gerne, daß Sie sich alle damit auseinandersetzen und gemeinsam sollten wir versuchen, dieses wichtige Projekt für den Sport, für die Schule, für die Gesundheit und für den Standort umzusetzen und nicht polemisieren, das wäre mir am liebsten, und in diesem Sinne bitte ich nunmehr wenigstens das andere Projekt einer positiven Beschlußfassung

zuzuführen, daß das über die Bühne ist.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Wer für dieses Projekt stimmt, gibt bitte ein Zeichen mit der Hand.

Stimmenthaltungen? 1

Gegenstimmen? 9

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag ist ein angenehmer. Er betrifft die Verleihung von Sportehrenzeichen an Sportler und Funktionäre:

8) Sport - 1240/92

Verleihung des Sportehrenzeichens der Stadt Steyr an Sportler und Funktionäre;

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Folgende Personen, die durch hervorragende Leistungen im sportlichen Wettkampf das Ansehen der Stadt Steyr erhöht bzw. auf dem Gebiete des Amateursportes außerordentliche Leistungen erbracht haben, wird als Anerkennung das "Sportehrenzeichen der Stadt Steyr" verliehen.

SPORTEHRENZEICHEN FÜR FUNKTIONÄRE:

Gemäß III B/1 der Richtlinien (in Betracht kommen Männer und Frauen, die während einer 25jährigen Tätigkeit ohne Unterbrechung in anerkannten Steyrer Sportvereinen oder -verbänden Außerordentliches für den Sport geleistet oder sich auf dem

Gebiete des Körpersportes - Erziehung, Unterricht etc. - besondere Verdienste erworben und das 50. Lebensjahr erreicht haben).

Bammacher Berthold, Jhg. 1934, war von 1962-1986 Obmann der Lehrwarte und hat den Lehrwartkader im ASKÖ Schiverein Steyr aufgebaut. Seit 1986 ist er Obmann-Stellvertreter für das Lehrwartewesen.

Böhm Josef, Jhg. 1929, ist seit 1964 als Beirat beim OÖAMTC-Ortsgruppe Steyr tätig.

Gstöttner Klaus, Jhg. 1941, war von 1964 bis 1970 als Kassierstellvertreter bei Forelle Steyr und von 1970 bis 1979 Sektionsleiter-Stellvertreter der Sektion Tennis von Forelle Steyr. Im Jahr 1979 war er Gründungsmitglied der Sektion Tennis des ASV Bewegung und steht dieser seither als Sektionsleiter vor. Er war maßgeblich an der Gründung und am Aufbau der nunmehr 160 Mitglieder umfassenden Tennissektion beteiligt und ist auch derzeit zusätzlich sportlicher Leiter und auch im Hauptverein ASV Bewegung als Funktionär tätig.

Ing. Greisinger Dietger,

Jhg. 1940, war von 1960 bis 1970 Sektionsleiter-Stellvertreter der Sektion Fußball von 1970 bis 1972 Sektionsleiter der Sektion Fußball. Seit 1972 ist er überdies Obmann-Stellvertreter der Union-Steyr. Seit 1967 ist er als Vertreter der Union Steyr Mitglied des Stadtsportausschusses und darüber hinaus seit 1989 Sektionsleiter der Sektion Tischtennis der Union Steyr. Er hat sich besondere Verdienste durch die Mitarbeit bei der

Planung und beim Bau der Sportanlage Gleink erworben.

Harrer Leopold, Jhg. 1918, war von 1965 bis 1982 Beirat, von 1982 bis 1992 Obmann-Stellvertreter und ist seit 1992 Obmann der TVN Sektion Münchenholz.

Besondere Verdienste hat er sich durch die aktive Mitarbeit beim Aufbau der Wandergruppe in Münchenholz erworben.

Preuss Marianne, Jhg. 1925 war von 1956 bis 1986 Schriftführerin der Sektion Münchenholz des TVN und ist seit 1974 Schriftführer des TVN Steyr. Seit 1988 leitet sie überdies die Wandergruppe. Darüber hinaus verwaltet sie das Vereinsheim des TVN Steyr.

Wally Rudolf, Jhg. 1939, war von 1967 bis 1974 Ausbilder der Schilehrwarte, von 1974 bis 1979 Obmann-Stellvertreter und ist seit 1979 Geschäftsführender Obmann des TVN Steyr. Unter seiner Leitung wurde der Seilbahnbau zum Schobersteinhaus, der Neubau der Toilettenanlage der Steyrer Hütte, der unterkellerte Terrassenbau am Buchstein und die biologische Kläranlage am Schoberstein errichtet.

SPORTEHRENZEICHEN FÜR SPORTLER:

In BRONZE

gemäß III A/3c der Richtlinien für die fünfmalige Erringung eines Stadtmeistertitels in einem Einzel- oder Mannschaftsbewerb in der gleichen Sportart.

Zeilermayr Hermann, Jhg. 1963, Mitglied des LAC Amateure Steyr. Er hat fünfmal den Stadtmeistertitel im

Intern. 10-Kampf in den Jahren 1978, 1979, 1981, 1982 und 1983 errungen.

In SILBER

gemäß III A/2b für die mindestens fünfmalige Erringung eines Landesmeistertitels in einem Einzel- oder Mannschaftsbewerb in der gleichen Sportart.

Dr. Rattinger Helmut, Jhg. 1960, Mitglied des LAC Amateure Steyr. Er ist 12facher OÖ Landesmeister im 3.000 m Hindernislauf in den Jahren 1984, 1985, 1987 und 1990, im Geländelauf 1984, 1986, 1987, im 5.000 m Lauf 1985 und 1990, im Marathon-Lauf 1988 und 1992 sowie im 25 km Straßenlauf 1987.

Retschitzegger Petra, Jhg. 1970, Mitglied des LAC Amateure Steyr. Sie ist fünffache OÖ Landesmeisterin im Speerwurf 1987, 1990 und 1991 sowie im Diskuswerfen 1992 und 1993.

In GOLD

gemäß III A/1d für die Erringung eines Österr. Meistertitels in einem Mannschaftsbewerb sofern dieser nicht auch als Einzelbewerb ausgeschrieben ist.

Die **Mannschaft der ASKÖ Spielgemeinschaft Steyr** hat den Staatsmeistertitel 1993 im Basketball mit folgenden Spielerinnen errungen:

Fragner Anette, Jhg. 1971

Gassner Doris, Jhg. 1967

Koschat Stella, Jhg. 1972

Pargfrieder Helga, Jhg. 1955

Pessenhofer Evita, Jhg. 1977

Petritsch Cordula, Jhg. 1967

Sthul Petra, Jhg. 1966

Surkova Tatiana, Jhg. 1964

Tarde Kerstin, Jhg. 1977

Zeilinger Ingrid, Jhg. 1967

In GOLD

gemäß III A/1e der Richtlinien für aktive Mitglieder einer Mannschaft, die dieser mindestens 3 Jahre angehören und maßgeblich Anteil daran haben, daß die Mannschaft der höchsten Spielklasse Österreichs angehört.

Hochedlinger Kurt, Jhg. 1959. Er spielte von 1973 bis 1980 bei SK Amateure Steyr. Seit 1980 spielt er bei SK Vorwärts und zwar von 1980 bis 1982 in der Landesliga und bis Herbst 1987 in der 2. Division. Seit dem Frühjahr 1988 spielt er mit dem SK Vorwärts in der Bundesliga und ist seit Herbst 1984 Mannschaftskapitän.

Ich ersuche Sie, meine Damen und Herren des Gemeinderates, diesen verdienten Sportlern und Funktionären diese Ehrungen zuteil werden zu lassen indem Sie diesem Antrag die Zustimmung erteilen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Als erster zu Wort gemeldet ist Herr Dr. Schwager, wer dann? Keine weiteren Wortmeldungen, bitte Herr Dr. Schwager.

GEMEINDERAT

DR. TILMAN SCHWAGER:

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren!

Der, den ich unter diesem Tagesordnungspunkt eigentlich sehr unmittelbar ansprechen wollte, hat leider soeben die Flucht... nein, da ist er ja, um Gottes Willen, Entschuldigung,

aber er ist nicht an seinem gewohnten Platz. Den ich ansprechen wollte, lieber Stadtrat, das bist schon Du. Ich bin oft zynische, etwas von der Sachlichkeit abweichende Beiträge von Dir gewohnt, das macht nichts, das kann die Debatte ohne weiteres beleben, aber wenn es sachlich unrichtig wird, dann wehre ich mich auch, denn sportfeindliche Fraktion uns vorzuwerfen, das ist nicht richtig.

Unverständlicher Zwischenruf durch Herrn Stadtrat Zagler:

Na und, das war alles sachlich begründet.....

und wievielen Subventionen haben wir schon zugestimmt? Eben, also ich bitte hier schon etwas sachlicher vorzugehen, denn ich finde derartige Angriffe einfach schon zu sehr unter der Gürtellinie. Zur Sache selbst: es gibt überhaupt keine Zweifel, daß sämtliche hier angeführten Funktionäre und auch ausübende Sportler die angeregten Ehrungen verdient haben und bin daher natürlich auch für diesen Antrag. Ich bitte aber, diesen Antrag doch zum Anlaß zu nehmen, die Richtlinien zur Verleihung des Sportehrenzeichens einmal zu überlesen und zu überdenken, als es nämlich, wenn Sie die Seite zwei des Amtsberichtes ganz oben hernehmen, in der fünften Zeile heißt: oder sich auf dem Gebiet des Körpersportes, Erziehung, Unterricht etc. - lassen wir das Körper doch weg - es gibt auch andere Sportarten, auch ohne Körper.....

Unverständliche Zwischenrufe:

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Keine weiteren Wortmeldungen? Herr Bürgermeister bitte.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, über die Änderung des Regulatives könnten wir Diskussionen führen - wir haben das in einem Ausschuß oder im Stadtsenat bereits einmal ein bißchen getan - es ist nur so, daß ich annehme, daß wir hier im Stadt-Sportausschuß, der das dem Gemeinderat vorgeschlagen hat, das der das wieder von der BSO bzw. von übergeordneten Sportgremien übernommen hat, und vielleicht sollten wir uns bei einer Diskussion auch die Herleitung dieser Dinge vergegenwärtigen. Herr Karl Holub hat mir von weitem gezeigt, daß ich irgend etwas vergessen habe.

Zwischenruf von Herrn Stadtrat Karl Holub: Den Hochedlinger Kurt hast Du vergessen.

Zwischenrufe:

der war als erster.....

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Den habe ich als ersten genannt, aber jetzt bin ich schon so verunsichert, daß ich Dir das auch schon glaube, wenn Du nicht recht hast.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe, Stimmenthaltung? Keine, danke - nächster Punkt.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag betrifft die Abrechnung bzw. Genehmigung von Schulbeiträgen für öffentliche Berufsschulen, und es geht hier auch um die Schulerhaltungsbeiträge.

9) Schu - 7020/91 und
Schu - 7609/92

Vorschreibung der Schulerhaltungsbeiträge 1993 für öffentliche Berufsschulen und Abrechnung der Vorauszahlungsraten für 1992:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Bürgermeisterverfügung vom 19.8.1993, womit wegen Dringlichkeit gemäß § 49 Abs. 7 des Statutes für die Stadt Steyr nachstehendes angeordnet wurde, wird hiermit genehmigt. Aufgrund des Amtsberichts der Fachabteilung für Schule und Sport vom 19. 8. 1993 wird im Zusammenhang mit der Vorschreibung der Schulerhaltungsbeiträge 1993 und der Abrechnung der Vorauszahlungsraten für 1992 für öffentliche Berufsschulen einer Mittelfreigabe im Ausmaß von S 139.400,-- bei der VAS_t 1/2200/7510000.3 und S 1,478.100,-- bei der VAS_t 1/2200/771000.9 in Form von Kreditüberschreitungen zuge-

stimmt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitungen hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Keine Wortmeldungen dazu? Kollege Zagler bitte.

STADTRAT

DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Sehr geschätzte Damen und Herren! Nachdem das eine budgetrelevante Größe ist, die uns vor allem auch für die Zukunft Anlaß zu denken geben soll, möchte ich ein paar Worte sagen. Es war für uns einigermaßen überraschend, diese Nachzahlung auf den Tisch des Hauses zu bekommen. Wir können uns, das ist überprüft, dieser Zahlung nicht entziehen, haben auch keinen direkten Einfluß darauf, wie hoch diese Beträge angesetzt sind bzw. auch keinen direkten Einfluß darauf, welche Schüler in anderen Standorten die Berufsschule besuchen. Ich möchte aber darauf hinweisen, ohne die Wichtigkeit der Ausweitung des Schulbesuches der Berufsschulen in Abrede zu stellen, daß uns auch hier in Zukunft wieder eine Budgetbelastung ins Haus stehen wird - so notwendig dieser zweite Berufsschultag für viele Schüler werden wird - die Kosten dafür werden wieder wir zu tragen haben, und das möchte ich rechtzeitig hier sagen, daß nicht alles was an Kosten im Budget drinnen ist, eigenverantwortet werden kann, sondern daß viele solcher Dinge tagtäglich passieren. Dankeschön.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Keine weiteren Wortmeldungen?

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich habe dem nichts hinzuzufügen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Stimmenthaltungen? Gegenstimmen? Keine, danke - nächster Antrag bitte.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag betrifft Zahlungen an das WIST-Heim in Wien:

10) Ha-7627/86

7. Subventionsrate aufgrund der Verlängerung des am 12.1.1978 abgeschlossenen Vertrages über das Nominierungsrecht der Heimplätze der WIST in Wien;

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit GR-Beschluß vom 5.3.1987 wurde dem Verein "Wirtschaftshilfe der Studenten ein jährlicher Kostenbeitrag auf die Dauer von 10 Jahren zugesichert. Aufgrund des Amtsberichtes des Referates für Schule und Sport vom 21. Juni 1993 wird der Freigabe der für das Jahr 1993 erforderlichen Mittel im Ausmaß von S 276.600,-- zugestimmt. Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von S 275.000,-- bei der

VASt 1/2890/757000.5 freigegeben, sowie eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von S 1.600.-- bei der gleichen VASt bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch allgemeine Deckungsmittel zu erfolgen.

Ich bitte auch hier um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Herr Dr. Schwager hat sich zu Wort gemeldet, weiter, wer wünscht noch das Wort?

GEMEINDERAT

DR. TILMAN SCHWAGER:

Keine Angst meine Damen und Herren, ich zähle nicht die Wortmeldungen. Es gibt hier auch nicht sehr viel dazu zu sagen, weil Sie ja meine Stellungnahme schon kennen, die wir praktisch jährlich wiederholen. Ansich ist es überhaupt keine Frage, daß wir dem Antrag zustimmen, nur mich stört etwas geringfügiges, nämlich, daß wir bei dieser Position eine Kreditüberschreitung nötig haben, denn daß hier aus der Valorisierung etwas mehr herauskommen wird, als ursprünglich eben angesetzt, ich glaube das hätten wir vorhersehen können.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Keine weiteren Wortmeldungen? Dann zur Abstimmung bitte, stimmen Sie dem Antrag zu, dann heben Sie bitte die Hand.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Die Bemerkung des Dr. Schwager zu dem vorhergehenden Antrag ist sachlich richtig, ich möchte nur bemerken, daß ich jeden Tag ein paar Kerzen anzünden täte, wenn man in dieser Größenordnung auch anderweitig bleiben könnte.

11) Ha - 157/93

Gewährung einer Subvention zur Durchführung des laufenden Sportbetriebes;

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Referates für Schule und Sport vom 15. Juli 1993 wird dem ATSV "Vorwärts" Steyr zur Durchführung des laufenden Sportbetriebes eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention im Ausmaß von S 130.000.-- gewährt. Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von S 130.000.-- bei der VASt 1/2690/757000.9 freigegeben.

Dieser Betrag ist aufgrund seiner Größenordnung gemeinderatspflichtig und daher hier zu beschließen, ich bitte um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Wortmeldungen? Keine Wortmeldungen? Wenn Sie dem Antrag

zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Mein letzter Antrag:

- 12) Vereinsdruckerei Steyr,
Blumauergasse 30
Gewerbeförderung:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen und betriebswirtschaftliche

Angelegenheiten vom 9. August 1993 wird der Firma Vereinsdruckerei Steyr, GesmbH, Blumauergasse 30, 4400 Steyr, für den zur Gänze fremdfinanzierten Ankauf diverser Anlagenteile im Zuge der Betriebsübernahme der Vereinsdruckerei Steyr im Gesamtkaufpreis von S 4.600.000,-- ein 2%-iger Zinsenzuschuß auf die Dauer von fünf Jahren berechnet anhand eines fiktiven Tilgungsplanes (Kapital: S 4.600.000,--, Laufzeit 10 Jahre, halbjährliche Kapitalraten) gewährt. Zu diesem Zweck werden bei VAS 5/7820/756000.9 für das Rechnungsjahr 1993 Mittel in der Höhe von S 46.000,-- freigegeben.

Wie wir alle wissen, hat hier der katholische Presseverein diese Druckerei an die Firma Ennsthaler übergeben, diese wurde von dieser übernommen und beschäftigt jedenfalls 34 Dienstnehmer weiter. Wir haben hier aufgrund unserer Richtlinien vereinbart, daß eine Förderung

stattfinden soll. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Sehe ich Wortmeldungen? Keine Wortmeldungen, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, gibt ein Zeichen - einstimmig angenommen, danke und ich übergebe den Vorsitz an den Herrn Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile das Wort dem Kollegen Sablik zu seinen Anträgen.

BERICHTERSTATTER

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich ersuche Sie um Zustimmung zur:

- 13) Bau 6-8380/92
Errichtung der Deponiegasreinigungsanlage auf der Mülldeponie Steyr; Antrag um Vergabe und Mittelfreigabe für das Rechnungsjahr 1993;

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III/RHV vom 5.7.1993 wird der Vergabe der Errichtung der Deponiegasreinigungsanlage an die Firma A.S.A. Süd, Graz, in der Höhe von S 3.277.831,82 exkl. Mwst. zugestimmt. Zum genannten Zweck werden für das Rechnungsjahr 1993 Mittel in der Höhe von S 890.700,--

exkl. Mwst. bei VAS 5/8131/050000.3 bewilligt. Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gem. § 47 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke für den Vortrag, wünscht jemand das Wort zu diesem Antrag? Herr Dr. Tilman Schwager - ich erteile es Ihnen.

GEMEINDERAT

DR. TILMAN SCHWAGER:

Hohes Präsidium! Ganz kurz zu diesem Antrag - wegen der schon etwas fortgeschrittenen Zeit - natürlich kann man sagen, absolut muß man dafür sein, denn wir wissen ja, daß die Stadtgemeinde dann aus diesem Energiegewinn auch ein kleines Geschäft machen kann, indem hier ja Verhandlungen - über deren Inhalt man nichts sagen soll und darf - im Gange sind, daß hier durch den Reinhalteverband eine Verwertung dieser Energie erfolgen kann, und wenn das jetzt durch die A.S.A. bis Dezember 1993 bereits fertiggestellt werden könnte, wäre das höchst im Interesse von uns gelegen, weshalb wir unbedingt zustimmen müssen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, weitere Wortmeldung? Wird nicht gewünscht - Schlußwort? Kein Schlußwort, der Antrag steht zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag oder übt jemand Stimm-

enthaltung? Ich sehe das nicht, der Antrag ist einstimmig angenommen, nächster Antrag bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Danke, der zweite Punkt beinhaltet den Ankauf von zwei Streugeräten und zwei Schneepflügen. Es soll dies die Mobilität von angemieteten Fahrzeugen bewirken, wodurch gewährleistet ist, daß die Citybusse, die meistens in engen Straßen verkehren, immer eine geräumte Straße vorfinden - ebenso den Ankauf von 2 Funkgeräten, damit man den Bauern, die hier engagiert werden, auch diese Geräte zur Verfügung stellen kann:

- 14) ÖAG-Komm.Dienstl. 136/93
Ankauf von Winterdienstgeräten und Funkgeräten sowie Bewilligung einer Kreditübertragung:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB VII/FA für Komm. Dienstleistungen vom 26.8.1993 wird dem Ankauf von Winterdienstgeräten zum Betrage von S 351.527,56 inkl. MWSt bei der Firma HYDRAC Landmaschinenfabrik Pühringer, 4523 Neuzeug, und von Funkgeräten zum Betrage von S 70.400,-- inkl. MWSt bei der Firma ELIN Energieanwendung, 4021 Linz, zugestimmt. Zum genannten Zweck wird einer Kreditübertragung und Mittelfreigabe wie folgt zugestimmt: S 351.600,-- von VAS 1/8130/728000.6 Entgelte f. sonstige Leist.v.Gew.T., Firmen + jur. Pers. auf

VASSt 1/8200/020000.2 Maschinen u. maschin. Anlagen und S 70.400,-- von VASSt 1/8130/728000.6 Entgelte f. sonstige Leist.v.Gew.T., Firmen + jur.Pers. auf VASSt 1/8200/043000.5 Betriebsausstattung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, zu Wort gemeldet Herr Dipl. Ing. Mundorff, ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT

DI FRANK MUNDORFF:

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Ich freue mich zwar darüber, daß es einen Teilansatz in Richtung Anmietung, Vergabe, Einbindung von privater Firmen gibt, mir fehlt aber dennoch in diesem Amtsbericht der Fall, daß die Angelegenheit gesamthaft an eine Privatfirma vergeben worden wäre.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, weitere Wortmeldung wird nicht gewünscht - der Referent dazu:

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Diesen Antrag, Herr Diplomingenieur, werden Sie solange ich Referent bin nicht finden, denn eine Privatisierung der städtischen Schneeräumung oder überhaupt der Straßenreinigung an Private ist nur in kleinen Gemeinden möglich, nicht in Städten unserer Größenordnung, das weiß ich von vielen Tagungen des Städtebundes "Arbeitskreis - Stadtreinigung", weil Sie

haben momentan ein billiges Angebot irgend eines obskuren Transportunternehmers, der von auswärts kommt.....

Unverständlicher Zwischenruf von Herrn Stadtrat Holub:

wer hat denn bitte die Fahrzeuge dazu, wer hat sie denn lieber Kollege Holub? Niemand, daher wird er sich vorher mit einem Kampfpreis diesen Auftrag sichern und nach einem Jahr geht es uns so wie den Gemeinden - ich will keine aufzählen, weil vielleicht sind Freunde von Dir dort seßhaft die alle "daraufgezahlt" haben. Wenn Du nämlich städtische Aufgaben einmal aus der Hand gibst, dann kannst Du sie nicht mehr zurückholen - sondern wir haben seit vielen Jahren hier die Methode, daß die Grundausrüstung mit diesen großen Streu- und Räumfahrzeugen die Stadt zur Verfügung stellt, während alle anderen Fahrzeuge zugemietet werden, und das ist nicht neu, Herr Diplomingenieur, sondern das betrifft jetzt nur die Ausweitung des privaten Betriebes. Wir haben schon seit vielen Jahren mit der Firma Beer & Janischofsky, Firma Zwettler, mit dem Bauern Loibl usw. Verträge laufen, die uns sehr viel Arbeit abnehmen und die dementsprechend anständig bezahlt werden. Es sitzt hier Herr GR Mayr als Vertreter der Bauern von Steyr - der wird mir das bestätigen können. Wir bemühen uns, den Aufwand der Stadt so klein wie möglich zu halten, uns aber die Handlungsfähigkeit nicht aus der Hand nehmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke, Abstimmung erfolgt. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr, ist jemand gegen den Antrag oder übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall, der Antrag ist einstimmig beschlossen. Ich danke dem Kollegen Vizebürgermeister Sablik. Nächster Berichterstatter Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil.

BERICHTERSTATTER

VIZEBÜRGERMEISTER DR. PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates! In meinem ersten Antrag habe ich einen sehr erfreulichen Antrag vorzubringen, es geht hier um eine Subventionierung einer Compact-Disc.

15) Ha 113/93

Bertl Mütter, Förderung:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA IX vom 18.6.1993 wird dem Künstler Bertl Mütter, 4400 Steyr, Kochstraße 2, im Zusammenhang mit der Herausgabe einer Compact-Disc mit Aufnahmen und Interpretationen des Genannten eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention im Ausmaß von S 20.000,- - gewährt. Gleichzeitig wird zu diesem Zweck eine Kreditübertragung im Ausmaß von S 20.000,- von der VAS 1/3000/7280000.6 lautend auf "Entgelt für sonst. Leist.v.gewerbetr. Firmen u.

jur. Personen", auf die VAS 1/3510/768000.5, lautend auf "Maßnahmen zur Kunstpflege, Zuwendungen ohne Gegenleistung an physische Personen", zugestimmt. Die Deckung dieser Kreditübertragung hat durch die VAS 1/3000/728000.6 zu erfolgen.

Es gibt in Steyr einen sehr bekannten und sehr aufstrebenden Künstler - nämlich Bertl Mütter -, der es geschafft hat, in relativ kurzer Zeit über die Grenzen der Stadt Steyr - von Graz kommend, von seiner Ausbildungsstätte kommend - für sich und für die Stadt Steyr Werbung zu machen. Er hat ein Konzept vorgelegt, auch dem gemeinderätlichen Kulturausschuß, die ganze Disc soll ungefähr S 150.000,- kosten, dabei sind auch wesentliche Eigenleistungen beinhaltet. Das Land Oberösterreich wird sich dabei beteiligen und auch einige private Sponsoren. In den Gemeinderat kommt dieser Antrag um Subventionierung von S 20.000,- deswegen, weil es eine Kreditüberschreitung ist. Ich habe die Disc noch schnell geholt - ist mir gerade noch eingefallen - und möchte den Gemeinderat einladen, daß auch er mit dem privaten Kauf der Disc den jungen Künstler mit-unterstützt und würde den Ankauf wärmstens empfehlen. Ich bitte nun, dem Antrag zuzustimmen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Der Antrag steht zur Diskussion - es handelt sich um eine Kre-

ditübertragung, Herr Kollege, das möchte ich kurz korrigieren.
Wortmeldung Herr GR Lengauer.

GEMEINDERAT

ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Nur weil es da und dort im Gespräch eine Anmerkung gegeben hat, wenn ein Künstler sein Kunstwerk produzieren soll, dann soll er sich das selber finanzieren, möchte ich einfach noch einmal die Bitte stellen, einem jungen Künstler, - der sich auch in seiner Jugend immer wieder für die Stadt Steyr sich eingesetzt hat, seine Kunst auch der Stadt Steyr geschenkt hat, die Verbindung mit der Stadt Steyr aufrecht erhalten hat - einfach die Möglichkeit zu geben, sein Kunstwerk der weiteren Welt zu zeigen und einfach eine Einstiegsmöglichkeit in die große Welt zu haben. Um all das zu ermöglichen bitte ich wirklich, dem Antrag zuzustimmen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Das Wort wird auch vom Kollegen Philipps gewünscht - ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT

MAG. HARALD PHILIPPS:

Wertes Präsidium, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Ich brauche den Worten der Vorredner nicht allzuviel beifügen, nur als kleine Zusatzinformation möchte ich sagen, daß es sich hier nicht um eine

kommerzielle CD sondern um eine künstlerische CD handelt und daß es daher notwendig ist, daß wir von unserer Seite ein bißchen unter die Arme greifen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Wünscht niemand mehr das Wort? Wer der Meinung ist, daß wir diesem Antrag Sie wollen noch ein Schlußwort haben? Bitte sehr, selbstverständlich!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Da möchte ich schon noch ein kurzes Schlußwort dazu geben, weil da sollte man schon die genaue Finanzierung vorbringen.

Der erwartete Gewinn bzw. Verkaufserlös ist S 50.000,-- und Eigenleistungen und Sponsoren bzw. vom Land bzw. von privaten Firmen sind um die S 100.000,-- und so soll das ungefähr ausschauen. Bitte um Abstimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr - nunmehr kommen wir zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag oder übt jemand Stimmenthaltung? Kein Mensch und daher einstimmig angenommen. Ich danke sehr, der nächste Antrag.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke, im nächsten Antrag geht es um das Generalverkehrskonzept der Stadt Steyr - 3. Teilrechnung:

16) VerkR - 4056/89
Generalverkehrskonzept Steyr -
Honorar des Verkehrsplaners;
Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 8. 7. 1993 wird zur Begleichung der 3. Teilrechnung des Honorars des Verkehrsplaners Dr. Stickler der Freigabe von Mitteln in Höhe von S 200.000,-- inkl. MWSt. zugestimmt. Zu diesem Zweck wird ebenfalls eine Kreditüberschreitung in Höhe von S 382.000,-- bei VAST. 5/6120/728060.4 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen. Infolge der Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47, Abs. 5, des Statutes für die Stadt zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Es gibt mir die Möglichkeit, auch über den Stand des Verkehrskonzeptes dem Gemeinderat zu berichten. Es gibt hier offensichtlich auch einige Auffassungsunterschiede - ich muß zuerst unseren jungen, im Gemeinderat jungen grünen Kollegen vielleicht auch noch etwas sagen.....

Gelächter....

Es gibt im Verkehrskonzept die umfangreichen Vorarbeiten - die Dr. Stickler gemacht hat, haben Beispielswirkung für andere Projekte gehabt. Herr Dr. Stickler hat gerade im Bereich Bürgerbeteiligung einen sehr guten Start gehabt. Es gab breit

gefächerte Beteiligungsmodelle, nur das ganze Problem ist, es liegt jetzt schon fast vier Jahre zurück und wie ich das Amt übernommen habe, hat es von Seiten Dr. Sticklers geheißen, es ist noch nicht fertig und es dauert noch und habt Geduld. Ich habe dann im Jahre 1992 gesagt, wenn Herr Dr. Stickler mit seinem Verkehrskonzept nicht fertig wird, werden wir auch die vorgeschriebenen oder vorgehabten Zahlungen nicht leisten. Erst sollen die Teile geliefert werden und dann wird geleistet. Ich habe nie - und das ist jetzt wichtig - weil in der SPÖ Zeitung heute drinnen steht, er streitet ständig mit Verkehrsplaner Dr. Stickler.

Herr Bürgermeister, die einzige Differenz die ich mit Herrn Dr. Stickler gehabt habe war eine finanzielle. Er war der Meinung wir hätten es ihm vorher zahlen sollen, bevor er es liefert, und habe ich gesagt: Lieber Herr Dr. Stickler, sie sind mir wert, aber so wert auch nicht, daß wir jetzt zahlen und wir hoffen, daß wir das Verkehrskonzept irgendwann einmal bekommen. Ich habe den Vertrag mit Herrn Dr. Stickler nicht gemacht, da ist keine Pönale vorgesehen und leider ist es so, daß laut letzten Meldungen - und Sie waren auch dabei - wie Herr Dr. Stickler hier an diesem Platz verkündet hat, endgültiger, schlußendliche Lieferung der ausständigen Teile - Ende August - aber dann ist alles am Tisch und im Herbst beschließen wir es. Ich habe im Sommer sehr häufig interveniert und der letzte Stand der Dinge ist, vielleicht September - wahrscheinlich Mitte Oktober, ich kann nichts machen

- es ist so. Es ist so, und wir haben es zur Kenntnis zu nehmen, aber der Teilbetrag der heute ausbezahlt wird, das möchte ich Ihnen versichern, daß ist der Teil, der bereits geleistet ist. Es sind in Summe - darum möchte ich es genau anführen - bis jetzt, mit der heutigen Teilrechnung, wenn wir die Auszahlung beschließen, - S 2.089.800,-- insgesamt bezahlt worden, offen sind noch S 522.840,-- und das wird erst ausbezahlt, wenn der letzte Teil vorgelegt ist. Ausständig sind noch vier Einzelberichte, zusammengefaßt in einem Endbericht. Mir war auch zum Schluß die Bürgerbeteiligung zu wenig - ganz konform - die Bürgerbeteiligung mit einem Stadtteilgespräch ist zu wenig, aber im Sinne, daß nach vier Jahren Wartezeit das endlich einmal am Tisch liegt, möchte ich das endlich einmal abgeschlossen haben, weil teilweise, oder nicht nur teilweise, sondern in einigen Punkten ist es bereits nicht mehr ganz "up to date", das muß man einfach nach vier Jahren Verkehrskonzeptplanung sagen - so ist es. Eine kleine erfreuliche Mitteilung habe ich aber auch - das Land hat bereits auch schon die dritte Rate in Höhe von S 240.000,-- überwiesen, die sie uns zu diesem Konzept zuschießen. Ich bitte um Zustimmung zur Auszahlung der dritten Rate für das Gesamtverkehrskonzept der Stadt Steyr.

**BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke Herr Doktor Pfeil, ich werde es der SPÖ sagen, was sie zu mir gesagt haben. Ich stelle nur fest, ich habe die Zeitung nicht geschrieben, ich kann ja nicht alle Arbeiten machen, auch noch die von der SPÖ.

Gelächter.....

Herr GR Jansky ist zum Wort gemeldet als erster, dann GR Fürweger, dann GR Spöck.

Zwischenruf von Herrn Vizebürgermeister Dr. Pfeil:

Weil wir heute von Polemik gesprochen haben, Sie haben gerade gesagt Polemik ist nicht gut, und das ist Polemik in Reinkultur.

**GEMEINDERAT
KLAUS JANSKY:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Damen und Herren des Gemeinderates! Der Antrag um die Genehmigung zur Auszahlung der dritten Rate des Verkehrskonzeptes Herr Dr. Stickler gibt mir die Möglichkeit, zu einem Thema das Wort zu ergreifen, das die Bewohner, die Geschäftsleute und Freiberufler in der Innenstadt zur Zeit sehr bewegt - die Vermietung der Parkplätze unter der Vorlandbrücke. Wir haben dort - wie im Amtsbericht vom 2. 9. 1993 bekannt ist, wurden bis zum 2. 9. 1993 fast 30 Ansuchen um Anmietung von Parkplätzen gestellt - vorhandene Parkplätze jedoch nur 17. Der Antrag an den Stadtsenat mit dem Vergabevorschlag wurde daher zurückgestellt, weil keine akzeptable Lösung für die

Beteiligten gefunden werden konnte. Ich bin jedoch der Meinung, daß wir im Zugzwang sind, eine entsprechende Lösung anzubieten. Der § 45 Abs. 2 der österreichischen StVO gibt der Behörde die Möglichkeit, wenn ein erhebliches wirtschaftliches Interesse besteht, auf Antrag eine Ausnahmegenehmigung für die Benützung der gebührenpflichtigen Kurzparkzonen zu erteilen. Es ist sicher nicht im Sinne der Geschäftsleute, das Verkehrskonzept im Hinblick auf die gebührenpflichtigen Parkplätze zu verwässern, aber geschäftsschädigend darf das Verkehrskonzept auch nicht sein. Es liegt daher an der Behörde, im Einvernehmen mit den Betroffenen die Kriterien festzulegen, die ein erhebliches wirtschaftliches Interesse begründen. Ein Ausufern der Ausnahmegenehmigungen sollte jedoch durch genaue Prüfung der aufgestellten Kriterien verhindert werden. In den heutigen OÖ Nachrichten ist schon von Mietkosten in Höhe von S 800,-- die Rede, in diesem Fall kann jedoch sicher nicht von Mietkosten gesprochen werden, sondern nur von einer Benützungsgebühr, die vom Gemeinderat festzusetzen ist - die Stadtplatzparkplätze dürfen von dieser Regelung jedoch keinesfalls betroffen sein. Es sollte unser Ziel sein, den Kaufleuten, Hoteliers und Freiberuflern möglichst schnell eine akzeptable Lösung anzubieten, die den wirtschaftlichen Erfordernissen entspricht. Von der Einigkeit bezüglich Cityparkgaragen, wie die OÖ Nachrichten schreiben, kann ich

eigentlich nur eine Willensäußerung ersehen. In der von Herrn Stadtrat Zagler vorgestellten mittelfristigen Finanzplanung finde ich, im Gegensatz zum Herrn Bürgermeister Pfeil, nur 10 Mio für den Bau einer Cityparkgarage. Ich kann mir nicht vorstellen, daß wir einen Bauträger finden, der den Großteil der Baukosten übernimmt und dann für die Garage einen Betreiber finden, der die Garage wirtschaftlich führen kann. Es wird daher notwendig sein, Prestigeobjekte hinten anzustellen, um kurzfristige Maßnahmen, die Dr. Stickler in seinem Verkehrskonzept fordert - wie den Bau der Cityparkgarage - zu finanzieren. Ich habe das lange und breit durchgeblättert, ich finde

Zwischenruf von Herrn Vizebürgermeister Dr. Pfeil:

Tut mir leid wenn das am Wirtschaftlich vielleicht anders herübergekommen ist.....

Nein es steht heute in der Zeitung 27 Mio Schilling, nicht am Wirtschaftlich,.....

Unverständliche Debatte zwischen Herrn GR Jansky und Herrn Vizebürgermeister Dr. Pfeil:.....

**BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:**

Der nächste am Wort ... sind nicht die OÖ Nachrichten, sondern Herr Gemeinderat Fürweger:

**GEMEINDERAT
GÜNTER FÜRWEGER:**

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Kurz zum Verkehrskonzept - das hat uns der Herr Dr. Stickler im Jänner oder Februar 1993 übergeben und hat uns im Maßnahmenprogramm Sofortmaßnahmen mitgeteilt. Die Sofortmaßnahmen hat er mit zwei Jahren limitiert - es sind jetzt schon 7 - 8 Monate verstrichen und mir ist gestern, wie ich von Linz gekommen bin, aufgefallen, wie ich über den Heuberg herunterfahre, sehe ich eine riesige Baustelle, es kommt dort eine Spur dazu - mir ist dann eingefallen, Stickler sagt uns "Umbau des Taborknotens" als Sofortmaßnahme und jetzt muß man sich schon fragen, was ist jetzt, Herr Bürgermeister, wichtiger? Ist es wichtiger den Heuberg auszubauen, jetzt mit einer dritten Spur, oder den Ennserknoten umzubauen in einen Kreisverkehr, wo wir wissen, daß am Kreisverkehr "Ennserknoten" sehr viele Leute wohnen und sicher mehr belästigt sind als am Heuberg. Es ist eine Landesbaustelle - wir sollten also schauen, daß in Zukunft - nicht daß uns nächstes Jahr wieder irgendwo ein Berg außerhalb von Steyr ausgebaut wird - dieses Geld in Steyr verwendet wird, für wirklich wichtige Sachen, die uns der Dr. Stickler eben mitgeteilt hat, die wir umsetzen sollen. Der neue Kollege der GAL hat es ganz richtig gesagt, wir sollen aufpassen, schon einmal bei der Finanzierung, daß wir das Konzept rechtzeitig bekommen - wir haben es jetzt schon - aber wir sollten das dann auch weiter verfolgen. Man hat sehr lange davon

geredet, von Dr. Stickler, wie das Konzept noch nicht da war, jetzt ist es schon sieben Monate da und es wird nicht sehr viel davon gesprochen, auch beim Budget sieht man keine großen Ansätze.

Dankeschön.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Bitte sehr, Herr Kollege Fürweger, Bundesbaustellen sind das, Bundesbaustellen, daher an den Bund - Herr Haider oder solche Herren können da natürlich massiv Einfluß nehmen auf den Taborknoten.

Zwischenruf von Frau Gemeinderat Bauer:

Wir haben ja einen Bürgermeister!

Der Bürgermeister kann nicht für alles zuständig gemacht werden, vor allen Dingen nicht nur dann, wenn es so gerade in das Grab hineinpaßt, nicht wahr, entweder überall oder nirgends, so geht das nicht. Für diese Geschichte bin ich nicht zuständig, ich habe aber massiv von der Landesregierung verlangt, das zu machen, das haben wir ja gemeinsam gemacht, da gibt es schon einmal eine Einigung, es ist nur so, daß hier die Fachleute, auch die der Landesregierung sagen: Nordspange-Realisierung zuerst und dann Taborknoten. Mir paßt das zwar nicht so gut in den Kram hinein, aber so ist die Situation und ich habe das schon zweimal - glaube ich - dem Gemeinderat berichtet. Nunmehr bitte

ich den Kollegen Spöck zum Rednerpult.

**GEMEINDERAT
WILHELM SPÖCK:**

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Ja, meine Wortmeldung paßt hier genau an dieser Stelle zur Wortmeldung vom Kollegen Fürweger, natürlich auch zur Wortmeldung von unserem Bürgermeister Leithenmayr. Es stimmt was der Kollege Fürweger gesagt hat, im Gesamtverkehrskonzept ist im Sofortmaßnahmenprogramm der Taborknoten enthalten. Ich habe hier bereits mehrmals im Gemeinderat mit Eingaben an den Bürgermeister, anlässlich von Budgetsitzungen usw., auf den Verkehrsinfarkt, der uns täglich am Tabor blüht, hingewiesen - zuletzt in der Gemeinderatssitzung am 17. 09. 1992. Damals hat der Herr Bürgermeister Leithenmayr auf meine Anfrage bezüglich der Verwirklichung der Variante 2 - den halbabgesenkten Kreisverkehr - geantwortet, wenn ich zitieren darf: es ist schon sehr blauäugig zu meinen, daß wir als Stadt Steyr so ohne weiteres den Taborknoten durch einen Kreisverkehr ersetzen können, Herr Kollege, so geht es nicht, ich hätte das gerne gemacht, wir könnten es mit dem Wirtschaftshof machen, aber es geht nicht, denn es ist eine Bundessache und das Land Oberösterreich hat hier die Planung durchzuführen. Die machen das aber nur in Verbindung mit der Nordspange weil Auswirkungen stattfinden, außerdem ist die Finanzierung durch den Bund zu tätigen und dazu muß

wiederum der Nationalrat einen Beschluß fassen. So sind die Dinge eben, Kollege Spöck - Aus Ende -. Dazu möchte ich ein Schreiben vorlesen, ein Schreiben datiert mit 29. 07. 1993 an die Aktionsgemeinschaft Tabor, ein Schreiben von Herrn Landesrat Pühringer - die Aktionsgemeinschaft Tabor hat natürlich auch beim Land interveniert - und in diesem Antwortschreiben des Herrn Landesrates Dr. Pühringer heißt es: bedauerlicherweise gestaltet sich aber die Projektierung des Kreisverkehrs am Ennserknoten insofern als sehr zeitaufwendig, da hierzu zahlreichend begleitende Maßnahmen (wie z. B. Einbahnregelungen, Verlegung der Anbindungen an die Bundesstraßen im untergeordneten Straßennetz der Stadt Steyr) unbedingt erforderlich sind. Diese begleitenden Maßnahmen sind jedoch im vorgelegten Gesamtverkehrskonzept der Stadt Steyr nicht enthalten, sodaß diesbezüglich mit der Stadt neuerlich ergänzende Besprechungen abgeführt werden müssen, um hier eine einvernehmliche Regelung zu erzielen. Ich muß Sie daher neuerlich um Verständnis dafür bitten, daß ich Ihnen eine endgültige Lösung zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht präsentieren kann, und die Bundesstraßenverwaltung von sich aus nur Regelungen am eigenen Straßengrund durchführen kann, zur Bereinigung der Verkehrssituation am sogenannten Taborknoten aber unbedingt das Einvernehmen mit der Stadt Steyr herzustellen ist.

Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, mir kommt es langsam so vor, als will keiner so recht. Der Ball wird zwischen Land und Stadt hergeschoben. Das Verständnis dafür ist aber bei der Bevölkerung am Tabor einfach nicht mehr da, einfach nicht mehr gegeben, zu warten auf Vertröstungen von der einen oder von der anderen Seite. Man spricht zu Recht schon, glaube ich, von Zuhilfenahme von anderen Mitteln um auf diese katastrophale Lage hinzuweisen. In Planung steht eine einstündige Sperre des Taborknotens durch Bewohner des Tabors. Soll es wirklich soweit kommen, frage ich Sie, meine Damen und Herren des Gemeinderates? Kommen wir zuerst auf Gemeindeebene den Forderungen des Landes auf die begleitenden Maßnahmen, die von der Stadt zu tätigen sind, nach, und üben wir dann auch und machen wir gemeinsam Druck auf das Land Oberösterreich.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke Herr Kollege Spöck, ich habe den Ausführungen, die ich seinerzeit gemacht habe, die ich heute fast sinngemäß wiederholt habe, wenig hinzuzufügen. Es ist nur so, daß ich nicht Kenntnis habe von dem Schreiben des Herrn Landesrates an diese Aktionsgemeinschaft Tabor, ich habe das jetzt das erstemal gehört, es

wäre schon fein, wenn man mir das auch zuleiten würde, aber der Herr Stadtrat Schloßgangl war zugegen als wir die Detailplanung Nordspange besprochen haben und der Taborknoten und die Bereinigung dieser wirklich sehr schwierigen Situation, die wir alle einvernehmlich als eigentlich eines der wichtigsten Verkehrsbauwerke in Steyr betrachten, wird immer im Zusammenhang mit Nordspange von den Experten der Landesbaudirektion, die nun einmal Planungsbehörde sind, gesehen. Ich glaube nicht, daß diese Position, daß hier die Stadt am Zug wäre, aufrechterhalten werden kann, daher bitte ich um Übermittlung des Schreibens - wir werden nämlich sehr kurzfristig in der Lage sein, dort das Verkehrsregime zu ändern und ein paar Tafeln aufzustellen, wenn dann der Taborknoten gebaut wird, dann soll es mir eine Freude sein, da werde ich mich persönlich einschalten, aber meiner Meinung nach geht es ums Geld und beim Geld da gibt es Schwierigkeiten wie wir wissen, weil wir sind auf den Plätzen 14 und 15 mit der Nordspange, obwohl wir im Dringlichkeitskatalog I - Stufe 1 gereiht sind, aber Geld gibt es nur für die ersten vier Projekte und da sind wir leider nicht dabei. Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr GR Vanek, bevor ich Herrn Stadtrat Holub das Wort erteile.

GEMEINDERAT

MARCO VANEK:

Meine Wortmeldung paßt irgendwie gerade hinein, was Sie, Herr

Bürgermeister, gesagt haben. Ich stelle jetzt einmal die Frage, was ist es oder was passiert, wenn die Nordspange nicht gebaut wird? Im Verkehrskonzept gibt es hierfür keine Alternativen dazu was passiert, wenn die Nordspange nicht gebaut wird, wenn das Geld von Land und Bund nicht da ist. Ich hätte irgendwie gerne im Verkehrskonzept drinnen gehabt, daß Alternativen und Szenarien drinnen sind bzw. Szenarien eingeplant sind.

**Zwischenruf von Herrn
Vizebürgermeister Dr. Pfeil:**
Sind drinnen

Ich habe es nicht so deutlich gesehen.....

**Zwischenruf von Herrn
Vizebürgermeister Dr. Pfeil:**
Sind drinnen, es liegen genaue Berichte vor.

Ich zumindest habe keine Kenntnis über diesen Umstand erhalten und wenn Sie sagen, daß es drinnen ist, werde ich einmal nachschauen und trotzdem

**BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:**
Danke sehr, Kollege Holub bitte.

**STADTRAT
KARL HOLUB:**
Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Wir sollten, weil das Thema Nordspange und Taborknoten offensichtlich miteinander verquickt

wurde - nicht ist, sondern wurde - uns darüber in aller Deutlichkeit auch in der Öffentlichkeit den Kopf zerbrechen. Es geht nicht an, es geht wirklich nicht an, daß es sich die Stadt Steyr bieten läßt, daß auf verschiedener Verhandlungsseite immer wieder ein Konnex zwischen Nordspange und Taborknoten vorgeschoben wird, um endgültige Maßnahmen zu verhindern. In der Zwischenzeit, meine Damen und Herren, geht der Blümelhuberberg "vor die Hunde" - im wahrsten Sinne des Wortes eigentlich "vor die Autos". Die Menschen dort können unmöglich existieren, wenn die Nordspange länger dauert. Die Menschen am Tabor können unmöglich in der Situation des überlasteten T-Knotens weiterleben, nur deshalb, weil man die Trassenplanung der Nordspange verändert hat. Es ist schon richtig, daß die Nordspange eine wesentliche Entlastung für Knoten und Blümelhuberberg bringen wird, aber es ist völlig unrichtig anzunehmen, daß man ohne Nordspange den Knoten nicht umbauen könnte, das ist gegen jede Logik und da glaube ich, ist es auch höchste Zeit, daß man das nicht unwidersprochen als Gemeinderat zur Kenntnis nimmt, sondern daß sich die Stadt Steyr hier endlich einmal äußert und nicht verschweigt. Ich bin nicht der Meinung, daß sich die Stadt Steyr diese Verknüpfung, Nordspange-Taborknoten, unwidersprochen bieten lassen darf. Ich bin auch nicht der Meinung, daß es sich die Steyrer Bürgerinnen und Bürger bieten lassen werden, daß das Verkehrsgutachten,

das seit Monaten gefordert wurde hinsichtlich der Kreiseinbindung, im Frühjahr habe ich schon die Information bekommen, wie ich mich erkundigt habe, ja schauen sie doch der Knoten soll doch um zwei Meter unter dem Niveau abgesenkt werden. Es gibt im oder am Knotenherz Einbindungen aus denen links- und rechts- abbiegen ermöglicht ist, und es gibt Einbiegungen, die Niveauunterschiede von einem Meter oder mehr aufweisen würden, sollte der Knoten in der abgesenkten Kreisform errichtet werden. Die Stadt Steyr ist daher mehrfach auf Beamtenebene aufmerksam gemacht worden, daß sie hier das untergeordnete Verkehrsregime einer Neuordnung zuführen muß, und diese Neuordnung dem Land vorschlagen, vorher wird eine Neuplanung des Knotens nicht durchgeführt werden, was auch richtig ist, weil wenn nicht feststeht welche Straße untergeordnet werden soll, welche vielleicht überhaupt anders geführt werden oder geschlossen werden soll, kann auch ein gewissenhafter Planer ein Bauwerk, das immerhin sehr beachtlich ist, nicht durchführen. Ich glaube, wir sollten es uns nicht so einfach machen und nur sagen, das eine geht nur mit dem anderen und die einen sind schuld oder die anderen, ich glaube wir sollten in aller Deutlichkeit auch sagen, daß uns der Dr. Stickler zu dem Sie, Herr Dr. Pfeil, offenbar eine neue Liebe entdeckt haben, daß der Dr. Stickler im Detailprojekt Tabor bis dato säumig ist und wenn der Verkehrsplaner, der das

Verkehrskonzept unserer Stadt auch im untergeordneten Regime am Tabor in Auftrag hat - das ist kein Gerede, er hat es ja in Auftrag - das hier noch nicht erbracht hat, gibt es zwei Säumige. Zum ersten den Planer, zum zweiten den politischen Referenten der das nicht einmahnt und zum dritten gibt es nur mehr den staunenden Steyrer, der die Verkehrsüberlastung zur Kenntnis nehmen muß.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, weitere Wortmeldung Herr Kollege Zagler.

STADTRAT

DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Geschätzte Damen und Herren!

Ein Stück des Steyrer Verkehrskonzeptes habe auch ich als damaliger zuständiger Verkehrsreferent - zum Teil leider - mitschreiben müssen. Es war ja ein Auftrag, der noch unter Herrn Stadtrat Pimsl an das Planungsbüro Dr. Stickler ergangen ist, das Steyrer Verkehrskonzept zu erstellen und war dann bis zur letzten Gemeinderatswahl meine Aufgabe, dieses Konzept weiterzuführen, auch damals schon in einer zeitlichen Abfolge, die mit der ursprünglichen Planung in keinem Zusammenhang stand. Ich habe an dieser Stelle schon wiederholt auf die Begründungen seinerzeit hingewiesen, es war ein enorm großer Rücklauf an Bürgerantworten, Bürgerfragebogen

usw. die eine lange Verarbeitungszeit bedingten. Ich will also jetzt nicht über die weitere Abfolge, den Wechsel im Referat, eingehen und die daraus vielleicht auch noch resultierenden Zusatzverzögerungsargumente breittreten. Wir alle wissen, es dauert viel zu lange und da kann ich den Dr. Pfeil nur unterstützen, in dem Wunsch und ihn animieren in seinem Bemühen weiterzutun, daß endlich das fertige Konzept - auch wenn es in etlichen Teilen schon wieder nicht mehr Echtdaten oder Aktualdaten enthält, sondern in vielen Bereichen schon durch unsere eigenen Entscheidungen im Gemeinderat wieder sozusagen aufgeweicht worden ist, daß wir das endlich vorliegen haben. In der Darstellung die der Kollege Jansky benutzt hat um auf die innerstädtische Parkraumsituation hinzuweisen, die vielleicht beim nächsten Punkt auch noch angebracht gewesen wäre, das dort zu diskutieren, habe ich mit Bedauern festgestellt, daß das leider wieder ein bißchen im Hintergrund geblieben ist, weil andere Probleme - im speziellen die Verkehrssituation am Taborknoten - die Diskussion nun überstrahlten. Ich möchte aber diesen Beitrag von Herrn GR Jansky noch einmal aufgreifen, nachdem ja in der Stadtsenatssitzung, wo die Vergabe der Parkplätze beschlossen werden sollte, nach ursprünglichem Plan in unserer Fraktionssitzung am Dienstag zuvor ja erkennbar war, daß es bei diesem Vergabebeschluß aussieht wie in einem Kelomatkochtopf, der schon dem Pfeifen nahe ist und die Geschichte ist also die, wie kann man

den Druck hier so vermindern, daß nicht Glasscherben oder Scherben überbleiben, die wieder schwer zu kitten sind. Jetzt habe ich mich bei der Analyse des Problems daran gehalten zu sagen, wie können wir Entlastung schaffen und habe mich zurückerinnert an einen Beschluß, den wir hier im Gemeinderat gefaßt haben, nämlich Parkkarten - Jahresparkkarten - zu einem Preis von S 8.000,- auszugeben, mit dem Haken versehen.... - Du schaust da Willi, Du hast damals auch mitgestimmt für diesen Vorschlag. Der einzige Haken bei dieser Maßnahme ist der, daß der Besitzer einer solchen, für jeden zugänglichen, achttausend Schilling teuren Parkkarte gezwungen ist, nach Ablauf der Kurzparkzonenzeit - sprich nach eineinhalb Stunden am Ennskai, oder nach einer halben Stunde am Stadtplatz - den Parkplatz zu räumen und bereits am Nachbarparkplatz das Auto wieder abstellen kann. Für manche mag das eine interessante Variante sein, ich denke da an Handelsreisende, an Vertreter, die von Geschäft zu Geschäft fahren um ihre Verträge abzuschließen und nicht die Zeit vergeuden sollen mit dem aufsuchen der Parkautomaten, mit dem hineinwerfen der Gebühren etc. Für mich war also die Möglichkeit vorhanden, einen solchen Parkplatz zu "mieten" und daher war die Überlegung nur, wie kann man es rechtlich schaffen, aus dieser eineinhalbstündigen Begrenzung einen Ausweg zu finden. Ich habe das dann in der Stadtsenatssitzung am Donnerstag darauf vorgetragen und- ja

entschuldige Karl Holub weil Du das sagst - ich will also hier nicht Vaterschaftsprozeß in dem Sinne führen, daß ich jetzt stolz oder eitel bin, den Vorschlag gemacht zu haben, weil vielleicht stellt sich ja heraus, daß er gar nicht so gut ist und

Unverständlicher Zwischenruf:

Die Antwort auf Jansky's Wortmeldung hast Du nicht gehört, gut, daß also hier dieser Kompetenzstreit oder Streit um die Idee also nicht unbedingt so zu führen ist, aber Faktum ist, in der Stadtsenatssitzung haben sich also einige für diese Idee erwärmt. In der nächsten Verkehrsausschußsitzung habe ich das wieder vorgetragen und wie es so schön heißt, in den Kolonnaden oder Wandelgängen haben wir dann noch gesprochen - Klaus und ich - und ich habe ihn gebeten, diese Idee auch zu unterstützen, weil ich sie für gut halte und ich möchte es nicht haben, daß das in der heutigen Diskussion, weil es auch andere Punkte zum Verkehrskonzept gibt die vielleicht wichtiger sind, daß das unter den Tisch fällt. Ich hoffe, daß unser Gemeinderat in der Gesamtheit in der Lage sein wird, in Kürze diese Möglichkeit zu schaffen, um das innerstädtische Parkproblem für solche, die wirtschaftliche Notwendigkeiten haben, das Fahrzeug zu benutzen, zu entspannen. Der zweite Punkt der angesprochen worden ist, der mich auch mehrfach betrifft, nicht nur als Mitglied des Verkehrsausschusses, ist die Frage der Parkgaragen bzw. die Frage der citynahen Parkgarage.

Primat - Vorrang - hat für uns - und das haben wir aber auch sehr einstimmig in den diversen Sitzungen gehabt - die Bahnhofsüberbauung. Nächste Priorität hat für uns das citynahe Parkhaus, und mir ist vorgeworfen worden, auch in dieser Stadtsenatssitzung und dann über die Zeitung, über die wöchentliche Pressekonferenz der FPÖ bzw. auch der ÖVP, daß hier kein Geld vorhanden wäre, eine solche Parkgarage zu bauen, im mittelfristigen Finanzkonzept. Dem ist nicht so, denn es geht ja nicht darum, daß die Stadt Steyr als Bauträger auftreten soll oder wird, wir wären schlechtest daran beraten, uns wieder in ein Metier hineinzubegeben, das auch von privaten - und ich bin ganz überrascht, daß die Vertreter der Privatisierung und Reprivatisierung das eigentlich kritisch bemerken - daß also hier ein privater Betreiber dafür sorgen sollte und daher von uns diese Beträge aus dem mittelfristigen Finanzkonzept, das aber auch mit den Fachabteilungen so beraten worden ist, davon Ausgang genommen wurde, daß wir hier für Planungsarbeiten, für Finanzierungszuschüsse und ähnliche Dinge Geldmittel zur Verfügung stellen, aber nicht mehr. Außerdem haben wir für jene, die sich also an Gemeinderatsbeschlüsse gerne oder nicht gerne erinnern, aber trotzdem manchmal erinnern müssen, die Widmung der Sparkassengelder einstimmig im Rahmen der letzten Budgetsitzung im vergangenen Jahr beschlossen, wo auch für die Umsetzung des Verkehrskonzeptes ein

Widmungsbeschluß in Höhe von S 20 Mio gefaßt worden war, wobei noch kein Wort darüber verloren ist, ob das nicht vielleicht Beiträge für eine zu errichtende Parkgarage sein könnten. Ich würde schon bitten, bevor die Dauernörgelei und Kritisiererei über leider nicht so informierte Zeitungsreporter dann direkt in die Medien hineinkommen, vielleicht das doch ein bißchen besser zu recherchieren und ich hätte auch die Bitte an die Zeitungsvertreter oder den höflichen, untertänigsten Wunsch, auch hier dem Sachverhalt ein bißchen besser Rechnung zu tragen. Zum Taborknoten - wir alle wissen wie wichtig er ist, er ist auch in einer Prioritätenliste weit vorne gereiht und wir vergessen bei dieser Diskussion über den Knoten schon wieder, was wir für den Tabor an laufenden Tätigkeiten positiv über die Rampe gebracht haben. Die Stichstraße ist kurz vor der Fertigstellung, die eine Entlastung dieses Viertels bringen wird. Der Taborknoten ist wichtig, auch das wissen wir alle, wenn wir das Linksabbiegen am Blümelhuberberg verhindern wollen, das ist klar, das sollen wir vorantreiben und soweit es unser Bauamt unterstützen kann, lieber Karl, auch wenn Du hier den Retter des Taborknotens hervorkehrst, liegt das auch im Bauamt begraben und der Kollege Schloßgangl sitzt ja auch neben Dir, der dort das antreiben kann, weil ich, und das ist mein Schlußsatz in dieser Diskussion, der sich auch in anderen Dingen wenn ich an die Rückbaumaßnahmen an der Werndlstraße denke als sehr rascher

Verwirklicher von Maßnahmen sieht, die vielleicht gar nicht so dringend oder wahrscheinlich gar nicht so dringend sind wie dieser Taborknoten.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

So, noch eine Wortmeldung? Keine Wortmeldung mehr, das Schlußwort - ja bitte schön.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Nachdem wir eigentlich zum falschen Tagesordnungspunkt hier diskutieren, weil es steht hier heute nur zur Debatte die Auszahlung für das dritte Teilhonorar Dr. Stickler. Parkraumbewirtschaftung und Verkehrskonzept werden wir dann im nächsten Tagesordnungspunkt besprechen. Darum möchte ich versuchen, die Antwort auf die offenen Fragen bzw. Verkehrsprobleme im nächsten Tagesordnungspunkt zu geben.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Daher zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, daß der Dr. Stickler einen Teilbetrag erhält, den bitte ich ein Zeichen der Zustimmung zu geben, danke. Gegenprobe - Stimmenthaltung wird nicht geübt, der Antrag ist einstimmig angenommen, Nummer 17 bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Im nächsten und meinem letzten Antrag geht es um die Parkraumbewirtschaftung.

17) VerkR - 5629/92

Beträge zur Bezahlung des Österreichischen Wachdienstes;

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB IV, Bezirksverwaltungsbehörde, vom 26. August 1993 wird die Mittelfreigabe der o. a. Beträge zur Bezahlung des Österreichischen Wachdienstes gewährt. Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von S 1,253.000,-- bei der VAST. 1/6400/728000.5 bewilligt. Die Deckung der Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Aufgrund der Einführung der Parkraumbewirtschaftung im Gebiet der Stadt Steyr mit 1. 9. 1993 wurde wegen der Überwachung der gebührenpflichtigen Kurzparkzonen ein Vertrag zwischen der Stadtgemeinde Steyr und dem Österreichischen Wachdienst Wels abgeschlossen. Im Punkt 3 dieses Vertrages verpflichtet sich die Stadtgemeinde Steyr zwölf gleiche Monatsraten von je S 299.250,-- jeweils bis zum 10. des Folgemonats für den Vormonat an den Österreichischen Wachdienst zur Auszahlung zu bringen. Gleichzeitig ist im Punkt 4d des Vertrages festgehalten, daß für die Kosten der

Kontaktstelle auch die Gemeinde in der Höhe von S 14.000,-- monatlich aufzukommen hat. Hier möchte ich eine Anmerkung machen. Der Amtsbericht, der dem Stadtsenat vorgelegen hat, ist etwas irreführend. Hier steht für die Anmietung der Kontaktstelle... das sollte heißen, für die Errichtung der Kontaktstelle, da gehört alles dazu, da gehört die Miete selbstverständlich dazu, das Mobiliar, die Funkeinrichtung, die Umbauten, die Einbauten einer Toilettenanlage, d. h. das ist nicht auf die reine Miete zu übertragen. Ferner darf man dieses Leistungspaket des Österreichischen Wachdienstes, das wir ja einstimmig für den Billigstbieter beschlossen haben, nicht isoliert betrachten. In Summe gesehen ist der Österreichische Wachdienst mit Abstand der Bestbieter gewesen, wenn man die zwei Leistungen - Kontaktstelle und Überwachung der Kurzparkzonen - zusammenzieht. In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung der Auszahlung in Höhe von S 1,253.000,-- leider mit einer Kreditüberschreitung - hätte man vielleicht auch budgetär vorbereiten können - bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? Herr GR Spöck bitte, ich erteile es ihm. GR Payrleitner auch zu Wort gemeldet, ist in Vormerkung.

**GEMEINDERAT
WILHELM SPÖCK:**

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Zunächst ein paar Worte allgemein zur Parkraumbewirtschaftung - in meinen Augen und in den Augen vieler Steyrer ist die Parkraumbewirtschaftung sehr positiv aufgenommen worden, wie ich aus Gesprächen mit Mitbürgern weiß, wie man aus Zeitungen liest. Wo es aber fehlt, sind die Park+Ride Parkplätze die leider nicht angenommen werden, wenn ich hier nur denke, und ich habe es bereits auch schon vorgestern im Verkehrsausschuß gesagt, an den Park+Ride Parkplatz bei der Umkehrschleife Richtung Krankenhaus - die Auslastung ist Null, maximal stehen 2 Fahrzeuge bei diesem Park+Ride Parkplatz. Ich glaube, werte Kolleginnen und Kollegen, man muß sich schon jetzt die Frage stellen, oder spätestens jetzt müssen wir uns die Frage stellen, wieso? Der Standort ist glaube ich derzeit - ich betone derzeit - richtig gewählt. Die Ausstattung läßt sicherlich zu wünschen übrig, man spricht zum Teil von einer Schottergrube, das ist aber sicherlich auch nicht der Grund. Die Busverbindung der Linie 2, alle 15 Minuten von 5,25 Uhr bis 20,10 Uhr, der Intervall paßt in meinen Augen ebenso. Der Grund glaube ich, und das habe ich auch in vielen Gesprächen mit Mitbürgern gehört, sind die Tarife. Ich frage die werten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, glaubt man denn wirklich, daß man mit S 14,-- für den

Einzelfahrschein, S 28,-- Hin und Zurück, dieser angenommen wird - ich weiß schon - sofort kommt das Argument mit der Monatskarte mit den S 250,--, den 20-Fahrtenschein mit S 180,--, den 10-Fahrtenschein mit S 110,--, den 5-Fahrtenschein mit S 60,-- also pro Einzelfahrt zwischen S 9,-- und S 12,--, aber wer hat schon eine entsprechende Karte zur Hand, vor allem wo die Werbung fehlt, hier fehlt es sicherlich auch am Management bei den Verkehrsbetrieben. Ich glaube aber auch, daß die S 9,-- bis S 12,-- zuviel sind, man sollte wirklich aufgrund der Einnahmen bei der Parkraumbewirtschaftung überlegen, hier für diese Linien einen anderen Schritt zu setzen. Es ist in einer Zeitung der Nulltarif geschrieben worden, es muß nicht unbedingt der Nulltarif sein, aber ich glaube Überlegungen in dieser Richtung wären für die Ausnutzung der Park+Ride Parkplätze sicherlich richtig.

**BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke sehr, zum Wort gemeldet ist der Kollege Payrleitner, nächster STR Tatzreiter, dann STR Eichhübl und STR Zagler.

**GEMEINDERAT
HANS PAYRLEITNER:**

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Kurz ein paar Bemerkungen zu dem uns vorliegenden Amtsbericht. Auf den ersten Blick sind hier S 14.000,-- für die Anmietung einer Kontaktstelle im Amtsbericht vorgesehen. Meine

Nachforschungen haben ergeben, nachdem mir diese S 14.000,- für diese Gegend doch erhöht vorgekommen sind, daß der Österreichische Wachdienst dort rund S 8.000,- bezahlt. Jetzt, beim ersten Hinschauen könnte man sagen, da schneidet wer im Jahr rund S 70.000,- letzten Endes auf Kosten der Steuerzahler herunter inklusive Betriebskosten usw. Wie weitere Recherchen im Hause, vor allem bei der Rechtsabteilung ergaben, war das dann doch nicht ganz so und der Amtsbericht ist in dieser Form nicht richtig verfaßt worden und ich glaube, wenn man solche Dinge hier beschließt, die haben doch eine Dimension, eine Gewichtigkeit, dann würde ich schon vielleicht den Herrn Dr. Schmidl, der ja anwesend ist, bitten, daß er trachtet, daß Amtsberichte auch so verfaßt werden, daß sie den Tatsachen entsprechen, weil sonst könnte man wirklich, wie von mir vorerst erwähnt, annehmen, daß hier doch eine - etwas vorsichtig ausgedrückt - eigenartige Vorgangsweise des Österreichischen Wachdienstes hier gewählt wurde oder man zumindest vom Österreichischen Wachdienst bei der Unterzeichnung hier im Haus verlangt, daß er den Mietvertrag mit dem Hausbesitzer hier vorlegt.

STADTRAT

LEOPOLD TATZREITER:

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Die Parkraumbewirtschaftung ist in letzter Zeit ein Dauerbrenner und alle

miteinander dürfen wir uns glücklich schätzen, daß es gelungen ist, zumindest den Weg zu finden, eine derartige Bewirtschaftung sozusagen einzurichten. Was mich in letzter Zeit ein bißchen stört ist, daß der Name Tatzreiter in den Zeitungen ständig vorhanden ist, auch in dem Zusammenhang, weil es um die Parkflächen unter der Vorlandbrücke geht und weil ich mir erlaubt habe, im Konsens mit dem Bürgermeister bzw. überhaupt im Konsens mit der Beamtenschaft hier Vorschläge nur einmal aufzubereiten - nicht einen letztendgültigen Vorschlag der nur mehr beschlossen werden soll oder darf. In dem Zusammenhang möchte ich eine Klarstellung machen, weil ich es auch den Medien so weitergegeben habe, auf die Fragen, ob das schon die letztgültige Liste ist, die nunmehr beschlossen werden kann oder ob es da noch Änderungen gibt. Für mich war es nur ein Vorschlag in die Richtung und daher bin ich auch nicht ganz glücklich über die Art, daß man darüber falsch berichtet. Der Herr Kollege Götz ist auch zitiert, es war aber ein reiner Zufall, wir haben es uns nicht ausgemacht, daß wir zusammenkommen und legen jetzt eine Parkraumbewirtschaftung oder diese Liste der Mieter dort, sozusagen der Parkplatzmieter, fest. Es war ausschließlich ein zufälliges Zusammentreffen und wir haben uns überhaupt nur die Listen gemeinsam angesehen, weil es gerade zufällig in dem Amt war bei dem Beamten, der das gerade in Arbeit gehabt hat. Ich sage das jetzt einmal in aller

Deutlichkeit, weil es immer so aussieht, da ist irgend etwas gemunkelt worden und ich habe auch zu den Zeitungen gesagt, die Herren müssen sich daran erinnern, ich möchte nämlich nicht haben, daß es heißt, da haben sie wieder einmal etwas fabriziert, wo niemand mehr nach kann. Ich meine damit, daß wir versucht haben, nur die Vorschläge nämlich der Dringlichkeit bzw. der Interessenslagen sozusagen die Interessenten nach Eingängen zu reihen, man muß sie irgendwo reihen und ich werde es wieder tun, natürlich im Zusammenhang aller die es hier gibt und dann werden wir uns zusammensetzen und eine neuerliche Liste aufbereiten, die dann beschlossen wird. Ich bitte um Verständnis in dem Zusammenhang ich muß sagen, damit das auch einmal klar ist in diesem Kreis, danke.
Darf ich etwas nachsetzen? Karl ich bin Dir aber nicht böse.

**BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:**
Herr Stadtrat Eichhübl...

Unverständlicher Zwischenruf:

Payrleitner war schon an der Reihe, Eichhübl ist gemeldet..... überlaß das mir, ich mache genaue Aufzeichnungen...,
Du bist am Wort, aber jetzt nicht wieder über das Bad reden, zur Sache bitte.

Gelächter:...

**STADTRAT
ROMAN EICHHÜBL:**

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Herren Bürgermeister! Der Herr Bürgermeister hat mich zwar soeben darauf hingewiesen, daß ich zur Sache sprechen soll, aber ich glaube, daß ich auch für mich das Recht in Anspruch nehmen kann, eine indirekte Wortmeldung wie vor mir der Kollege Spöck, abzugeben - und zwar hat er die Park+Ride Situation draußen, beinahe in Sierning hätte ich schon gesagt, angesprochen und auch die Fahr-scheine. Zum einen darf ich einmal ganz kurz Dir Willi völlig recht geben, daß auch ich davon ausgehe, daß in Zukunft die öffentlichen Verkehrsmittel wesentlich billiger sein müssen, um einen Anreiz zu bieten, um überhaupt das ganze Verkehrsgeschehen in den Griff zu bekommen, aber ich darf Dich bitten, lieber Willi, daß Du nicht immer vom Einzelfahrschein ausgehst, denn das ist doch glaube ich nicht die richtige Ausgangsposition, denn der Einzelfahrschein kostet S 14,- und wenn man vom 20-Fahrtenschein ausgeht, dann verbilligt sich die ganze Angelegenheit auf S 9,- dann gibt es noch eine Monatskarte um S 250,- die der Herr Bürgermeister im Amtsblatt herangezogen hat, dann verbilligt sich das auf S 3,50 in etwa wie er richtig angeführt hat. Die Bewerbung ist auch von Dir angezogen worden, die Bewerbung der Stadtwerke, dazu darf ich sagen, daß ich selbstverständlich gegen Widerstand auch bereit war, den zweiten, von Dir nicht angezogenen Park+Ride Parkplatz, zu

genehmigen, nämlich den Platz, der für das Stadtbad ansich zur Verfügung steht, aber ich glaube nicht, daß es zu den befürchteten Konfrontationen kommen wird oder gekommen ist, soweit ich mir berichten habe lassen und das selbst vor Ort auch festgestellt habe. Aber es geht dort auch bei der Werbung um gewisse Kosten. Es kann nicht so sein, daß man auf der einen Seite und auch von der SPÖ Fraktion immer wieder hört, die Situation in den Verkehrsbetrieben, was die Verluste betrifft, ist nicht mehr tragbar - seitdem der Eichhübl Referent ist, ist es auf 23 Mio angestiegen - ich darf Sie informieren, nachdem das indem heute oder gestern erschienenem Aktiv von der SPÖ nicht mehr ganz zutreffend ist, es ist schon ein bißchen mehr geworden, das wird wie der Kollege Zagler richtig sagt, bis zum Jahresende so sein, daß man als Verlust in den Verkehrsbetrieben mit S 30 Mio wird rechnen müssen. Aber bitte, das ist nicht weil der Eichhübl der Referent ist, sondern weil in erster Linie die von allen gewünschten, nicht nur von der Bevölkerung gewünschten, sondern auch von den Mandataren gewünschten und auch von mir gewünschten Ausweitungen der öffentlichen Verkehrsmittel entsprechende Kosten verursachen. Der Ankauf von City-Bussen wurde ja damals vom Herrn Bürgermeister forciert, den ich damals selbstverständlich unterstützt habe, den Antrag, und wie sich zeigt, war die Einführung der neuen City-Buslinien, vor allem in der Neuschönau kann ich

das selbst jeden Tag beobachten, sicherlich keine schlechte Idee, dafür im Ausschuß berichten, daß der City-Bus sehr gut angenommen wird und die Frequenz dort erfreuliche Ausnahmen annimmt. Aber ich bin dann schon wieder fertig, sonst bekomme ich wirklich einen Ordnungsruf vom Herrn Bürgermeister, weil ich nicht zur Sache rede. Ich wollte jetzt noch einmal im Zusammenhang der angeführten Posten auf die Werbung zurückkommen. Nachdem der Kollege Zagler als Finanzreferent neben mir sitzt, darf ich Dich bitten, daß Du mir vielleicht dann mitteilen könntest, inwieweit Du bereit bist, diese Werbemaßnahmen finanziell zu unterstützen, weil sie ja der Öffentlichkeit zu Gute kommen und ich bin selbstverständlich gerne bereit, den von Dir - und ich hoffe - sehr hohen Betrag für die Werbung in Anspruch zu nehmen. Ich danke sehr.

STADTRAT

DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Man könnte als ersten Satz fast den Gruß ausrufen "willkommen im Club" oder "willkommen im Boot". Ich kann mich noch erinnern an den Grundsatzbeschuß zum Verkehrskonzept, den wir im Frühjahr April/Mai 1991 beschlossen haben, wo es eine Fraktion gab, die partout von der Parkraumbewirtschaftung nichts wissen wollte. Kollege Eichhübl ist heraußen gestanden und hat dagegen gewettert, ich bin wirklich froh und will das nicht ins polemische abgleiten

lassen, daß hier ein Umdenken da war und ich bin noch mehr froh, daß die Bevölkerung zu einem so hohen Anteil diese Einführung akzeptiert hat. Zu den Punkten, die kurz andiskutiert wurden, sind Park+Ride, einige Male bin ich hier gestanden und habe gesagt, auch Prof. Stickler gegenüber, Park+Ride ist nicht der richtige Weg, es müßte heißen: Park+Ride+Ride, denn was um alles in der Welt sollte den Benutzer, der von auswärts in die Stadt einpendelt dazu bewegen, nicht in seinem Wohnort wo er wegfährt in das öffentliche Verkehrsmittel zu steigen, sondern an einer willkürlichen Stelle eines Park+Ride Platzes. Diese Dinge waren uns bewußt, trotzdem war es wichtig, zur Abrundung und vor allem aber auch um dem Konzept gerecht zu werden, die Parkplätze anzubieten und wie vieles im Leben, wird es auch hier so sein, daß die ersten Tage und Stunden oder Wochen noch nicht Aufschluß geben, wie die Bevölkerung das annimmt. Auf jeden Fall sind die Klienten oder die Benutzer dieser Park+Ride Plätze nicht die Handelsreisenden, die die Geschäfte abklappern, nicht jemand der einkaufen fährt - für die haben wir die Parkraumbewirtschaftung in der Stadt eingeführt - sondern, wie es auch im Verkehrsausschuß richtigerweise nicht von mir, sondern - ich weiß nicht wer es gebracht hat - festgestellt wurde, für die Berufspendler die hereinkommen und ich komme jetzt mit direktem Wort zu Dir, Kollege Spöck, das ist aber auch die Kundschaft, die sich Mehrfahrtenkarten, Zeitkarten,

Wochenkarten, Monatskarten und - was bis jetzt durch das Nichtzustandekommen eines Konsenses über eine Tarifierung verhindert wird - die Kaufmöglichkeit für Jahreskarten. Was auch verhindert wird ist: Tarife in dem Sinne anzuheben, daß wir in einem künftigen Verkehrsverbund - wo sogar Stadtrat Eichhübl aktiv geworden ist und einen Brief an den Verkehrsminister und auch an den zuständigen Landesrat verfaßt hat - wo er diesen Verkehrsverbund Forderung die Einbindung Steyrs fordert und nicht von Haus aus schlechte Karten ausstellt - und wenn Sie meine Meinung hören wollen, der Einzelfahrschein kann gar nicht teuer genug sein, es soll nämlich keine Belohnung sein für jemanden - weil gerade das Auto in der Reparaturwerkstätte ist - der einmal mit dem Bus fährt, sondern es soll der belohnt werden, der das öffentliche Verkehrsmittel regelmäßig benutzt, und falsch wäre es hier den Schluß zu machen - niedrige Tarife würden den öffentlichen Verkehr verbessern - richtig vielmehr ist es, daß der öffentliche Verkehr verbessert wird durch die neuen Linien. Mich freut es, daß der Stadtrat Eichhübl auch hier diesen Vorschlägen nicht nur zugestimmt hat, sondern sie auch begrüßt und sogar durch eigenen Eindruck und durch eigene Beobachtung bestätigt, wie richtig diese Vorgehensweise war. Richtig ist, diese Linien zu schaffen, richtig ist, die Takte zu verdichten, richtig ist, in den Verbund einzutreten und dafür sollten

wir auch die Kaufkraft unserer Bürger in Anspruch nehmen und die vorhandene Kaufkraft nicht für andere Dinge abfließen zu lassen und damit schließt sich für mich der Kreis, Roman, ich wäre der Glückliche, ein Werbekonzept mit gutem Gewissen für die Stadtwerke in einem ordentlichen Ausmaß zu unterstützen, wenn auf der Tarifseite auch die Einnahmen dafür kommen. Es ist ein Trugschluß und ein Irrtum zu glauben, wenn man die öffentliche Verkehrsleistung herschenkt oder im falschen Maße verbilligt, daß man dann sowohl die Stadtwerke finanziell in erträglichem Rahmen führen kann, wenn es so weiter geht mit diesen Aufwendungen mit diesen Kosten - die Dynamisierung ist ja auch vorhanden - können wir uns die Stadtwerke in zwei oder drei Jahren nicht mehr leisten, dann haben wir vielleicht das Welser-Modell, daß ein Privater - Reprivatisierung aufgepaßt - daß ein Privater dort zu viel höheren Tarifen fährt als es in Steyr auch nach einer Anpassung - so wie es der zuständige Stadtrat im Ausschuß vorgeschlagen hat, aber wie gesagt den Mut nicht gefunden hat, das bis in den Gemeinderat weiter zu bringen, obwohl die Signale unserer Fraktion vorhanden waren, hier die Zustimmung nicht zu verwehren - dann haben wir vielleicht Welser Verhältnisse, wo am Sonntag kein Autobus fährt, wo der Autobus um 18,00 oder 18,30 das letzte Mal fährt usw. und dafür würde ich meine Stimme nicht hergeben und ich benutze diesen Tagesordnungspunkt

dazu, weil Du das andiskutiert hast Willi, Euch die Gesamtverantwortung unseres Steyrer Gemeinderates besser zu überlegen und dieser Gesamtverantwortung nachzugehen, um vielleicht doch hier wieder in das Boot, das von uns ganz geschickt - glaube ich - im Manöver gehalten wird, einzusteigen.

Gemeinderat DI Frank Mundorff verläßt um 17,50 Uhr die Sitzung!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, keine weitere Wortmeldung? Noch eine Wortmeldung - Spöck die zweite?

GEMEINDERAT

WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Ganz kurz zum Kollegen Zagler: die Fraktion hat vor einigen Wochen die Möglichkeit gehabt, Bamberg kennenzulernen - ähnliche Verhältnisse in etwa zu Steyr. Wie haben die Leute in Bamberg, die Kolleginnen und Kollegen in Bamberg die Situation mit den Pendlern, mit dem Park+Ride System gelöst? Es gibt Parkgaragen, diese können von den Pendlern benützt werden - die zahlen DM 1,-- und können gleichzeitig auch noch das öffentliche Verkehrsmittel in die Stadt benützen - so funktioniert es - DM 1,--.

STADTRAT

DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Es war klar, daß hier noch einmal eine Antwort folgen mußte. Ich habe im Verkehrsausschuß Deine Anregungen diesbezüglich auch gehört und auch sehr gelobt und auch so etwas kann ich mir vorstellen, daß man in Verbindung mit dem Park+Ride eine solche Karte schaffen kann, über das kann man reden, aber der Trend oder die Tendenz sollte dorthin gehen, daß wir den ohnehin so moderaten und nur die Teuerungsabgeltung berücksichtigenden Vorschlag, der von den Direktoren der Stadtwerke ausgearbeitet worden ist und vom Stadtrat Eichhübl in den Ausschuß gebracht worden ist, endlich einmal über die Rampe bringt, bevor nämlich unser Budget und alles andere nicht mehr finanzierbar ist, denn eines geht auch nicht - täglich in der Zeitung fordern was alles zu machen ist und dann, wenn Farbe zu bekennen ist, auch vorm Wähler und vorm Stadtbürger zu sagen, ihr müßt aber bei der Finanzierung mittun - den berühmten Schweif einzuziehen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Keine weitere Wortmeldung mehr?
Schlußwort - der Referent.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Allgemein, wie bereits gesagt wurde, ist die Parkplatzgebührenregelung gut angekommen. Wir haben sicherlich Probleme, die wir in den entsprechenden Gremien weiter beraten müssen. Nach gewissen Beobachtungs-zeiträumen, ich denke

hier insbesondere an Probleme in Steyrdorf mit dem Bewohnerparken, da gibt es auch Probleme mit den Dauerparkplätzen wie Sie wissen, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben dort das Bewohnerparksystem abgeschafft, haben dazu im Gegensatz Dauerparkplätze geschaffen, aber es ist im Verkehr und bei Parkplätzen so, wenn man einem etwas gibt, nimmt man dem anderen etwas und hier muß immer ein richtiger Ausgleich gefunden werden und mein erster persönlicher Eindruck ist im Moment, daß eben das Pendel zu Ungunsten der dort einheimischen Bevölkerung ausschlägt und ich glaube, hier wird ein Nachjustieren notwendig sein. Weil wir schon in Steyrdorf sind - die Wieserfeldplatz-Tiefgarage wird ein unerfüllbarer Traum und Wunsch sein, weil die ist durch einen privaten Financier - soweit ich informiert bin und soweit wir es durchrechnen haben lassen - nie und nimmer finanzierbar in der Größenordnung, die dort eben vorgesehen ist. Ähnlich verhält sich das mit der City-Parkgarage in der vorgereichten Parkgarage, die wir einstimmig zum bevorzugten Platz für einen Standort bestimmt haben, aber auch dort, wenn von der Stadt her nicht größere Anstrengungen unternommen werden, sehe ich für die citynahe Parkgarage eher schwarz. Man soll nicht dem Bürger glauben machen, wir haben bald eine citynahe Parkgarage dort, wenn sich jemand findet, ein privater Betreiber und Errichter in diesem schwierigen Baugebiet, der die Finanzierung

übernimmt, soll es mir recht sein - ich bin skeptisch und gebe GR Jansky, lieber Klaus, recht, es war ein Übertragungs- oder Vermittlungsfehler, es sind im Ansatz in Summe 10 Mio Schilling für die nächsten vier Jahre vorgesehen und da werden wir sicherlich dort oben nicht allzuviel bewirken - das sind wenige (30-40) Parkplätze die wir dort schaffen könnten. Im Zentrum, am Stadtplatz, haben wir eine sehr gute Regelung, die sehr gut angekommen ist - Probleme haben wir zwar in der Mittagszeit, die Gastronomen klagen etwas - vielleicht wird man hier auch überlegen müssen, die Mittagszeit doch auszuklammern oder bestimmte Gebiete auf eineinhalb Stunden zu nehmen - das wird sich in den nächsten paar Monaten herauskristallisieren. Zur Vorlandbrücke möchte ich noch eines sagen - es ist heute schon sehr viel dazu gesagt worden - die Vorlandbrücke steht ja im Privatbesitz der Gemeinde und ich habe nachweislich im Frühjahr d. J. schriftlich an die Magistratsdirektion den Wunsch herangetragen, daß jetzt schon - im Frühjahr 1993 - geschaut werden soll, wieviele Parkplätze dort überhaupt möglich sind, wieviele Parkplätze wir eventuell für Magistratsbedienstete brauchen und daß jetzt schon - im Frühsommer/Frühjahr noch - öffentlich ausgeschrieben wird, daß sich alle Interessenten daran beteiligen oder bewerben können und dann sollen Kriterien gemacht werden, daß dann von der Beamtenschaft objektiv nach den Kriterien entschieden werden

kann, wer dort eben diese Parkplätze bekommt. Ich habe bis Ende Sommer von einer Ausschreibung nichts gehört, zwar wurden Briefe an Ärzte und Rechtsanwälte geschickt, aber ansonsten war bis Ende Sommer nichts zu hören und ich habe noch einmal gebeten, eine Anzeige in einer Zeitung aufzugeben, dies ist dann gemacht worden und es haben sich dann mehr Bewerber um einen Parkplatz beworben, als Stellplatzmöglichkeiten vorhanden sind. Jetzt kommt die schwierige Situation - wer bekommt den Parkplatz? Es gibt weder Richtlinien, noch wissen wir, wieviele tatsächlich zur Verfügung stehen, ich habe bis heute nicht - trotzdem ich wirklich im letzten Stadtsenat noch einmal beim Herrn Magistratsdirektor urgiert habe, binnen Wochenfrist uns mitzuteilen, wieviele Magistratsbedienstete tatsächlich einen Anspruch auf einen Parkplatz haben - bis heute, heute ist Wochenfrist, habe ich nichts bekommen, wir wissen nicht einmal wieviele wir für die Magistratsbediensteten benötigen. Sind es 17 die wir vermieten, sind es 20 die wir vermieten oder sind es 19, wir müssen das vorher wissen, dann erst können wir vergeben und es kann nicht sein, daß der Stadtsenat dann zu einem Wohnungsausschuß, zu einem Vergabeausschuß, degradiert wird, so kann es auch nicht laufen, dazu ist der Stadtsenat vielleicht doch ein zu höherwertiges Gremium und da möchte ich mich auch nicht dazu hergeben, daß wir dort einen Wohnungsausschuß machen, also da

möchte ich schon objektive Kriterien ausschlaggebend wissen und da wäre ein halbes Jahr Zeit gewesen, diese Kriterien zu erstellen, daß die Personen und die Wirtschaftstreibenden, die Interesse haben, die in der Stadt leben, daß die einen Parkplatz bekommen. Ob die herangezogene Achttausend-Schilling-Jahresparkkarte, die Kollege Zagler erwähnte, eine Ausweichmöglichkeit wäre - ich bin skeptisch dem gegenüber aber ich möchte nur noch nicht nein sagen - es ist noch zu wenig durchdacht. Es ist erstens ein bißchen eine "Zweiklassengesellschaft", der Selbständige kann sich das - gegenüber uns - über eine Betriebsausgabe leisten, kommt de facto dann die Jahreskarte nur auf S 4.000,-, also derjenige, der es sich leisten kann, der hat sie und die Leute, die jeden Tag hereinfahren, gerade die wollen wir nicht herinnen haben, genau um die geht es, die wollen wir auf andere Verkehrsträger wie eben öffentlicher Verkehr verlagern. Ich möchte nicht, daß wir alle Parkräume am Ennskai vermietet, verkauft haben, wo zieht man hier dann die Grenzen, das kann ich mir auch nicht vorstellen. Zur Parkraumbewirtschaftung generell - natürlich hat sich die Ansicht in den letzten paar Jahren drastisch geändert, der Verkehr hat sich drastisch geändert, was vor sechs Jahren gegolten hat, das was für Steyr zu früh war - vor vier Jahren die Parkraumbewirtschaftung - ist heute ein dringender Bedarf um eben die Wirtschaft im Zentrum aufrecht zu

erhalten und auch um das Leben hier noch lebenswert gestalten zu können. Abschließend zum Park+Ride Parkplatz beim Krankenhaus: ich habe immer gesagt, ich werde nichts unternehmen gegen diesen Park+Ride Parkplatz, habe aber immer darauf aufmerksam gemacht, dieser Park+Ride Parkplatz wird wahrscheinlich sehr wenig Zuspruch haben, er ist an dieser Stelle sehr wenig geeignet - ich bin Optimist, warten wir noch 2-3 Monate zu, vielleicht gesellt sich ein zweites Auto pro Tag dazu, kann ja sein, aber die Lösung für dieses Parkproblem bei der Einfahrt vom Steyrtal kann nur heißen: "Krankenhausparkdeck" und dort muß das integrierte Park+Ride System vorhanden sein, dann kann ich mir auch vorstellen.....

Unverständliche Zwischenrufe:...

genau, ich sehe es auch als Sofortmaßnahme die man retournieren kann, aber dann bin ich genau Ihrer Meinung, dann gehört ein ganz günstiger Tarif: der parkt, muß mit dem Parkschein einen günstigen Tarif für die Stadt haben. Ich habe in den letzten Jahren zahlreiche Besprechungen gehabt mit der Landesbaudirektion, mit dem Landeskrankenhausvertreter und mit Herrn Landeshauptmannstellvertreter Eckmayr, über die mögliche Situation einer Errichtung eines Krankenhausparkhauses. Wahrscheinlich - ich sage es dem Gemeinderat - können wir von dieser Seite nichts erwarten, sondern wir

müssen auch hier, glaube ich, das Heft selbst in die Hand nehmen. Danke - ich bitte um Zustimmung für die erste Ratenzahlung, daß wir wissen wovon wir reden - die erste Ratenzahlung für den Österreichischen Wachdienst - Dankeschön.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke Herr Dr. Pfeil, Sie haben das sehr umfassend beleuchtet, aber abschließend muß ich mir dann doch noch ein paar Bemerkungen erlauben und zwar: wenn man sich nur vorstellt 30 Millionen Abgang - sagt der Herr Referent - beim öffentlichen Verkehr, bei den Verkehrsbetrieben, zusätzlich haben sich mehrere beschwert, daß nicht genug Geld für die Errichtung der City-Parkgarage drinnen steht - die 10 Millionen sind zuwenig - haben einige übereinstimmend erklärt. Gleichzeitig wünschen sich ein paar - ganz dringend - eine zusätzliche Garage, ein Parkhaus draußen beim Landeskrankenhaus, und dann wird noch über die mittelfristige Finanzplanung abfällig gesprochen, weil 500 Millionen nicht finanzierbar sind, da sind aber einige dieser Dinge noch gar nicht so drinnen - also, da werden wir noch viel Spaß miteinander haben, wenn gleichzeitig dann auch noch der Nulltarif ins Treffen geführt wird

Unverständlicher Zwischenruf von Herrn Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:.....

jetzt rede ich ein bißchen, Herr Doktor, Sie haben vorher geredet.....

Es steht jetzt nur fest, damit sich alle ein umfassendes Bild machen können: Park+Ride Parkplatz beim Krankenhaus - gut Ding braucht Weile - ich freue mich, daß ich meistens zwei Autos stehen sehe wenn ich vorbeifahre, das ist zuwenig, dem pflichte ich bei, ich habe einen Vorschlag gemacht, den ich in Erinnerung rufen möchte: ich bitte Sie, Frau Kollegin Bauer, in Ihrem Umfeld dafür Werbung zu machen - ich habe auch mit dem Herrn Primarius geredet, natürlich auch mit dem Verwaltungsdirektor - und habe den Herrschaften vorgeschlagen, sie mögen doch diesen Park+Ride Parkplatz, den wir dort errichtet haben, billig, nicht Schottergrube aber provisorisch befestigt - ich bin schon schlechter gestanden in meinem Leben - wir haben den billig in Händen oder haben versucht, den billig herzustellen und dieser Vorschlag würde bedeuten, daß hier Bedienstete des Landeskrankenhauses - das sind dort etwa 1.400 an der Zahl habe ich mir sagen lassen - daß die diesen Parkplatz doch benützen sollten und gratis und franko hier diese zwei Stationen bis zum Krankenhaus hereinfahren, da schüttelt die Frau Kollegin den Kopf, warum tun Sie das? Das ist doch ein Vorschlag den man aufgreifen könnte, der kostet den Bediensteten nichts, würde den Park+Ride Parkplatz besser aussehen lassen und würde etwas Raum schaffen, nämlich beim Krankenhaus selber, für die Besucher, weil soweit

ich informiert bin, sind das Besucherparkplätze - wo wir auch dazu bezahlt haben, als sie errichtet wurden - und in Wahrheit stehen fast nur die Bediensteten dort und die Besucher stellen sich dann in die Siedlung hinein und die Siedler kommen dann zu uns und beschweren sich und dann schließt sich der Kreis wenn man sagt, wir machen dort noch ein Parkhaus, obwohl wir es eigentlich an anderen Plätzen noch dringender brauchen - also so komplex sind die Dinge. Der Herr Primarius hat mir versichert, daß der Herr Verwaltungsdirektor zunächst einmal untersuchen will, wieviele von den 1.400 Beschäftigten dort mit einem Privatauto dorthin fahren - sie meinen es werden wohl die Hälfte sein - ich habe gebeten, es soll versucht werden für unsere Busse, wo wir doch den "Viertelstundentakt" zum Krankenhaus eingeführt haben, Werbung zu machen und versuchen, dort mehr Leute hineinzubringen. Es ist ein Vorschlag und wir müssen miteinander versuchen Lösungen zu finden, es nützt uns sonst nichts und Park+Ride Parkplätze werden nirgends von einem Tag auf den anderen angenommen. Zur Vorlandbrücke möchte ich sagen - jedenfalls war es nicht meine Intention hier sozusagen unter der Hand diese Parkplätze zu vermieten, hätten wir das wollen, wäre das sehr einfach gewesen, da hätten wir nämlich hier einen Auftrag gegeben, daß die zuständige Fachabteilung für die Liegenschaft hier an die, die schon dort gestanden sind oder die hier ein offensichtliches

Interesse bekundet haben, an die sollen sie die Plätze vermieten - genau das haben wir nicht getan, wir haben gesagt nicht nur die Insider oder die sich sehr nahe in dieser Gegend befinden sollen es erfahren, sondern alle sollen es erfahren - wir schreiben aus - und zweitens - wir gehen damit in den Stadtsenat, sodaß hier eine Diskussion im Stadtsenat darüber stattfinden soll und der Amtsvorschlag soll nach dem Kriterium erstellt werden, daß hier öffentliches Interesse beobachtet werden soll - bei Ärzten etc. -, dann erhebliches berufliches Interesse und die Nähe zu diesen Parkplätzen und das war der Vorschlag - zu dem kann man so oder so stehen - und wir haben vereinbart - das wird auch Herr Dr. Schmidl der Magistratsdirektor noch sagen, warum eine Reihe von Parkplätzen hier für den Magistrat, für die Außendienstmitarbeiter, reserviert werden soll - wir haben nämlich auch kein erhebliches Interesse daran, daß sehr teure Leute, z. B. Gutachter und solche, vielleicht die Hälfte ihrer Arbeitszeit auf der Parkplatzsuche verursachen und da meinen wir, daß wir hier einige Plätze brauchen - die haben wir auch in der Vergangenheit gehabt - das soll begründet werden. Herr Dr. Schmidl wird hier für jeden einzelnen Fall die Begründung liefern, die Fraktionsvorsitzenden sollen sich dann einigen und sollen dann versuchen, einen gemeinsamen Vorschlag zu finden, so soll es gehen, ganz offen und ohne Ressentiments und ohne hinten herum und der Vorschlag, der von den Herren Zagler und Jansky

heute auch zur Diskussion gebracht wurde, der soll geprüft werden - es soll überlegt werden, wie weit wir dem näher treten können, ohne daß wir den Effekt, den die Parkraumbewirtschaftung bringen soll wieder auflösen, weil wir haben kein Interesse, daß wir alle öffentlichen Stellflächen an "Gestopfte" verkaufen, sondern wir wollen ja einen besseren Umschlag haben hier am Stadtplatz und daher haben wir hier wohl so vorzugehen, daß wir restriktiv und wirklich im Sinne der StVO, wenn das erhebliche Interesse nachgewiesen wird, solche Vergaben möglicherweise ins Auge fassen - das wollte ich noch bemerkt haben bevor wir zu dieser denkwürdigen Abstimmung kommen. Wer ist für den Antrag bitte? - Den bitte ich um ein Zeichen, danke sehr, Gegenprobe - Stimmenthaltung? Ist ja alles einstimmig - bedanke mich Herr Doktor für Ihre Vorträge. Ich habe noch einen Vorschlag, der Kollege Holub hat gebeten, weil er einen dringenden Auswärtstermin hat, ob er nicht jetzt, im Anschluß daran, in Abänderung der Tagesordnung natürlich, seinen einzigen kurzen Punkt berichten darf? Höflich wie wir sind, wollen wir ihm entgegen kommen - stimmen Sie dem zu, daß die Tagesordnung in dieser Weise abgeändert wird oder gibt es gegenteilige Auffassungen? Gegenteilige sehe ich nicht, es wird also akzeptiert, Kollege Holub, bitte ans Rednerpult.

**BERICHTERSTATTER
STADTRAT KARL HOLUB:**

Meine Damen und Herren, ich habe in der Tat nur einen einzigen und wenn Sie wollen auch kurzen Punkt zum Vortrag zu bringen - muß allerdings sagen, daß sich der nicht mit den "Gestopften" auseinandersetzt - es geht vielmehr um die Verbesserung der Bedingungen unter denen die beklagenswertesten unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger leben müssen.

26) Bau5 - 4177/86
Alten- und Pflegeheim Tabor;
Vergabe der Arbeiten,
Mittelfreigabe, Kre-
ditüberschreitung für die
Weiterführung der Sanie-
rungsarbeiten von Bad- und WC-
Anlagen:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 2. 7. 1993 wird der Vergabe zur Weiterführung der Sanierungsmaßnahmen von Bad- und WC-Anlagen wie folgt zugestimmt:

Baumeisterarbeiten:
Fa. Hamberger, Steyr
netto S 1,433.273,--

Ständerwände:
Fa. Neuhauser, Steyr
netto S 445.000,--

Sanitär-, Heizungs-
und Lüftungsinstallationen:
Fa. Installations-GesmbH, Steyr
netto S 1,227.779,--

Verfließungsarbeiten:
Fa. Seyrlehner, Steyr

netto S 695.000,--

Elektroinstallationen:

Fa. Berger, Steyr

netto S 238.000,--

Gesamtmehraufwand:

netto S 4,039.052,--

Zu diesem Zweck werden Mittel im Ausmaß von S 700.000,-- bei VAS 5/4200/614000.9 freigegeben und S 2,960.200,-- bei derselben VAS durch Kreditüberschreitung bewilligt. Die Deckung der Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen. Infolge der Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47, Abs. 5, des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich habe im Zusammenhang mit der Fortführung der Maßnahmen zur Sanierung im Alten- und Pflegeheim Tabor die Bitte zu unterbreiten, doch einer nachträglichen Vergabe von Leistungen und der entsprechenden finanziellen Bedeckung zuzustimmen, und zwar geht es darum, daß das eine umfangreiche - wie wir ja alle aus mühsamer Diskussion wissen - Sanierung der Sanitäreinrichtungen im Alten- und Pflegeheim Tabor war. Daß wir auf dem Weg nach dem Auftreiben um finanzielle Mittel von der Landesregierung einen Experten als Wegbegleiter in die Zukunft mitbekommen haben, und manchmal ist es so im Leben, daß Wegbegleiter

nicht die billigsten Gefährten sind. Der Gutachter hat uns zwar geholfen, die sanitären Anlagen behindertengerecht darzustellen, was aber doch eine ganze Menge mehr Geld gekostet hat als die ursprüngliche Planung - wobei ich sagen muß, daß ich von der ursprünglichen Planung in der vollen Tragweite nicht informiert war, welche kläglichen Bedingungen wieder entstanden wären. Es wären Kabinentrennwände aufgestellt worden, wie man das von Schultoiletten her kennt und es wären keine rollstuhlgerechten Toilettenanlagen geworden und auch die Badewanneneinrichtungen wären nicht alle in dem eigentlich noch nicht erwähnten, aber in dem notwendigen Sinn zeitgemäße Hubbadewannen gewesen. Es hat den Gutachter dazu veranlaßt, in einem reichlich unkoordinierten Vorgang - das wissen diejenigen, die im Ausschuß für die Belange des Alten- und Pflegeheimes Tabor versuchen, mit uns die Dinge zu verstehen - der schließlich doch dazu geführt hat, das wir in den nächsten Tagen das letzte Badezimmer zur Verfügung stellen werden können. Sie werden sich dann im nächsten Ausschuß davon überzeugen können, in welcher Art und Weise hier die Verbesserungen durchgeführt wurden. Es ist auch nicht so, daß da jetzt kostbare und zahlreiche Cafeterias und Teeküchen eingerichtet wurden - das fehlt uns noch alles - es geht im wesentlichen nur darum, daß die Fliesen an die Wände gekommen sind, und daß man hier die eine oder andere Verbesse-

rung der materiellen Bedingungen gemacht hat, und ich bitte Sie dem Rechnung zu tragen, indem Sie S 700.000,-- freigeben, die im Budget noch vorhanden sind und S 2.960.200,-- als Kreditüberschreitung bewilligen. Die Bedeckungen sind vom Landessozialressort und von der Wohnbauförderung teilweise in Aussicht gestellt - natürlich teilweise - denn in etwa zur Hälfte geht es auch ins Budget der Stadt Steyr. Ich bitte Sie um die Freigabe.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke, zu Wort gemeldet Dr. Pfeil:

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieser Tagesordnungspunkt gibt natürlich Gelegenheit über die Situation im Alten- und Pflegeheim Tabor ansich zu sprechen. Der Umbau, der jetzt vonstatten geht, ist alles mehr als organisiert abgelaufen oder läuft wirklich, man kann das sagen, unorganisiert ab. Ich habe den Eindruck - viele Köche verderben den Brei - wir haben jetzt zusätzlich einen Fachbereichsleiter dort, einen ärztlichen Leiter, der nach der neuen Ordnung für das Magistrat folgende Agenden zu übernehmen hat - der ärztliche Leiter - Betrieb des Alten- und Pflegeheimes Tabor, Führung der gesamten Verwaltungsagenden, Betreuung von nicht dauernd pflegebedürftigen Bewohnern sowie

solchen Bewohnern die nicht ständiger Pflege bedürfen, Zubereitung der Mahlzeiten für die Pflinglinge und das Personal des Alten- und Pflegeheimes sowie verschiedener, außer Haus befindlicher Stellen, Führung der Wäscherei, Büglerei, Schneiderei, Näherei (nur für Eigenbedarf), Reinigungsdienst und Hausarbeiter. Ich frage mich da wirklich, wozu haben wir vor einiger Zeit einen Leiter im Alten- und Pflegeheim Tabor bestellt, also brauchen wir hier eine Doppelfunktion, damit man dort Betten bestellt, die dann bei der Tür nicht hineinpassen meine Damen und Herren, bei der Tür nicht hineinpassen

Zwischenruf von Herrn Stadtrat Holub:

Lassen Sie doch bitte dieses Gerücht vor dem Gemeinderat:

Es sind Probetten die bei der Tür nicht hineinpassen und ich fordere Sie auf, solche Lügen zu unterlassen.

Zwischenmeldung von Herrn Bürgermeister Hermann Leithenmayr:

Er weiß es vielleicht nicht besser.....

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

und ich kann noch einmal sagen, so wie es jetzt ausschaut, wenn man sich im Alten- und Pflegeheim Tabor aufhält und wenn man auf Besuch ist - man braucht nachher ein neues Schuhwerk - es ist so schlimm wie es jetzt ausschaut und ich habe den Eindruck, hier funktioniert die Koordination zwischen den bauausführenden Firmen und dem

Magistrat - der das koordinieren soll - nicht.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke Herr Dr. Pfeil - gibt es weitere Wortmeldungen? Ist vorläufig nicht der Fall - ich möchte kurz, bevor das Schlußwort des Referenten kommt, nur eine ganz kurze Feststellung treffen. Offenbar wird hier versucht die Funktion des Geschäftsbereichsleiters - nach unserer neuen Organisation - in Frage zu stellen. Vorher war für ganz genau denselben Aufgabenbereich der Herr Dr. Starzengruber zuständig, als Leiter der Abteilung V, auch er war für das Bügeln zuständig oder für die Pflege oder für die Zubereitung der Speisen, wenn Sie das so wollen Herr Dr. Pfeil - es ist nämlich so, man könnte auch sagen, und über dem befindet sich dann der Herr Magistratsdirektor, er ist auch zuständig für das Pflegen und Wickeln und ich weiß nicht was, wenn Sie das so interpretieren wollen, ich glaube nur, daß das nicht zulässig ist und ich habe mich nämlich entschlossen, hier diese Bestellung vorzunehmen, weil nämlich vorher ein Kompetenzenwirrwarr offenbar da war. Der Vorgänger, als leitender Direktor, der hat hier zum Teil sich um die Instandhaltung des Hauses gekümmert, die Bauabteilung hat sich auch zum Teil um das gekümmert - geschehen ist dann nicht das entsprechende, weil wir ja aufgrund dessen, daß diese Kompetenzen nicht geklärt waren, einen mächtigen Aufholbedarf haben. Wir haben also

gesagt: ein neuer Direktor, eine neue Pflegedienstleitung und der bestqualifizierte Vorgesetzte ist für einen Bereich, wo es sehr viel um Betreuungsaufgaben geht und auch um medizinische Geschichten - so sagen jedenfalls die Herren Hausärzte - das ist für mich

Unverständlicher Zwischenruf von Herrn Dr. Pfeil:

Moment, ich sage Ihnen wann die Kollegen miteinander Probleme haben, um sich hier richtig auszusprechen über die beste Vorgangsweise bei der Betreuung unserer alten Bürger, dann ist das durchaus möglich, weil wenn mehrere zusammenkommen gibt es viele Sinne - das mag schon sein - aber fest steht eines, daß der Amtsarzt Dr. Nones jedenfalls ein gleichwertiger Gesprächspartner ist oder ein gleichwertiger für die Herren Doktoren, die dort nach wie vor die Betreuung unserer Bewohner vornehmen - da haben wir ja nichts geändert und wollen wir auch nichts ändern - als wie irgend ein Verwaltungsbeamter, der als Direktor und Verwalter dort tätig ist, oder vielleicht der Bürgermeister. Jedenfalls haben wir die Gewähr, daß dieser Geschäftsbereichsleiter, auch im medizinischen Bereich jedenfalls, aussagefähig und kompetent ist, und daß nicht die Bauabteilung mit dem Verwalter und den Schwestern endlos darüber diskutiert, ob hier im Badezimmer ein Vorhang sein soll oder wo der Badestrahler montiert wird

- das haben sie nämlich vorher nie erledigen können und jetzt habe ich mir einen Kompetenten gesucht, er letzten Endes auch die Entscheidung treffen muß, aber der auch die Verantwortung tragen muß - um die geht es nämlich letzten Endes und ich möchte gerne haben, wenn wir dort - wenn ich das richtig im Kopf habe - rund 42 Mio Schilling, Herr Kollege Holub, etwa Jahresabgang im Altersheim - hinlegen, so tun wir das gerne, aber dann möchte ich zumindest die Gewähr haben, daß unsere Bürger ordentlich gepflegt werden, und da brauchen wir klare Strukturen in der Verantwortlichkeit, und das war für mich ausschließlich maßgebend, bei der Bestellung des Dr. Nones, und wegen dem ist er noch lange nicht zuständig ob die Knödel rund sind - da gibt es einen Koch dazwischen - und das wollte ich bemerkt haben, und nun bitte ich den Herrn Referenten zu seinem Schlußwort.

STADTRAT

KARL HOLUB:

Es ist sicher richtig, daß die Ärzteschaft die Bestellung des Dr. Nones nicht gut heißt. Es ist sicher richtig, daß die Bestellung des Dr. Nones nicht mit dem politischen Referenten koordiniert war, was nicht heißt, daß ich nicht erwarte, daß der Herr Dr. Nones die ihm gestellte Aufgabe erfüllen wird, ich rechne damit - es wäre nur klüger gewesen bei der Bestellung auf die vorsprechenden Ärzte und auf die schriftlich vorstellenden Ärzte doch

Reaktionen zu setzen. Es hat zwar ein Gespräch gegeben - einmal war ich mit dabei - das aus ärztlicher Sicht vermutlich ziemlich frustrierend war, weil die relativ wenig zu Wort gekommen sind und als sie Luft geholt hätten, war die Gesprächszeit zu Ende. Es war ein Unglück, es hat nicht dazu geführt, daß sich die Stimmung verbessert hat und das zweite Unglück ist, daß die Ärzte noch immer auf Antwort, auf Briefe warten, so hat man mich informiert - die Briefe waren nicht an mich gerichtet und daher kann ich sie auch nicht beantworten. Es ist schade, daß diese Sache mit der Bestellung eines neuen Verantwortlichen im Rahmen der Umorganisation gleich im ersten Versuch auf tausend Ecken gestoßen ist. Ich möchte noch eines sagen, ich war nicht glücklich über die Art und Weise wie die Bestellung funktioniert ist, ich glaube, daß es ziemlich unüblich ist, die Vorgangsweise ohne Beisein oder ohne Mitwirkung der Referenten so weitreichende Entscheidungen zu treffen, ich glaube aber, daß der Dr. Nones auch die vorweg geäußerten Widerstände der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einem offenen Klima beheben wird. Ich finde mich in völliger Übereinstimmung über viele Maßnahmen die wir in Zukunft treffen werden - wir werden im nächsten Ausschuß berichten können über die Vorstellungen die wir zur Umgestaltung der Speiseräume und mancher Freiräume haben, wo wir wirklich völlig einer Meinung sind - und in einem ganz ausgezeichneten

Gespräch die richtigen Wege gesucht haben - in einem sehr mühseligen Prozeß - wir wollen uns bemühen, daß die Koordinierung wirklich verbessert wird, die bis dato einfach nicht stattgefunden hat - der Vorwurf trifft absolut. Der Vorwurf mit den Betten trifft natürlich überhaupt nicht, es hat eine Panne gegeben, es sind die Türen zum Balkon in der Hanuschstraße im Altbau ausgewechselt worden, weil sie desolat waren, die Baufirma bzw. die Portalfirma hat falsche Maße geliefert - wurde beanstandet und wird das austauschen - das sind die einzigen Türen wo die Betten nicht durchpassen. Die Betten von denen Sie, Herr Dr. Pfeil, in einer Fehlinformation nehme ich an - ich entschuldige mich für den Ausdruck Lüge, der ist mir in der Emotion entfahren - ich unterstelle Ihnen nicht, daß Sie das vorsätzlich gemacht haben, wenn Sie Ihre Wortmeldung vorsätzlich gemacht hätten, dann wäre es nämlich Lüge gewesen - ich nehme an, daß Sie das aus Informationsnotstand gemacht haben - Ihre Späher müssen die blauen Augen weiter öffnen - die Wahrheit ist die, daß eine Anzahl von Betten zur Bemusterung oben stehen in einem offenen Verfahren, an dem ich mich nicht beteiligt habe, weil ich nichts vom Pflegen verstehe - zumindest verfüge ich über kein Diplom dabei - weil ich nicht haben will, daß hier aus Kostengründen alleine Pflegebetten in einer umfangreichen Ummöblierung angeschafft werden, die dann dem Standard der Fachleute nicht entsprechen. Es hat daher eine

Erarbeitung durch das Fachpersonal gegeben, die sich mit den vorgestellten Betten - und da stehen eben auch Dinge, die zu breit sind um durch die Türen durchzugehen, herum - das die Stärken und Schwächen der Einzelprodukte auflisten mußte, und heute mittag war die Präsentation in der mir die Liste übergeben wurde, ich habe hier noch einigen Überarbeitungsbedarf festgestellt, weil nicht alle eingübt sind in das Erarbeiten von Entscheidungsmatrizen, aber sie können sich sehr wohl im klaren darüber sein, daß mit der nötigen Anleitung hier auch eine gute Entscheidungsgrundlage bis zur nächsten Woche geliefert wird, wenn sich der Ausschuß mit dem auseinandersetzen wird. Die Objektivität ist soweit gewahrt worden, daß das Pflegepersonal die Preise des angebotenen Produktes nicht kennt. Wir wollten wirklich einmal eine erste Feststellung haben, was ist das objektiv beste Produkt. Im zweiten Schritt erfolgt die Einpreisung und dann sucht man nach dem ökonomisch vertretbarem Besten, und genauso sollte man öffentliche Beschaffungen machen, nicht mit dem ewigen Blick auf das Billigste, nicht mit dem ewigen Blick auf das Schönste, sondern mit dem Blick auf das ökonomisch Beste, und es geht ja nicht um irgendwas, sondern es geht um die Unterbringung der Bewohnerinnen und Bewohner im Altenheim bis zu deren Lebensende und in der Situation dort oben verbringt man einfach sehr viel Zeit in

den Betten, und es tut mir wirklich leid, wenn ein herausragender Vertreter der Stadt Steyr - schließlich und endlich sind Sie, Herr Dr. Pfeil, nach der letzten Wahl plötzlich zum dritthöchsten Mandatar in der Stadt geworden - eine wirklich gut aufbereitete Entscheidung vorwegnehmend, vorauseilend würde ich fast sagen, verurteilt, ohne sie zu kennen und den Gemeinderat ganz einfach in einer Skandalsucht, die Sie wirklich auszuzeichnen scheint, in eine Informationssituation begibt, die der Tatsache nicht entspricht. Wenn Sie diese Sache aufgrund von Informationen gemacht haben, so würde ich Sie bitten, Ihre Informanten zu maßregeln. Wenn Sie das aufgrund von eigener Wahrnehmung gemacht haben, so bitte ich Sie, Ihre Augen in Zukunft besser zu öffnen und lassen wir das bitte, Dinge schlecht zu machen, bevor man weiß worüber man redet. Nennen wir Dinge, die nicht in Ordnung sind beim Namen, Herr Dr. Pfeil. Ich gehe mit Ihnen einher, daß wir einen sehr großen Kauderwelsch im letzten Jahr hinter uns gebracht haben, im Alten- und Pflegeheim Tabor, in einem Entscheidungsdurcheinander, wo zum Schluß wirklich niemand mehr wußte wer wem was anschafft. Sehr, sehr schlechte Zustände, weil immer noch zu viele Leute geglaubt haben, daß Sie die einzigen sind die anschaffen, und die Politiker eigentlich staunend daneben gestanden sind, wenn heute wieder irgendwo ein Stück weggerissen worden ist, auch der Verwalter wußte es nicht - Walter der

Verwalter war das, das war ein Zwischenruf aus Ihrer Mitte, meine Damen und Herren, und der Herr Mißbichler muß sich wohl ab und zu auch so vorgekommen sein wie Walter der Verwalter, der nicht mehr weiß, was in seinem eigenen Haus passiert, der vor der Schwierigkeit gestanden ist, daß ein Koordinieren im nachhinein menschenunmöglich ist. Ich möchte hier keine Verurteilungen an irgend jemanden anbringen, ich möchte nur hoffen, daß wir aus den Fehlern gelernt haben, die geschehen sind, die ich auch zugebe, die schließlich und endlich nicht die Fehler der politischen Ebene sind, weil der Politiker ja nicht sein erster Beamter sein kann. Wir wollen aber das Bestmögliche - nicht das Bestmögliche, sondern das ökonomisch vertretbare Beste - für unsere Bewohner im Altenheim Tabor produzieren und seien Sie versichert, daß wir das mit großer Gewissenhaftigkeit tun. Ich bitte Sie, dem vorliegenden Antrag die Zustimmung zu geben.

Zwischenruf von Herrn Dr. Leopold Pfeil:

Bitte Herr Holub informieren Sie sich bei Ärzten die täglich im Alten- und Pflegeheim Tabor tätig sind.

**STADTRAT
KARL HOLUB:**

Lieber Herr Dr. Pfeil, ich tu das, danke für die Hinweisung.

**BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:**

Eine Bemerkung möchte ich noch machen, Herr Kollege Holub, der Brief der Hausärzte an mich ist von mir beantwortet worden. Die Hausärzte mögen das dann bitte auch weiterleiten an Dich, dann würde sich der Kreis der Information schließen. Ihr habt also einen Gesprächsbedarf, es sind natürlich 13 Ärzte und natürlich meint auch vielleicht nicht jeder das gleiche, so etwas gibt es bekanntlich. Er hat einen anderen Informanten als Du, na mein Gott wir schreiten zur Abstimmung, wer für den Antrag ist, daß wir im Altersheim wieder etwas besser machen, der erhebe die Hand zur Zustimmung. Danke sehr, ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen. Ich übergebe den Vorsitz an den Kollegen Sablik.

Stadtrat Karl Holub und Gemeinderat Wilhelm Spöck verlassen um 18,30 die Sitzung.

**VIZEBÜRGERMEISTER
ERICH SABLİK:**

Ich übernehme den Vorsitz und mache keine Pause, nachdem sowieso alle Gemeinderäte dauernd nach Hause gehen und es schon halb sieben ist. Wir fahren fort in der Tagesordnung und Frau Stadtrat Ehrenhuber wird gebeten, zu Punkt 18 eingehend zu berichten.

BERICHTERSTATTER

STADTRAT INGRID EHRENHUBER:
Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren! In meinem

ersten Antrag ersuche ich Sie um Bewilligung einer Subvention für den Verein Steyrer Heimhilfe und Hauskrankenpflege.

18) Ha 83/93

Verein "Steyrer Heimhilfe und Hauskrankenpflege"; Subvention für Wochenend- und Feiertagsdienste in der Mobilien Altenhilfe;

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Mag. Abteilung V vom 26. 5. 1993 wird dem Verein Steyrer Heimhilfe u. Hauskrankenpflege für die Finanzierung von 2,5 zusätzlichen Mitarbeiterinnen zur Durchführung von Wochenend- und Feiertagsdiensten im Bereich der Mobilien Altenhilfe in der Zeit vom 1. 4. 1993 bis 13. 12. 1993 eine außerordentliche Subvention in Höhe von S 979.000,-- gewährt. Zu diesem Zweck wird bei der VASSt. 1/4240/757100.9 ein Betrag von S 330.000,-- freigegeben. Bei der gleichen Voranschlagstelle wird eine Kreditüberschreitung von S 49.000,-- bewilligt. Weiters wird eine Kreditübertragung von der VASSt. 1/4240/757000.1 auf die VASSt. 1/4240/757100.9 im Ausmaß von S 600.000,-- bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen. Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Den Antrag haben Sie gehört, wer wünscht das Wort? Ich sehe keine Wortmeldungen. Wenn Sie einverstanden sind, ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe, Stimmenthaltung? Keine, Punkt 19 bitte.

STADTRAT

INGRID EHRENHUBER:

Bei meinem zweiten Antrag, meine Damen und Herren, ersuche ich Sie um Freigabe von S 2.000.000,--.

19) Ha - 4455/91

Lebenshilfe OÖ.; Subvention für Behindertenwohnheim Gleink; 2. Teilbetrag

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsabteilung V vom 28. 6. 1993 wird von der mit Gemeinderatsbeschluß vom 5. 12. 1991 bewilligten Subvention von S 6.000.000,-- an die Lebenshilfe OÖ. für die Errichtung von Behindertenwohnungen im Stadtteil Gleink der vorgesehene Teilbetrag für 1993 in Höhe von S 2.000.000,-- bei der VASSt. 5/4130/777000.1 freigegeben.

Ich ersuche Sie auch hier um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Wer wünscht hier das Wort? Auch niemand, wenn Sie einverstanden sind, ein Zeichen mit der Hand bitte - Gegenprobe, Stimmenthaltung? Keine, nächster Punkt.

STADTRAT

INGRID EHRENHUBER:

Bei meinem nächsten Antrag geht es um die:

19) Bau5 - 8000/90

Erweiterung des Kindergarten Plenklberg um eine weitere Kindergartengruppe im Dachgeschoß:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 5. 7. 1993 wird der Vergabe der Arbeiten für die Erweiterung des Kindergarten Plenklberg um eine weitere Kindergartengruppe wie folgt zugestimmt:

1. Tischlerarbeiten

Fa. Staudinger, Steyr
netto S 453.007,-- zu diesem Zweck werden Mittel im Ausmaß von S 300.000,-- bei VASSt 5/2400/043000.8 freigegeben und S 153.100,-- bei derselben VASSt durch Kreditüberschreitung bewilligt.

2. Generalunternehmerleistungen

Fa. Negrelli, Steyr
netto S 409.007,-- zu diesem Zweck werden Mittel im Ausmaß von S 400.000,-- bei VASSt 5/2400/010400.9 freigegeben und S 10.000,-- bei derselben VASSt durch

Kreditüberschreitung bewilligt. Die Deckung der Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen. Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47, Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Wortmeldungen? Keine, wer mit dem Antrag einverstanden ist - ein Zeichen mit der Hand bitte, Stimmenthaltungen? Gegenstimmen? Keine - Punkt 21.

STADTRAT

INGRID EHRENHUBER:

Bei meinem letzten Antrag geht es um Änderungen im Zusammenhang mit dem Beschluß des Gemeinderates zur Vergabe des Seniorenpasses.

21) SH - 658/93

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Soziales vom 9. 8. 1993 wird im Zusammenhang mit der Ausgabe des Seniorenpasses der Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 28. 4. 1977 (in der Fassung des Beschlusses vom 5. 12. 1978, 19. 2. 1981, 30. 10. 1993, 26. 11. 1987, 5. 12. 1991 und 29. 10. 1992) wie folgt geändert:

1. Der Seniorenpaß wird jeweils für die Dauer von 2 Jahren (erstmalig für die Jahre

1994/95) über Antrag von der FA für Soziales ausgestellt.

2. Der/die Antragsteller/in hat für die Ausstellung einen Kostenbeitrag von
 - a) S 150,-- bei der Antragstellung im 1. Jahr der Laufzeit des Seniorenpasses bzw.
 - b) S 100,-- bei Antragstellung im 2. Jahr der Laufzeit des Seniorenpasses zu entrichten.
3. Bezieher von Ausgleichszulagen sind von der Entrichtung eines Kostenbeitrages befreit.
4. Der Seniorenpaß enthält:
 - a) Vier 20-Fahrtenscheine zur Benützung städt. Buslinien.
 - b) 12 Gutscheine zum kostenlosen Besuch des Hallenbades der Stadt Steyr, wobei die Gutscheine gegen Zahlung des Aufpreises auch für die Sauna im städt. Hallenbad gültig sind.
 - c) 10 Gutscheine für Ermäßigung von S 50,-- pro Eintrittskarte für Veranstaltungen des Kulturamtes der Stadt Steyr, bei Eintrittspreisen über S 50,--.
 - d) 10 Gutscheine für Ermäßigung von S 70,-- pro Eintrittskarte für Veranstaltungen des Kulturamtes der Stadt Steyr, bei Eintrittspreisen über S 70,--.
5. Erfolgt die Antragstellung im 2. Jahr der Laufzeit des Seniorenpasses, so ist die Hälfte der Gutscheine bzw.

Fahrtenscheine vor der Aus-
folgung zu entfernen.

Ich ersuche Sie, diesen Änderungen
Ihre Zustimmung zu erteilen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Zu Wort gemeldet hat sich Herr
Stadtrat Eichhübl.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Sehr geehrte übriggebliebenen
Mandatarinnen und Mandatare! Ich
melde mich zu diesem Antrag nicht
etwa deshalb zu Wort, weil ich in der
Hitliste der Redner etwas weiter
vorwärts kommen möchte, sondern
weil ich im Stadtsenat zu diesem
Antrag einige Anmerkungen gemacht
habe, vor allen Dingen deshalb, weil
mir in diesem Antrag etwas
abgegangen ist, und nachdem sich die
Textierung dieses Antrages ja nicht
geändert hat, tue ich dasselbe hier vor
diesem Gremium. Es geht mir darum,
oder ging mir auch damals darum, daß
mir abgegangen ist, wie denn,
nachdem die ansich positive Situation
für die Senioren noch verbessert
werden soll, d. h. also dieser
begünstigte Seniorenpaß auf 2 Jahre
ausgeweitet werden soll - die
Refundierung vonstatten gehen soll.
Da geht es zum Einen, wie gesagt,
daß ja die Stadtwerke, die meisten
wissen es ja, die Leistungen aus
diesem Seniorenpaß soweit es hier
den Bereich betrifft, refundiert
bekommen und vor allen Dingen geht
oder ging es mir darum auch, wie das

funktionieren kann, daß wenn man im
vorhinein auf eine Zeitdauer von 2
Jahren eine Leistung verkauft, auch
die notwendige steuerliche Abgabe
bezahlt wird. Nachdem mir dort vom
Herrn Magistratsdirektor und auch
vom Herrn Bürgermeister versichert
wurde, daß das durchaus möglich ist,
und daß vor allen Dingen die
Stadtwerke in Bezug auf die
Refundierungsbeträge keinen Nachteil
erhalten, werde ich selbstverständlich
dieser positiven Maßnahme für die
Senioren die Zustimmung geben, darf
aber abschließend noch anmerken,
Frau Stadtrat Ehrenhuber, ich habe
Sie damals schon gebeten, vielleicht
ist es in Zukunft notwendig, nein
möglich, daß man - es ist sogar
notwendig - aber vielleicht ist es
möglich mit den zuständigen Leitern,
in dem Fall waren es die beiden Herrn
Wein und Riedler, Kontakt aufnimmt
oder, daß man zumindest mir vorher
etwas sagt, was man vorhat, danke.

GEMEINDERAT

ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen im
Gemeinderat! In Anbetracht der
fortgeschrittenen Zeit nur mehr ganz
kurz - ich sehe in dieser Änderung im
Seniorenpaß sicherlich eine gute
Sache, aber ich meine es müßte
wirklich nur ein Schritt vorwärts sein
und ich glaube genau dort wo der Herr
Stadtrat Eichhübl jetzt begonnen hat
zu überlegen, ich glaube diese ganzen
verwaltungstechnischen
Schwierigkeiten, die müßten wir in
einem Zeitalter der Computer und all

dieser Dinge ausräumen können und einfach versuchen, daß man für die alten Leute diesen Seniorenpaß noch verbessern kann, daß man diese ganze Zettel- und Kartenwirtschaft einfach irgendwie umstellen muß - ich würde einfach bitten weiterzuberaten und das als ersten Schritt zu sehen - heute nicht mehr.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Keine Wortmeldung? Frau Stadtrat bitte das Schlußwort.

STADTRAT

INGRID EHRENHUBER:

Ich möchte hier nur feststellen, daß wir bei der letzten Ausgabe der Seniorenpässe auch einen Fragebogen an die Senioren vergeben haben, wo wir gebeten haben, sie möchten uns etwaige Wünsche, Änderungen usw. bekanntgeben. Ich darf feststellen, daß diesbezüglich sehr wenig herangetragen wurde, sondern in erster Linie war der Wunsch gegeben, eben die Gutscheine auch für das nächste Jahr weiter verwenden zu können, und ich glaube dieser Wunsch ist auch sehr verständlich insofern, da es gerade bei älteren Personen häufiger vorkommt, daß sie vielleicht einmal für längere Zeit krank sind, und damit nicht an den Aktivitäten teilnehmen können, und bisher war es eben so, daß die Gutscheine nur immer für ein Jahr gegolten haben und wenn sie nicht verbraucht worden sind, sind sie verfallen. Aufgrund dieser Änderung ist es ihnen möglich, die Gutscheine

innerhalb von 2 Jahren zu verwenden. Bezüglich der Refundierung möchte ich sagen, der Herr Magistratsdirektor hat ja letztthin festgestellt, und Sie haben es ja auch jetzt festgestellt, daß es sicherlich diesbezüglich keine Probleme geben wird wegen der Verrechnung, und wir im Wohlfahrtsausschuß, uns ist es natürlich in erster Linie darum gegangen, den Wünschen unserer Senioren Rechnung zu tragen, und wir waren natürlich der Meinung, daß hinsichtlich der Verrechnung, muß ich sagen, nachdem es sich ja wirklich um städtische Betriebe handelt, sind wir der Meinung gewesen, daß es da sicherlich keine Probleme geben könnte, daß sicherlich die Beamten seitens der Beamtenschaft hier die Regelung, wie die Verrechnung vor sich gehen sollte, ohne weiteres über die Bühne bringen. Es sind ja bisher auch die Pässe im Jänner ausgegeben worden und hatten auch ein ganzes Jahr die Gültigkeit, und jetzt sind es halt für zwei Jahre. Ich glaube damit haben wir uns im Wohlfahrtsausschuß sicherlich nicht beschäftigt, aber grundsätzlich geht es uns hier wirklich um eine Verbesserung für die Senioren, und es ist sicherlich dies hier ein erster Schritt. Wir haben ja schon x-mal diesbezüglich diskutiert, wir haben leider noch nicht überall die Vernetzung bezüglich EDV, und wenn wir wirklich heute einmal überall eine Vernetzung der EDV haben, wird es sicherlich möglich sein, vielleicht hier anstelle der Gutscheine auch weitere

Verbesserungen für die Senioren zu erreichen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Wer mit dem Antrag einverstanden ist - bitte ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Keine, danke Frau Stadtrat, Herr Stadtrat Eichhübl bitte zu Punkt 22.

BERICHTERSTATTER

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Herren Bürgermeister! Ich darf entsprechend der Tagesordnung mit Punkt 22, wie Herr Bürgermeister Sablik bereits angekündigt hat, beginnen, Ihnen einen Antrag vorzulegen, der bereits die Dringlichkeit zugeordnet erhalten hat, der einen sehr umfangreichen Amtsbericht zum Inhalt hat, das werden Sie ja bemerkt haben und ich darf mir erlauben einige erklärende Worte in Kurzform dazu zu sagen:

Es geht um die Trinkwasser- und Erdgasanschließung der Sandmayrgründe - Vergabe der Leistungen. Man ist ursprünglich davon ausgegangen, daß diese Gründe, die zum Teil auch in Garsten liegen und deren Eigentümer zu 80% Dipl. Ing. Proyer ist, mit entsprechenden Anschließungsmaßnahmen für Trinkwasser, Nutzwasser und Löschwasser zu versehen sind und hat daher entsprechend den Richtlinien, um auch Fördermittel in Anspruch nehmen zu können, eine

Ausschreibung durchgeführt. Es hat sich aber dann folgendes gezeigt, daß es auf Wunsch von Herrn Dipl. Ing. Proyer sicherlich sinnvoll ist, auch gleichzeitig mit der Wasserversorgung die Erdgasversorgung in diesem Bereich sicherzustellen und in einem Arbeitsgang dort zu erledigen, noch dazu unter dem Aspekt, daß Herr Proyer erklärt hat, wenn diese Aufgrabungsarbeiten, was den Wasserbereich betrifft, der Firma Adami/Zwettler als Bietergemeinschaft zufällt, dann würde er bereit sein, kostenlos diese Arbeiten, die erforderlich sind um Erdgasanschließungen durchzuführen, zu übernehmen. Daher sind wir dann von einer anderen Voraussetzung ausgegangen, da es sich schließlich um eine Kosteneinsparung von etwa S 400.000,- handelt, die Förderungsbegehren nicht in Anspruch zu nehmen, die hätten 20% der Annuitäten betragen, weil wie gesagt, dieser Vorschlag von Herrn Proyer tatsächlich der Stadt und dem Steuerzahler günstiger kommt. Hinzu gekommen ist dann noch, das habe ich bereits erwähnt, ein Teil dieses Grundstückes, das im Gemeindegebiet Garsten liegt und Herr Bürgermeister Steininger die Stadtwerke gebeten hat, auch für diesen Teil Anschließungsmaßnahmen zu setzen, die von den Stadtwerken dann schließlich auch aufgrund dieser Beschlussfassung durchgeführt werden. Ich habe bereits erwähnt, daß dieser Antrag die Dringlichkeit

deswegen erhalten hat, weil wir dieses Bauvorhaben nicht verzögern, sondern beschleunigen wollten und rechtzeitig, im August, mit diesen Maßnahmen begonnen werden konnte, daher darf ich Ihnen den Amtsbericht zu Verlesung vortragen, es geht leider nicht anders, so steht es im Statut drinnen:

22) ÖAG Stadtwerke 116/93
Trinkwasser- und Erdgasauf-
schließung Sandmayrgründe -
Vergabe der Leistungen:

Aufgrund des Amtsberichtes der
Direktion der Stadtwerke vom
22. 7. 1993 wurden gem. § 49/Abs. 7
des Statutes für die Stadt Steyr per
Verfügung des Herrn Bürgermeisters
nachstehende Auftragsvergaben
angeordnet:

1. Durchführung der
Tiefbauleistungen für den
Wasserleitungsbau

Bietergemeinschaft Zwettler-Adami,
Steyr
S 558.900,-- (exkl. USt.)

2. Ankauf der Rohmaterialien
für den Wasserleitungsbau

Firma Kontinentale, Wels S 190.000,--
(exkl. USt.)

3. Rohrtransport

Städtischer Wirtschaftshof
S 7.000,-- (exkl. USt.)

Es ergeht nachstehender Antrag des
Stadtsenates:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Gem. Verfügung des Herrn Bür-
germeisters wird den gegen-
ständlichen Auftragsvergaben
nachträglich zugestimmt. Die
erforderlichen Mittel für die
Baudurchführung sind von den
Stadtwerken der Stadt Steyr
aufzubringen.

Herr Bürgermeister, ich darf Sie bitten,
die Diskussion, bzw. die Abstimmung
durchzuführen.

**VIZEBÜRGERMEISTER
ERICH SABLİK:**

Ich möchte den Herrn
Vizebürgermeister Dr. Pfeil ersuchen,
den Vorsitz zu übernehmen und meine
Wortmeldung zu registrieren.

**VIZEBÜRGERMEISTER
DR. LEOPOLD PFEIL:**

Ich übernehme den Vorsitz und erteile
Herrn Vizebürgermeister Sablik das
Wort.

**VIZEBÜRGERMEISTER
ERICH SABLİK:**

Ich begrüße namens unserer Fraktion
jede Aktivität, die auch den privaten
Siedlungsbau im Stadtbereich fördert
um die Abwanderung von Steyrer
Bürgern in das Umland zu verhindern.
Zu dieser Frage daher, glaube ich
doch einstimmig feststellen zu können,
daß wir hier unsere Zustimmung
geben. Ich möchte in diesem
Zusammenhang nur Dir, lieber
Roman, etwas mit auf den Weg geben
- wenn nämlich Aufgrabungen von den
Wasser- und Stadtwerken
durchgeführt werden, das sind dann

die schlechtesten Künetten im Stadtgebiet. Die senken sich dauernd, d. h. es ist hier in der Aufsicht, bei der Künettenverfüllung oder beim Material, das wiederverfüllt wird - Du weißt, es muß neues Material verwendet werden - ist irgendwas nicht in Ordnung. Wenn man da nachher fährt, bis zu einem Jahr geht es, das ist eine Rumpelstrecke, so etwas brauchen wir nicht. Wenn wir schon die Aufträge vergeben, dann ersuche ich Dich höflichst, darauf einzuwirken, daß da nicht darüber hinweg geschaut wird, sondern einmal richtig kontrolliert, ob die das auch so verfüllen, wie es sich gehört. Die anderen Aufgrabungen der Stadt, die haben hier ja Kontrollorgane eingesetzt, es ist zwar das Referat des Kollegen Schloßgangl, aber die Stadtwerke werden extra kontrolliert, und ich habe schon vor Jahren urgiert, daß Ihr Euch hier mehr ins Zeug legt, denn das sind ja städtische Gelder, die hier nicht richtig verwertet werden.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke für die Wortmeldung, ich habe jetzt nicht mitbekommen - was ist das Referat des Kollegen Schloßgangl?

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Aufgrabungen - um zu kontrollieren, ob bei den Zuschüttungen auch gutes Material verwendet wird, bzw. alle 40 cmusw. - gestern habe ich wieder zugeschaut, da sind sie nur mit einem Bagger, mit einem Radlader mit einem Hinterrad gefahren. Das ist eine OKA-Leitung, aber trotzdem, wir

werden dort gerüttelt und auch gerügt als Stadt, wenn wir so etwas zulassen.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke für die zusätzliche Wortmeldung. Gibt es weitere Wortmeldungen? Ich sehe, das ist nicht der Fall und gebe das Wort wieder zurück, bevor ich dem Referenten das Schlußwort erteile.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Ich übernehme den Vorsitz - wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall, bitte sehr.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Ein paar Anmerkungen seien mir erlaubt, nachdem ich bereits ähnliches gehört habe im Stadtsenat, was jetzt Herr Vizebürgermeister Sablik zum Ausdruck gebracht hat, darf ich selbstverständlich unterstreichen, daß es richtig ist, was er sagt, daß entsprechende Verfüllungen durchgeführt werden, die auch eine gewisse Zeitdauer zu halten haben und nicht sich entsprechend absenken. Aber ich habe auch in dem Zusammenhang, und das hat mich eigentlich gewundert, daß das heute hier nicht gekommen ist, immer wieder von Koordinierungsschwierigkeiten bei Aufgrabungsarbeiten gehört, und es hat diesbezüglich auch bereits eine entsprechende Untersuchung des Kontrollamtes stattgefunden, es gibt auch einen Bericht darüber. Ich möchte jetzt gar nicht ins Detail gehen,

weil ich grundsätzlich selbstverständlich dem beipflichte, daß hier eine ordentliche Koordinierung der Aufgrabungsarbeiten stattfinden soll. Es kann natürlich nicht gehen, daß man auf der einen Seite vor zwei Jahren einen Asphaltbelag aufgebracht hat, und diesen dann wieder durch Aufgrabungsarbeiten zerstört, aber zum Abschluß sei mir schon noch eine Beibemerkung erlaubt. Ich erinnere mich so an das Wahljahr 1991 zurück, und zwar war es da in verschiedenen Bereichen, die ich jetzt nicht auswendig nennen kann, in den verschiedenen Stadtteilen ja so, daß sehr rasch Asphaltdecken aufgetragen wurden, offensichtlich um noch schnell einen Wählerwillen zu befriedigen, obwohl man auch damals schon gewußt haben mußte, daß entsprechende Versorgungsleitungen neu zu verlegen sind und Aufgrabungsarbeiten notwendig sind. Aber ich werde selbstverständlich im Sinne von Kollegen Sabliks Wortmeldungen entsprechend darauf achten, daß auch ordentliche Arbeit dort geleistet wird.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Wenn Sie mit dem Antrag einverstanden sind, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Gegenproben sind nicht erforderlich, nächster Punkt.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Ich komme bereits zum nächsten Antrag, der betrifft die städtische Kunsteisbahn und eine neue

Tarifisierung dieser Eintrittspreise für die Saison 93/94. Ich möchte auch nicht näher auf den Amtsbericht eingehen, doch ein Nebengeräusch - um mit den Worten vom Kollegen Zagler zu sprechen - sei mir doch gestattet, ich stehe nicht an hier zu erklären, das habe ich auch heute bereits gemacht, bei einem anderen Antrag, daß wir von der FPÖ-Fraktion beim Grundsatzbeschluß zur Überdachung der Kunsteisbahn nicht mitgemacht haben, und zwar deshalb, weil wir ja bekanntlich lieber das Prestigeobjekt vom Herrn Bürgermeister Hermann Leithenmayr unterstützen wollten, nämlich die Sanierung des Stadtbades und des Hallenbades vor allen Dingen.

Zwischenruf: Fängt das schon wieder an?

Der Herr Bürgermeister wird ja sicherlich von meiner Meinungsäußerung erfahren und wir haben auch sicherlich Gelegenheit, noch darüber zu diskutieren - ich freue mich schon darauf - darf mich jetzt dem Antragstext zuwenden. Der Gemeinderat pardon, ich fange ganz oben an, so wie es den Statuten entspricht:

- 23) ÖAG Stadtwerke - 135/93
Städtische Kunsteisbahn -
Neutarife ab Saison 1993/94

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Tarife für die städtische Kunsteisbahn werden mit Wirkung ab

Beginn der Saison 1993/94 wie folgt neu festgesetzt.

1. Eintritt Erwachsene - Vormittag: 35,-
Nachmittag ab 13,00 Uhr: 35,-

2. 10-Block Erwachsene
Vormittag: 280,-
Nachmittag ab 13,00 Uhr: 280,-

3. Eintritt Kinder/Schüler, Jugendl. u. Präsenzdiener, Zivildiene -
Vormittag: 15,-
Nachmittag ab 13,00 Uhr: 20,-

4. 10-Block zu Punkt 3
Vormittag: 120,-
Nachmittag ab 13,00 Uhr: 160,-

5. Besucherkarte
Vormittag: 10,-
Nachmittag ab 13,00 Uhr: 10,-

6. Saisonkarte Erwachsene - für alle Betriebszeiten - 1.000,-

7. Saisonkarte Kinder/Schüler, Jugendl.u.Präsenzdiener, Zivildiene - für alle Betriebszeiten - 600,-

8. Bahnmiere Stockschiitzen DI u. FR 18,30 bis 22,00 Uhr, je Bahn und Saison - 3.300,-

8a. Bahnmiere je Stunde
Vormittag: 240,-
Nachmittag ab 13,00 Uhr: 270,-

9. Platzmiere: 1 Stunde
Vormittag: 600,-
Nachmittag ab 13,00 Uhr: 800,-

10. Schüler im Pflichtschulalter, geschl. Klassenverband
Vormittag: 10,-

Nachmittag ab 13,00 Uhr: 10,-

11. wie 10 aber nicht mehr im Pflichtschulalter

Vormittag: 15,-

Nachmittag ab 13,00 Uhr: 15,-

12. Veranstaltungen

Vormittag: 600,-

Nachmittag ab 13,00 Uhr: 800,-

13. Saisonkarten für Vereine (ausgenommen Stockschiitzen) für festgelegte Trainingszeiten 180,-

14. Reinigung nach Veranstaltungen nach tatsächl. Aufwand

Training Eiskunstlauf ist täglich von 12,30 bis 14,00 Uhr kostenlos.

Ich darf Sie bitten, Herr Bürgermeister, die Diskussion bzw. die Abstimmung über meinen vorgetragenen Antrag durchzuführen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Wer wünscht dazu das Wort? Herr Gemeinderat Spanring.

GEMEINDERAT

ING. DIETMAR SPANRING:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Kollegen und Kolleginnen des Gemeinderates! Ich möchte im Namen der sozialdemokratischen Fraktion einen Abänderungsantrag, nach § 9 der Geschäftsordnung des Gemeinderates einbringen, der folgend lautet, daß die Pos. 5 der Kunsteisbahntarife ab der Saison 93/94 - das betrifft die Besucherkarten - ersatzlos zu streichen ist. Ich möchte den Antrag übergeben und darüber abstimmen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Danke, der Antrag ist ordnungsgemäß unterschrieben, liegt hier auf, wer wünscht noch das Wort, indirekt zu diesem Antrag schon, Frau Gemeinderat Jeloucan.

GEMEINDERAT

ANNA JELOUCAN:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Jede Geldeinnahme befriedigt, jede Tariferhöhung bzw. Tarifänderung wird kritisiert und diskutiert. Ich finde es aber als Nonsens, wenn man als Begleitperson am Eislaufplatz Eintritt zahlen soll, daß Eltern bzw. Großeltern die Kinder in ihrer Freizeitgestaltung begleiten, gerne begleiten, dafür zahlen sollen. Darum soll der Besuchertarif herausgenommen werden und

ersuche um die Zustimmung des Antrages.

STADTRAT

DKFM. HELMUT ZAGLER:

Geschätzte Damen und Herren! Nicht, daß Sie glauben, jetzt kommt der Finanzreferent und sagt, es ist ohnehin sowenig Geld vorhanden, dieser Antrag soll nicht unterstützt werden. Nein, ich will mich jetzt nicht über diesen Antrag im Detail unterhalten, obwohl ich die Meinung der Frau Gemeinderätin Jeloucan und auch unserer Fraktion verstehe und vertrete, daß man auf die Besucherkarte ersatzlos verzichten soll, um vielleicht noch mehr Anreiz zu bieten, mit den Kindern auf diese Kunsteisbahn bei jeder Witterung, nachdem jetzt endlich der Witterungsschutz vorhanden ist, gehen zu können. Ich möchte grundsätzlich zu der Tarifregulierung etwas sagen: wie ich mir aus Tarifregulierungen in anderen Bereichen gut und gerne vorstelle und möchte das vielleicht auch in Richtung Verkehrstarife als Muster oder Wunschvorstellung abgeben. Klarerweise ist Eislaufen, ob das in Linz oder in Gmunden oder anderswo betrieben wird, an und für sich derselbe Sport, nicht überall derselbe Luxus oder nicht überall dieselbe Ausstattung, aber es sollte nicht so sein, daß die Steyrer teurer Eislaufen sollen als wo anders. Wir sollen auch hier der Wirtschaftskraft und der Kaufkraft unserer Region

entsprechend etwas hinter den anderen zurückbleiben. Aber der Weg, der mir dabei besonders gefällt, ist, daß auch hier wieder jene Besucher- und Benutzergruppen, die sich Mehrfachkarten wie den 10er Block besorgen, viel deutlicher begünstigt sind, als das in den vergleichbaren Städten wie in Linz und Gmunden der Fall ist. Ich glaube das ist der richtige Weg, auch in unserer Tarifpolitik, das häufigere Gebrauchen unserer städtischen Einrichtungen zu fördern und durchaus im Einzeltarif die Angleichung an andere Städte zu suchen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Danke, weitere Wortmeldungen? Sind nicht der Fall, stimmen wir zuerst Entschuldigung, das Schlußwort ist erwünscht.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Ja meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich darf gleich vorweg sagen, daß ich natürlich nichts dagegen habe, daß man in der Form die Tarifgestaltung wie sie vorgeschlagen wurde, von den Unterzeichneten der SPÖ-Fraktion, abändert, aber eines muß ich jetzt schon ehrlich sagen, ein bißchen verwundert bin ich schon. ^{Jetzt} hat, und ich glaube da war der Kollege Zagler auch dabei, sich der Ausschuß für kommunale Betriebe sehr eingehend mit dieser Thematik befaßt, die Frau Kollegin Jeloucan war auch dabei, ich erkenne und bekenne mich

natürlich dazu, daß man natürlich nachträglich klüger sein kann, dagegen ist ja nichts einzuwenden, so ist es, und wie gesagt, ich glaube wir hätten doch auch im Ausschuß bereits über diesen Vorschlag, ohne daß man ~~halt~~ ^{heute} einen großartigen Abänderungsantrag einbringt, darüber reden können. Aber selbstverständlich bin ich bereit, und ich nehme auch an die FPÖ Fraktion, dem Antrag nachzukommen.

Zwischenruf von Herrn Stadtrat Dkfm. Mag. Helmut Zagler:

Klarerweise war im Kommunalausschuß eine Vorberatung und es wurde auch von unserer Seite, von unserer Fraktion, wirklich der Wunsch eingebracht, die Besucherkarte nicht zu verrechnen, aber es ist dort nicht mehr weiter diskutiert worden, übergangen worden oder nicht behandelt worden.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Ich kann mich jedenfalls nicht erinnern, aber das ist ja nicht so eine wichtige Angelegenheit.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Ich nehme an, daß es zu einer einstimmigen Beschlußfassung kommt. Wer für den vorliegenden Abänderungsantrag, Tarif ohne Besucherkarten, stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Stimmenthaltungen? Gegenstimmen? Keine - nächster Punkt bitte.

Frau GR Friederike Mach verläßt um 19 Uhr die Sitzung.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Jetzt kommen wir bereits zum vorletzten Antrag. Der betrifft die Erneuerung der Drucksteigerungsanlage in der Waldrandsiedlung, nämlich die Bauarbeiten und die Vergabe der Leistungen. Wie aus dem Amtsbericht hervorgeht, wird der Stadtteil Waldrandsiedlung mit Trink-, Nutz- und Feuerlöschwasser über ein vorgeschaltetes Pumpwerk versorgt und der bauliche Teil dieser Anlage, der sich etwa 40 Jahre bereits in Betrieb befindet, hat dementsprechende Abnutzungserscheinungen, und es ist daher auch der rohrentechnische Teil durch die erhöhte Luftfeuchtigkeit stärkeren Rostansätzen ausgeliefert, und unumgänglich sind daher notwendige bauliche Maßnahmen zu treffen, um die Situation zu verbessern, um vor allen Dingen dort die Gewähr abzugeben, auch in Zukunft Trinkwasser in entsprechender Form der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Daher ergeht der Antrag des Stadtsenates:

- 24) Stadtwerke - 134/93
Erneuerung
Drucksteigerungsanlage
Waldrandsiedlung; Bauarbeiten -
Vergabe der Leistungen;

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke Steyr vom 24. 08. 1993 wird im Zusammenhang mit der Erneuerung der Drucksteigerungsanlage Waldrandsiedlung nachstehenden Auftragsvergaben zugestimmt:

1. Baumeisterarbeiten exkl. Schlosser- und Verfließungsarbeiten

Firma Negrelli BaugesmbH, Steyr
S 1.008.836,--(exkl. USt)

2. Schlosserarbeiten

Firma Metallbau Fratu, Steyr
S 45.964,-- (exkl. USt)

3. Verfließungsarbeiten

Firma Fliesenmarkt, Steyr
S 67.935,-- (exkl. USt)

Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Danke, keine Wortmeldungen dazu? Stimmen Sie dem zu? Ein Zeichen mit der Hand bitte, keine Gegenprobe notwendig, nächster Punkt.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Ich komme zum letzten und wohl wichtigsten Antrag, denn dieser Antrag hat tatsächlich eine besondere Bedeutung, wenn man bedenkt, daß es darum geht, unser Überlebensmittel Wasser vor weiteren Verunreinigungen durch Perchlorethylen zu schützen. Herr Bürgermeister, meine Damen und

Herrn des Gemeinderates, Sie werden sicherlich dafür Verständnis haben, wenn ich da nicht nur bei dem Antragstext bleibe, sondern Ihnen auch berichte über den derzeitigen Stand der Dinge, denn alles was heute beschlossen wird, ist ja bereits zum Teil in Angriff genommen und daher entspricht das nicht mehr dem aktuellen Stand. Wie im Amtsbericht beschrieben wird, wurde zu Beginn des Monats Mai, im Rahmen von Grundwasseruntersuchungen, die ja nach dem Lebensmittelgesetz notwendig sind, geringe Ansätze von Perchlorethylen, im vorhin angezogenen Bereich, nämlich im südlichen Teil des Schongebietes, das ja in Dietach liegt, festgestellt. Es wurden daraufhin von den Stadtwerken Sofortmaßnahmen gesetzt, die so ausgesehen haben, daß eine sehr intensive Beprobung dieses Gebietes erfolgte, sodaß dann auch in weiterer Folge bei einem Privatbrunnen überhöhte Werte festgestellt wurden, und dieser abgeschlossen bzw. an das öffentliche Leitungsnetz angeschlossen wurde. Aufgrund dieser vermehrten Feststellung von Perchlorethylen im Grundwasser wurde die Wasserrechtsabteilung des Landes Oberösterreich verständigt und mit dieser auch ein Gespräch geführt. Das Ergebnis dieses Gespräches war eindeutig. Es war feststellbar, daß Gefahr in Verzug ist und daß sowohl die Stadtgemeinde Steyr, das Wasserwerk, aber auch die Landesregierung, Abteilung Wasserrechtsbehörde, es nicht

zustande bringen kann, aufgrund der fehlenden Einrichtungen und Fachleute, daß ein entsprechendes Sanierungskonzept und die daraus resultierenden Arbeiten vorbereitet werden können. Daher ist man dem Vorschlag des Landes nachgekommen, die Firma HPC zu beauftragen, ein derartiges Sanierungskonzept zu erarbeiten und dann auch die notwendigen Arbeiten durchzuführen. Sie werden sicherlich dafür Verständnis haben, meine Damen und Herren, daß es bei dieser Maßnahme vorerst nicht darum gegangen ist, die Kosten zu erheben oder zu erfragen - natürlich sind die Kosten erhoben worden - aber zu erfragen wer bezahlt denn das, sondern es war wirklich Dringlichkeit vorhanden, denn das Wasser ist ja sicherlich ein Lebensmittel, das im besonderen Maße zu schützen ist. Es ist auch in der ersten Phase dieser ganzen Sanierungsmaßnahmen eher zweitrangig gewesen, wer denn der Verursacher sei, aber es hat sich im Zuge dieser Arbeiten dann herausgestellt, daß es auch möglich ist, auf zwei Ebenen vorzugehen, nämlich einerseits die Sanierungsmaßnahmen durchzuführen und andererseits auch den Verursacher zu suchen und zu finden, der, wie sich ja herausgestellt hat, im Bereich Tabor/Resthof liegen muß, wobei davon ausgegangen wird, daß Perchlorethylen für Reinigungs- und Entfettungszwecke verwendet wird, einen sehr hohen Verdunstungsgrad in der Atmosphäre aufweist, aber bedauerlicher Weise,

wenn es in das Grundwasser geht, sich linear ausbreitet, d. h. dem Grundwasserstrom folgend bis zu unserem Brunnenschutzgebiet vordringen kann. Die Fließgeschwindigkeit des Wassers beträgt dort etwa ein bis zwei Meter pro Tag, daher, man kann es sich leicht ausrechnen, hätte es zwar eineinhalb Jahre gedauert, bis das Perchlorethylen in unser Brunnengebiet eingedrungen wäre, aber wenn das tatsächlich erfolgt wäre, dann kann ich Ihnen versichern, können wir von dort kein Trinkwasser mehr entnehmen. Daher wurden insgesamt vier Meßsonden in diesem bedrohten Gebiet angebracht, sowie ein Sperrbrunnen eingebracht. Dieser, ich weiß nicht wer ihn schon gesehen hat, befindet sich beim Neubau der GWG in Hausleiten, etwa hundert Meter südöstlich dieses Gebäudes und aus diesem Brunnen, der etwa 30 Meter tief gebohrt wurde, wird das Grundwasser über ein Pumpwerk hochgepumpt und über eine Stripanlage geleitet, das bedeutet, daß es auf Grund des hohen Verdunstungsgrades möglich ist, nahezu einen großen Teil durch diese Verdunstung und Filterung aus dem Wasser herauszubekommen, sodaß nur mehr eine Restmenge übrigbleibt, und das Wasser wird dann in die Enns eingeleitet. Es ist immer sehr interessant, wenn man darüber nachdenkt, daß wir von einer Menge von etwa 50 - 150 kg Perchlorethylen ausgehen, also eine eher sehr geringe Menge, die derartige Sanierungsmaßnahmen erfordert.

Daher darf ich Sie bitten, meine Damen und Herren des Gemeinderates, in Ihren Bereichen darauf einzuwirken und die Leute aufzuklären, was es bedeutet, Perchlorethylen in das Grundwasser zu bringen. Es ist wirklich eine sehr schwerwiegende Angelegenheit und bedeutet in weiterer Folge, so ist das Urteil der Experten, daß dieser eine Sperrbrunnen etwa drei bis zehn Jahre lang in Betrieb sein muß, um dieses Perchlorethylen herauszubringen, und daß es nicht ausreicht, daß wir einen Sperrbrunnen dort in Betrieb halten, sondern es wird ein weiterer Sperrbrunnen sowie zwei weitere Schluckbrunnen und das wird dann bei der nächsten Wasserrechtsverhandlung besprochen, wo diese einzusetzen sind, um tatsächlich zu dem Erfolg zu kommen, daß das Wasser wieder bedenkenlos an die Bürger unserer Stadt weitergegeben werden kann. Ich darf zum Verursacher noch ein paar Sätze sagen, weil darüber ja Vermutungen angestellt wurden, und im übrigen selbstverständlich eine Anzeige bei der Staatspolizei vorliegt, und die auch weiter verfolgt wird. Der Kollege Sablik war so freundlich und hat ebenfalls in der Zeitung bereits darauf hingewiesen, daß er an meiner Stelle bereits zweimal eine Anzeige erstatten hat müssen, aber ich glaube, zur Berichtigung darf ich schon noch einen Satz sagen. Es wurde, selbstverständlich nach Rücksprache mit mir, festgehalten, daß eine derartige Anzeige nur von der Magistratsdirektion ausgehen kann,

aus rechtlichen Gründen, wie die auch immer liegen, und daher wurde diese Anzeige nicht von mir unterzeichnet, aber selbstverständlich von mir verlangt, um den Verursacher zu finden. Es ist notwendig, fünfzig Bohrungen anzubringen, in dem jetzt eingegrenzten Bereich Tabor/Resthof, um durch Luftabsaugungen festzustellen, aus welchem Nahbereich, jetzt ist es also ein relativ großer Bereich, diese Restbestände vom Perchlorethylen stammen. Es ist bisher erfolglos nach einem Verursacher gesucht worden, im Gegenteil, man muß aufgrund der Tatsache, daß nicht nur Perchlorethylen festgestellt wurde, sondern Trichlorethan, davon ausgehen, daß es zwei Verursacher gibt, also daß es einen weiteren Verursacher gibt. Dafür kommt beispielsweise auch die inzwischen aufgelassene Mülldeponie in Frage, weil man geht davon aus, daß dieses Perchlorethylen in einem Behältnis in der Erde vergraben ist und daher dem Weg des Grundwasserstromes folgt. Zu den Kosten: heute geht es ja um einen Teilbetrag der zu erwartenden Kosten, man hat damit auch bereits Erfahrung und rechnet damit, daß die Gesamtsanierung etwa 7-8 Mio Schilling kosten wird und etwa S 500.000,-- kostet es, den Verursacher zu finden. Findet man den Verursacher, dann wird ihn selbstverständlich die Härte des Gesetzes treffen und sofern er dazu in der Lage ist, wird er zur Zahlung verurteilt. Sollte das nicht der Fall sein, dann müßte an und für sich, nach der

gegebenen Gesetzeslage, der Bund diese Kosten übernehmen. Sie haben sicherlich Verständnis gehabt, daß ich Sie über dieses sehr wichtige Problem etwas ausreichender informiert habe, und wir kommen nun zum Antragstext:

Frau GR Ulrike Fuchs verläßt um 19,08 Uhr die Sitzung.

25) WA - 43/93
Brunnenfeld Dietach
Grundwasserverunreinigung mit
Perchlorethylen; Maßnahmen zur
Sicherung der
Trinkwasserversorgung-
Auftragsvergaben;

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Bürgermeisterverfügung vom 2. 9. 1993, womit wegen Dringlichkeit gem. § 49 Abs. 7 des Statutes für die Stadt Steyr nachstehendes angeordnet wurde, wird hiermit genehmigt:

1. Infolge Dringlichkeit wird zur Abwehr einer Beeinträchtigung der Trinkwasserversorgung aus dem Brunnenfeld Dietach der Auftrag zur Erstellung eines Sanierungskonzeptes und zur Durchführung von Sanierungsmaßnahmen der Firma HPC, Linz, gemäß Kostenvoranschlag vom 19. 8. 1993 zur vorläufigen Auftragssumme von S 2,550.000,-- (exkl. USt) übertragen.
2. Die für diese Leistungen der Firma HPC, erforderlichen Mittel sind aus dem Reinhaltungszuschlag für die Trinkwasserreinhaltung aufzubringen.

Zu diesem Zweck wird eine Kreditüberschreitung in Höhe von S 2.550.000,- bei der VA-Stelle 5/8790/779000.6 genehmigt. Die Deckung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Herr Bürgermeister ich darf Sie bitten, über diesen, von mir vorgelegten, Antrag die Abstimmung bzw. die Diskussion durchzuführen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Zur Diskussion hat sich als erster Herr Dr. Pfeil gemeldet, als zweiter ich und als dritter - wer meldet sich noch? Niemand.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Problem, das jetzt aufgetaucht ist, ist nicht allzu groß. Es ist im Moment alles im Griff, nur es bleibt wirklich ein ganz ungueter Nachgeschmack bei dieser Sache dabei. Was liegt noch wo verborgen? Wir haben jetzt aufatmen können. Die Menschen, die in diesem Gebiet wohnen, haben keine Krankheitserscheinungen. Wir haben das Glück gehabt, dort in diesem Gebiet auch einen Bauernhof zu haben, der seine Schweine mit diesem Trinkwasser versorgt hat. Es wurden auch Probeschlachtungen gemacht, auf der Universität in Wien wurde das im Fett gespeicherte Gas, das hat nämlich die Neigung sich im Fett abzuspeichern, darum ist es ja auch so gefährlich, weil man beim Menschen erst dann

Krankheitserscheinungen hat, wenn es schon zu spät ist, also bei diesen Schweinen hat man keine erhöhten Werte von diesen Gasen gefunden. Nur wiederum einschränkend muß man sagen, die Schweine haben eine relativ kurze Lebensdauer, die sind 6 Monate alt, und haben 6 Monate das Wasser getrunken, also die Menschen die dort wohnen, haben vielleicht schon länger dieses, mit erhöhten Belastungen versehene Wasser getrunken. Also es bleibt hier ein bitterer Beigeschmack über. Wie die Dinge jetzt aussehen, Kollege Eichhübl hat es bereits erwähnt, die Aussicht, daß der Verursacher gefunden wird, ist gering. Die Tatsache ansich, daß noch irgend etwas im Verborgenen liegen könnte oder liegt, daß macht mich in diesem Gebiet oben wirklich sehr betrübt. Nebenbei bemerkt, das ist für mich eine, so ziemlich die einzige Wichtigkeit, für eine sofortige Verfügung für Sofortmaßnahmen. Dankeschön.

Ich übernehme den Vorsitz und übergebe das Wort an Vizebürgermeister Sablik.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Kein Hackl, das kommt von der eigenen Partei:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Natürlich, lieber Roman, mache ich Dir als politischer Referent sofort den Vorwurf, daß Du für diese Angelegenheit zuwenig Zeit aufgewendet hast und daß Du vor

allen Dingen dieser Sache zuwenig Nachdruck verliehen hast.

Zwischenruf von Herrn Stadtrat Roman Eichhübl:

..... Probebohrungen in der Nacht

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Wir brauchen keine Probebohrung in der Nacht, sondern einmal die Einhaltung der Statuten, die vom zuständigen Referenten eine Berichtspflicht an den Bürgermeister vorsehen, damit dieser Bescheid weiß, womit der zuständige Referent sich gerade befaßt. Diese Dinge werden weitgehend von den Stadtsenatsmitgliedern ja gemacht, aber in dieser Frage war das nicht der Fall. Weiters beklage ich die mangelnde Zusammenarbeit, es hätte dringend eine Besprechung gehört, zwischen Dr. Pfeil als Leiter der Magistratsabteilung IV, der dann später die Bescheide ausstellt - jawohl Strafaufsicht liegt bei ihnen.

Zwischenruf von Herrn Dr. Leopold Pfeil:

Geschäftsbereich heißt es jetzt....

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Geschäftsbereich? Aber es ist die Abteilung Nummer IV, früher war es die I, aber das ändert nichts daran, daß Sie als Aussteller der Bescheide, als Referent der Herr Stadtrat Eichhübl und ich als Umweltreferent, der ich mir das Recht nehme, bei allen diesen Dingen mit dabei zu sein, daß hier keine Zusammenarbeit gesucht

worden ist, bis heute nicht, im Gegenteil, diese Zusammenarbeit war nicht einmal auf Beamtenebene möglich, weil die Beamten des Wasserwerkes sich geweigert haben, die Untersuchungsergebnisse rechtzeitig an die Umweltabteilung zu geben. Es ist daraus ein großes Geheimnis gemacht worden, und ich muß sagen, der Kollege Eichhübl als Obmann des Wasserverbandes Steyr, hat nämlich nicht nur die Pflicht dafür zu sorgen, daß wir anständiges Trinkwasser erhalten, sondern er hat auch die Pflicht, mich zu unterstützen oder selbst die Anzeige gegen die Verursacher zu erstatten und es ist nicht wahr, daß er als Referent die Anzeige nicht machen kann, sondern er fürchtet sich nur davor, daß er dann von einer Millionenklage heimgesucht wird, wenn er vielleicht den Verdacht äußert, so wie es mir gegangen ist, daß diese oder jene Firma, oder der Besitzer dieser oder jener Liegenschaft dann dazu herangezogen wird, als Verursacher zu gelten. Wenn sich der mit Recht der österreichischen Rechtsprechung gewisse Mängel zunutze macht, dann ist nämlich der Anzeiger der, der der Ehrabschneider oder dergleichen ist. Und vor solchen Dingen, lieber Roman, kann man sich nicht drücken, sondern solchen Dingen muß man sich stellen und dann erst kann man sagen, ich wache über das Trinkwasser, außerdem frage ich Dich als Obmann des Wasserverbandes Steyr, was Du für die Zukunftssicherung gemacht hast? Zukunftssicherung - da meine ich nicht

nur die Erschließung eines weiteren Brunnens im Brunnenschutzgebiet, das gefährdet ist, sondern wie schaut es aus mit Tiensting, wie schaut es aus mit Wolfen, wie schaut es aus mit der Herbeischaffung von weiteren Wassermengen, wenn durch ein weiteres Unglück unsere Quellen einfach nicht mehr für die Trinkwasserversorgung von Steyr herangezogen werden können. Da nützt nämlich keine Gaudi dann und kein Herumreden, sondern dann haben wir nämlich kein Wasser, dann geht es uns so, wie dem Bürgermeister von St. Valentin, der seinen Leuten empfiehlt, kauft euch eine Römerquelle für die Kinder - obwohl das Mineralwasser auch nicht das Beste ist für Babys bis 6 Monate - kauft Euch ein Wasser. Unser Wasser hat nicht mehr die Werte, die es haben soll. Das ist zuwenig und es ist auch zuwenig, lieber Roman, dann aus den Reinhaltfonds, da zahlen wir ja bereits seit 30 Jahren hinein - daß, wenn man das Aufforsten im Brunnenschutzgebiet bezahlt, daß man aus diesen Geldern dann einfach das abdeckt und sagt: neun Jahre lang filtern wir das Wasser so, bis es einfach von selber wieder gut wird. Ich verlange von Dir ganz gezielte Maßnahmen, ganz brutale Maßnahmen auf deutsch gesagt, um die Verursacher zu finden. Die Staatspolizei und der Staatsanwalt hat nämlich diese Anzeige benötigt, um überhaupt tätig werden zu können. Es ist nämlich ein Unterschied, ob ich nach dem Verwaltungsverfahren jemand frage: "Hat Dein Faßerl

vielleicht ein Loch vom Motoröl" oder ob er vor dem Untersuchungsrichter dazu befragt wird. Da hört sich nämlich die Grenze der Toleranz auf, da hört sich die Gaudi auf, denn da geht es nur mehr um das Leben, unter Umständen, unserer Kinder. Zum Abschluß, lieber Roman, frage ich Dich, was machst Du, um endlich eine weitere offene Gefahr, nämlich die "Schottergrube Niedermayr" endlich verfüllen zu lassen. Ich habe Dir die Arbeit schon vor zwei Jahren abgenommen und habe darauf hingewiesen, daß ein einziger Tankerunfall, ein einziger Unfall eines Pkws der 500 Liter von diesen Chemikalien transportiert, der da runter fällt, bis jetzt sind sie immer - Gott sei Dank - auf die rechte Seite der Straße gefallen, wenn Sie aber einmal links fallen, kommt zu Tage, daß dort viereinhalb Meter unter der Schotterdecke bereits das Grundwasser für unsere Brunnen, zwei oder drei, ich will mich nicht genau festlegen, fließt. Und daß dort ein einziger kleiner Sperrbrunnen ist, der nicht in der Lage ist, das ganze verunreinigte Wasser das dort dann durchfließt, aufzufangen und herauszupumpen, da brauchen wir dann weitere Millionen. Alle diese Fragen kann ich Dir einfach nicht ersparen, sondern es liegt in Deiner Kompetenz, hier tätig zu werden, und da sehe ich eben nichts. Du mußt Dir für Dein Referat mehr Zeit nehmen, lieber Roman, weil das nächste Mal hat es wieder wo anders ein Eck.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Bin ich dran beim Schlußwort? Gibt es keine weitere Wortmeldung? Das ist ja super, ja meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich möchte gleich in meinem Schlußwort bei dem beginnen, wo der Kollege Sablik aufgehört hat, in dem er gemeint hat, er würde mir raten, mehr Zeit zu nehmen für mein Referat. Ich gebe schon zu, daß ich in einer etwas schlechteren Position bin wie der Kollege Sablik. Ich bin es ihm sicherlich nicht neidig, aber als Berufstätiger werden sicherlich alle anwesenden Mandatäre wissen, daß es halt nicht immer so geht, wie man es gerne haben möchte, das betrifft aber alle, betrifft auch den Kollegen Tatzreiter, wenn ich Dich so anschau, ich weiß, daß Du auch in Deiner Tätigkeit einiges zu leisten hast und wahrscheinlich auch in Deinem Referat mehr tun möchtest, was aber kein Vorwurf ist, daß Du nichts tust, den Vorwurf mache ich sicherlich niemanden, sondern ich muß schon eines jetzt ganz klar und deutlich sagen, bei der Beantwortung der Fragen, die der Kollege Sablik aufgegriffen hat, tue ich mir wirklich sehr leicht. Herr Kollege Sablik, wenn Du meinst, daß eine Gesprächsbasis oder die Aufbereitung zu Besprechungen der Sache nützt, dann muß ich Dir schon eines sagen, da heißt es handeln und gehandelt wurde auf meine Anweisung, und der Herr Bürgermeister wurde von A bis Z auf meine Veranlassung hin über die Vorgangsweise der Stadtwerke und über alle notwendigen Maßnahmen

informiert. Also ich halte nichts davon, daß wir uns da zusammen setzen und dann diskutieren, wie im kommunalen Betriebsausschuß, und dann darauf kommen, daß wir es nicht so haben wollen, als wie wir es alle miteinander beschlossen haben, sondern nochmals, da ist handeln erstrangig und das wurde gemacht und ich verwehre mich dagegen, wenn hier der Vorwurf in irgendeiner Weise, ich halte es schon aus, jemand gemacht wird, der in diese Angelegenheit involviert war, seien es die Bediensteten der Stadtwerke, seien es jene, die sehr wohl vom Land aus gehandelt haben oder seien auch sonst irgendwelche Personen irgendwie verdächtigt, nicht das getan zu haben was notwendig war. Herr Kollege Sablik, ich weise sehr deutlich vor diesem Gemeinderat darauf hin, es ist alles geschehen, was notwendig ist, und jetzt möchte ich Dir schon eines sagen, wenn Du von mir heute Maßnahmen verlangst, ja bitte gerne, was wird denn die Konsequenz aus diesem Unfall, wie ich ihn bezeichne, sein, was wird denn die Wasserrechtsbehörde machen? Ich werde es mir überlegen, das zu tun, aber ich sage Dir schon was die Wasserrechtsbehörde machen wird, die wird verlangen, daß das Schongebiet ausgedehnt wird und nach dem die Konzentration dieser Verunreinigung im Bereich Tabor/Resthof liegt, kann es uns passieren, daß wir uns Gedanken machen müssen, was wir denn mit unserem neuen geplanten Kommunalzentrum dort machen, wenn

das Schongebiet ausgedehnt wird, Herr Kollege Sablik. Verlangst Du von mir, daß ich das in die Wege leite? Das möchte ich sehr deutlich hier in den Raum stellen. Aber natürlich muß die Qualität des Wassers Vorrang haben, das ist selbstverständlich, und auf die Frage was denn zu geschehen hätte oder geschehen muß, um neue Brunnenfelder zu erschließen, dann darf ich doch in die vorvergangene Funktionsperiode zurückkommen. Ich kann mich erinnern, daß dort bei Fraktionsobmännerbesprechungen sehr intensiv die Frage nach neuem Grundwasser für die Stadt Steyr und deren Wasserversorgung immer wieder im Vordergrund gestanden ist, da ist das Projekt Molln im Vordergrund gestanden, da haben sich die Stadtwerke sehr intensiv bemüht um die Erschließung neuer Brunnenfelder und ein namhafter Kollege von Dir, ich sage jetzt den Namen nicht, ein namhafter Kollege von Dir, hat damals gesagt: naja brauchen wir das denn wirklich? Das ist ja gar nicht gescheit, das lassen wir, uns reichen ja die Brunnenfelder von Dietach. Das möchte ich auch sehr deutlich sagen, es wurde nicht vorangetrieben, sondern verhindert und daher trifft der Vorwurf, daß ich jetzt nicht für geeignete Maßnahmen gesorgt hätte und für die Zukunft nicht Sorge, nicht zu. Natürlich, meine Damen und Herren, bin nicht nur ich als Referent, sondern Sie alle, als Verantwortungsträger der Stadt Steyr sind aufgerufen, dafür Sorge zu tragen, neue Brunnenfelder zu erschließen, und das wird sicherlich

auch mit sehr viel Geld in Verbindung stehen, aber wir können uns vor dieser Verantwortung alle miteinander nicht drücken. Nicht nur der Referent, Kollege Sablik, auch Du bist aufgerufen, und damit bin ich schon mit meinem Schlußwort am Ende, aber ich darf nochmals sagen, ich kann Ihnen versichern, nochmals versichern, daß all das was getan werden mußte, um das Grundwasser nicht weiter zu verunreinigen, getan wurde und der Vorwurf, daß nicht ordnungsgemäß vorgegangen wurde, trifft in keinster Weise zu.

**VIZEBÜRGERMEISTER
DR. LEOPOLD PFEIL:**

Danke, das war das Schlußwort des Referenten. Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag? Gegenprobe erübrigt sich, der Antrag ist einstimmig angenommen. Ich danke dem Herrn Kollegen Eichhübl und gebe das Wort zurück, jetzt an den Herrn Bürgermeister Leithenmayr.

**BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke sehr, nächster Berichterstatter Herr Kollege Ing. Othmar Schloßgangl.

**BERICHTERSTATTER
STADTRAT
ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:**

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich habe in meinem ersten Antrag folgendes zu verlesen:

27) VerkR - 4420/92

B 122 - Voralpenstraße;
Errichtung einer
Verkehrslichtsignalanlage an der
Kreuzung B 122a/
Punzerstraße, Umbau der
Verkehrslichtsignalanlage an der
Kreuzung B 122/B - 122a und der
Blinklichtanlage beim Stadtbad in
Steyr;

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 22. Juni 1993 werden Mittel in Höhe von S 24.000,-- inkl. MWSt. freigegeben und eine Kreditüberschreitung in Höhe von S 620.000,-- inkl. MWSt. bei VAST. 5/6400/770000.3 zur Begleichung der anteiligen Kosten für die Errichtung der VLSA Plenkberg und Stadtbad genehmigt. Die Deckung der Kreditüberschreitung erfolgt durch Darlehensaufnahme.

Ich bitte um Diskussion bzw. Ihre Zustimmung.

**BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke sehr, zu Wort gemeldet ist Vizebürgermeister Dr. Pfeil, ich erteile es ihm.

**VIZEBÜRGERMEISTER
DR. LEOPOLD PFEIL:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Plenkberg - die unendliche Geschichte. Heute schreiben wir einen weiteren Punkt in der Plenkberggeschichte. Wir haben grundsätzlich "nur" einen Beitrag zu einer Verkehrslichtsignalanlage zu

leisten, grundsätzlich ja, aber ich darf es hier noch einmal betonen, die Bürger die hier eine Umplanung vom Plenkberg bzw. eine andere Planung - eine Trassenführung - gefordert haben, sind nach wie vor vor das Problem gestellt, daß ihren Forderungen nicht vollinhaltlich nachgekommen wurde. Ich sage es hier noch einmal, Münchenholz ist abgewertet, von Münchenholz kommend Richtung Stadt, durch ein negatives Vorrangzeichen. Wenn man von der Stadt kommt, Richtung Münchenholz, ist eine Ampel zum Linksabbiegen und darüberhinaus ist unten beim Stadtbad eine nicht durchgeführte zweispurige Spur, die plötzlich von einer auf zwei Spuren sich erweitert, wo es immer zu Problemen beim Anstellen vor der Ampel kommt. Diese ganze Verkehrsanlage entspricht nicht dem, was das Land früher geplant hat und entspricht nicht, was die Bürger gefordert haben. Es ist ein Kompromiß, der eben aufgrund des schnellen Baubeginnes, des überraschenden Baues, eben dann hier stattgefunden hat. Und ich möchte noch eines dazu sagen, daß gerade diese Plenkberg-Verkehrssituation auch solange gedauert hat, weil es eben hier unterschiedliche Auffassungen gegeben hat, zwischen der Stadt und dem Land, und es gab ja letztes Jahr eine Weisung des Herrn Bürgermeisters, wo ein Bescheid herausgekommen ist, und der Bescheid lag dann zur Einsicht in Linz auf, und dort wurde im heißen Sommer des Jahres 1992 dieser Bescheid nicht beeinsprucht. Es war

die lapidare Antwort vom Land, wir haben leider vergessen, es wäre uns sowas nie passiert, aber nachher werden wir die ursprüngliche Situation, wie wir vorgehabt haben, zu bauen, wieder herstellen. Also der Plenkberg bleibt ein Dauerbrenner in der Steyrer Verkehrssituation. Es ist anzustreben, daß eben im Bereich, wo die Nordspange überkommt, eben die Ersatzstraße "Gußwerkstraße" noch weiter vorangetrieben wird in Richtung Nordspange, daß dann vielleicht die Münichholzer doch zu anderen Verkehrsregelungen kommen. Danke.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zum Wort gemeldet ist Kollege Bremm.

GEMEINDERAT

GERHARD BREMM:

Geschätzter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Ich würde mir wünschen, nach so langer Zeit da herinnen zu sitzen nur einen Tag, wo nicht die Polemik im Vordergrund steht. Wenn das nicht gerade alles auf Ihrem Mist gewachsen ist, daß die Ideen so eingebracht wurden, dort an der Gestaltung des Plenkberges, was auch unsere Wünsche als Münichholzer waren, wenn die Ideen nicht gerade von Ihnen gekommen sind, sollten gerade Sie das auch akzeptieren und respektieren und auch dann zur Kenntnis nehmen. Von der Sache selber her: der Plenkberg, ich glaube, daß insgesamt gesehen mit den Abänderungen, wo wir gemeinsam und wo Sie auch dabei

waren, wie die Beamten vom Land hier waren, wo wir unsere Wünsche und Vorstellungen auch mit der Bürgerinitiative, die dort anwesend waren, haben wir alle unsere Wünsche und Vorstellungen eingebracht und sie sind eigentlich zu 100 % realisiert worden. Als Verkehrsteilnehmer jetzt, der jeden Tag nach Münichholz fährt, weil ich dort ansässig bin, glaube ich, ist die Regelung sehr gut geworden. Es ist natürlich ein Problem, das kennen wir alle, überall wo was Neues ist, wo was Neues gemacht wird, dort wird zuerst einmal einige Wochen kritisiert und es wird darüber genörgelt, bis man sich an neue Gegebenheiten gewohnt hat. Der Verkehrsfluß nach Münichholz und von Münichholz nach Steyr, wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie gesagt, vom Münichholz in die Stadt ist abgewertet, dann sollen Sie einmal fahren, die Tafel ist schon lange wieder weg. Die ist einmal dort gewesen, es ist nicht abgewertet, ich fahre jeden Tag, ist nicht abgewertet das war dort einmal, kurze Zeit war es abgewertet, jetzt nicht, aber das ist.....

Unverständliche Zwischenrufe:

Ja aber er ist ja der Verkehrsreferent, wer soll sich denn sonst auskennen. Also ich glaube, und es bestätigt sich auch, daß der Verkehrsfluß von Münichholz.....

Zwischenruf von Herrn Dr. Pfeil:

hat der Münichholzer einen Vorrang wenn er einbiegt, wenn er zukommt

auf den Plenkberg? Hat der Münichholzer Vorrang oder nicht - gegenüber dem, der vom BMW kommt?

GEMEINDERAT

GERHARD BREMM:

Der Verkehrsfluß von der Stadt nach Münichholz ist sehr gut, es ist weit besser geworden, durch den vierspurigen Ausbau....

Unverständliche Diskussionen werden geführt.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ruhe, normalerweise spricht der Redner, und die anderen machen nur Zwischenrufe. Das ist der, der dort steht, der Redner.

Durch den vierspurigen Ausbau des Plenkberges ist die Verkehrssituation wesentlich besser geworden für uns als Münichholzer. Es ist ein rasches Freiwerden von Autos und der Verkehrsfluß von Münichholz in die Stadt funktioniert ausgezeichnet, so, wie wir uns das als Münichholzer gewünscht haben, daß die selbe Regelung wie wir sie kennen, vis a vis vom Sport Eybl, dort wo wir auch im Reißverschlußverkehr den Verkehr abwickeln, das funktioniert ausgezeichnet, es gibt keine Staus und überhaupt nichts und es hat auch bis jetzt keine Unfälle oder sonst irgendwelche Dinge gegeben, also insgesamt kann man jetzt sagen, nachdem der Berg fertig ist, daß dort der Verkehrsfluß ausgezeichnet

funktioniert und Sie, Herr Dr. Pfeil, sollen öfter runterfahren, dann können Sie es sich anschauen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Zum Wort gemeldet der Kollege Eichhübl.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Herren Bürgermeister! Lieber Gerhard, ich möchte nicht in die von Dir angezogene Polemik einsteigen, aber ich gehe davon aus, daß auch die Wortmeldung des Kollegen Dr. Pfeil nicht in die Richtung gerichtet war und aus eigener Erfahrung, ich bin auch Münichholzer und benütze den Straßenzug, wie Du weißt, mehrmals täglich, muß ich schon feststellen, also die ideale Verkehrslösung ist das zweifelsohne nicht und es ist ja wirklich so, daß in einem relativ kurzen Zeitraum Veränderungen durchgeführt wurden, Tafel auf, Tafel weg, Vorrang weg, Vorrang geben.... so geht das seit Monaten dahin, und weil Du eben jetzt angezogen hast, daß der Dr. Pfeil gemeint hat, daß der von Münichholz Kommende, stadteinwärts Fahrende, abgewertet ist gegenüber jenem, der vom Bereich BMW-Werk den Berg herunterfährt und daß dort eine Tafel steht, da muß ich Dir ganz ehrlich sagen, da hat er mich heute gefragt, der Herr Dr. Pfeil, ob die Tafel noch dort steht. Ich war mir nicht sicher ob sie noch dort steht, obwohl ich jeden Tag dort fahre und habe heute, höre

Gerhard, ich habe heute zehn Leute befragt, die ebenfalls fahren, die haben bestätigt, die Tafel steht dort. Also bitte schön, es geht nicht nur alleine dem Verkehrsreferenten so, sondern da kennen sich so manche Bürger und Befahrer dieses Straßenzuges wirklich nicht mehr aus. Und wenn ich jetzt die Richtung umdrehe....

Unverständliche Diskussionen und Zwischenrufe:

Der Kollege Zagler hat sich gerade vorher recht aufgehalten, weil der Vizebürgermeister Pfeil einige Einwendungen gemacht hat, und selber macht er dasselbe, also Kollege Zagler, rege Dich nicht auf über andere.....

Und wenn ich jetzt nach Münchenholz hinunterfahre, Gerhard, dann wirst Du sicherlich auch der Meinung sein, daß, obwohl man das jetzt abgeändert hat und es jetzt besser ist, die Verkehrsführung für den Linksabbieger nicht so ideal angezeigt ist, daß er sich wirklich rechtzeitig einreihet. Daß natürlich der Nachteil des Linksabbiegens am Berg auch seine Besonderheiten hat, ergibt die dortige Verkehrsführung. Daß die dort inzwischen errichtete Lärmschutzwand auch nicht den Erfolg bringt, den sich die dortigen Bewohner vorstellen, ist auch klar, weil das dient mehr einer optischen Tarnung als einem Abweisen von Lärm. Das einzige was sich dort unten im Verlaufe der Zeit nicht geändert hat, ist die Tatsache, daß den Fußgängerübergang dort

niemand benützt, das traue ich mir auch zu sagen. Ich bin dort seit Monaten, seitdem dieser Fußgängerübergang in Betrieb ist, des öfteren dort unten gewesen und habe festgestellt, daß bedauerlicherweise - sagen wir bedauerlicherweise - dieses Bauwerk um 7,5 Mio Schilling, oder hat es eh mehr gekostet, niemand annimmt, und damit bin ich schon fertig.

Unverständliche Diskussionen:

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es noch eine weitere Wortmeldung? Das ist nicht der Fall, dann möchte ich folgendes

Darf ich kurz um Aufmerksamkeit bitten

Ich möchte schon sagen, daß das Thema sehr heiß war, aber weil Dauerbrenner gesagt worden ist, möchte ich sagen, jetzt brennt es mich eigentlich nicht mehr. Es brennt mich nicht mehr und die Münchenholzer haben eigentlich kein Problem, ihren Stadtteil zu erreichen. Die Bürgerinitiative hat eine Reihe von Forderungen aufgestellt. Wir haben sehr mühselige aber konstruktive Verhandlungen gehabt, und wir haben hier Einigung erzielt. Ich kann mich des Eindruckes nicht erwehren, daß Sie dieses kleine Feuerchen da unten mühselig sozusagen am Brennen erhalten wollen, aber es brennt nicht mehr und daher bin ich froh. Es war aber deswegen sehr heiß, nicht wegen einer Kreuzung in Steyr, wir haben doch so viele Kreuzungen, so viele

Kreuzungen, fahren Sie einmal über andere Kreuzungen, biegen Sie einmal links und rechts ab beim Forum, schauen Sie sich das einmal an beim Eybl unten, die ist fast so ähnlich, die Abbiegerei, dort ist das gegangen. Das ist gar nicht so ein Problem, das Problem war, daß es beinahe gelungen wäre, über eine geschickt angezündete Bürgerinitiative, den Ausbau des Plenkoberges zu verhindern, die Verbreiterung, und das wäre in Wahrheit die Katastrophe gewesen. Wenn man ernsthaft meint, daß wir die Nordspange brauchen, und ich halte das für eine ausgesprochene Heuchelei, ununterbrochen einem jeden die Schuld zu geben, weil die Nordspange noch nicht fertig ist, und gleichzeitig die Zufahrt zur Nordspange, jedenfalls was die Planungsprämissen der OÖ Landesregierung auch betrifft, zu verhindern, und so sollte man nicht Politik machen, das stelle ich einmal ganz eindeutig in den Raum und eines noch: sagt es denen, die Leserbriefe schreiben über den Fußgängerübergang, den wir gebaut haben und der 6,8 Mio oder irgendsowas gekostet hat, den mußten wir bauen, weil die Straße ist 10 Meter breit und alle Experten haben gesagt, man kann nicht gefahrlos diese Straße überqueren und es ist für die Kinder und es ist auch im Zusammenhang mit dem Ausbau des Radwegnetzes, wobei ich mich überzeugt habe, daß da eigentlich alle Fraktionen dahinter stehen, ist es ein unbedingtes Erfordernis gewesen, und auch im

Vorschlag aller Experten, daher haben wir ihn gemacht, und wir waren eigentlich nicht der Meinung, auch nicht die Bürgerinitiative, daß trotzdem noch der Zebrastreifen auf der Kreuzung direkt gemacht werden soll, da haben sich dann die Experten auch durchgesetzt. Ich glaube, daß es ein Kompromiß ist, das haben sie auch gesagt, ein Kompromiß, bei dem die Bürgerinitiative hier zu einem Teil ihre Vorstellungen umgesetzt hat, es ist jedenfalls festgestellt worden und glaubwürdig unter Beweis gestellt, daß wir ein Drittel der Gußwerkstraße fertiggestellt haben, daß auf die lange Sicht hier der Schwerverkehr ausgeleitet wird, und daß wir dort auch an einem konstruktiven Punkt angelangt sind, den die Münichholzer auch akzeptieren und es wäre eigentlich unsere Aufgabe, im Gemeinderat die Probleme zu lösen und für mich ist es kein Problem mehr, sondern wir haben neue, die sollten wir lösen und wie gesagt, der Fußgängerübergang hat nicht, wie im Korrekt von einer Frau H. Hübsch zu lesen stand, 62 Mio Schilling gekostet, ich sage das in aller Deutlichkeit, vielleicht können wir das irgendwann auch einmal medial korrigieren oder das sollte zumindest jeder Gemeinderat wissen, da ist das Komma ein bißchen verrutscht, nicht wahr und es gehen schon Leute darüber und jetzt, wo die Schule begonnen hat, werden es wieder mehr sein, und jedes Kind das dort nicht angefahren wird, ist ein Gewinn für die Stadt und für die Menschheit und auch

für uns als Gemeinderat. Bitte das Schlußwort, Herr Referent.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ja ich möchte sagen, ich glaube es ist sicherlich ein ganz guter Kompromiß gefunden worden, wäre die Emotionalisierung durch die FP nicht in der Art erfolgt, wäre die Problematik der Lösung der Kreuzung viel einfacher gewesen. Ich muß sagen, es war nämlich dann die Bürgerinitiative, die so vehement Dinge gefordert hat, die an und für sich mit der ursprünglichen Planung und auch mit der Zweckmäßigkeit nicht ganz vereinbart waren. Der Bürgermeister hat zugesagt, ich war bei dem Gespräch dabei. Die Protokolle haben ja nicht gestimmt, die sind sehr stark abgewichen, die der Bürgerinitiative und der tatsächlichen Protokolle, die hier im Amt mitgeschrieben wurden. Es ist ein Kompromiß entstanden, und leider Gottes, durch diese Beeinspruchung hat die Landesbaudirektion dann darauf Rücksicht genommen, denn es wäre ja nicht durch den Ausbau auf einen vierspurigen Plenkberg deswegen mehr Verkehr gekommen. Es wäre auch sinnvoll gewesen, das sage ich heute noch, die Haagerstraße etwas zu verbreitern, damit eindeutige und klare Linksabbiegespuren in Richtung Stadt vorhanden wären, zu den dort ansässigen Betrieben. Und bei der ersten Besprechung, wo Ihr noch gar nicht mitgeredet habt, da ist ein sehr gescheiter Vorschlag gekommen, von Bewohnern von Münchenholz - der

Oberingenieur, ich weiß nicht mehr wie er geheißen hat - die Gußwerkstraße auszubauen und damals hat man diese Idee bitte aufgenommen. Das war nicht die Forderung oder die Idee der Bürgerinitiative oder der Freiheitlichen, sondern das haben ein paar gescheite Leute dort unten gesagt - warum macht ihr das nicht - und daraufhin hat man gesagt, ok das ist überlegenswert, und das wollen wir mit einbeziehen. Es wäre unverantwortlich gewesen, hätte man den Plenkberg nicht ausgebaut, nachdem die Kanalisation, die gesamte Energieversorgung und -entsorgung gemacht wurde, der Bund das bezahlt und auch die Straßenoberfläche vom Bund letztendlich gemacht wurde. Daher ist Zweckmäßigkeit, das zu machen, und der Verkehr ließe sich besser abwickeln, vielleicht um eine Spur noch, wenn es ein bißchen breiter gewesen wäre, was man dann nicht gemacht hat, daher war dann auch aufgrund des Bescheides die Schwierigkeit, daß die Herren der Landesbaudirektion gesagt haben, sie können nicht die Abbiegespur von Münchenholz Richtung Haagerstraße mit doppelten Sperrlinien begrenzen, weil sie fürchten, daß es dort zu Kollisionen kommt, dann hat man diese Fahrbahnteiler hingestellt, die man dann nachträglich wieder bei gemeinsamen Besprechungen, im Konsens mit den Bürgern, die Kreuzung etwas umgebaut hat und zurückgenommen hat. Im wesentlichen, glaube ich, ist es gut gelungen und die Verhandlungen sind

soweit gediehen, daß mittlerweile klar ist, daß wir die Gußwerkstraße ausbauen, sie ist ja zur Hälfte fast fertig, und daß sie dann dem Bund angeboten wird als Bundesstraße zu übernehmen und daß die andere wieder als Landesstraße rückgewidmet werden soll. Ich glaube, damit ist schon ein wesentlicher Beitrag eigentlich zu der Verkehrslösung gekommen, wenn man natürlich immer wieder schürt und sagt, ihr habt da nicht recht gekriegt und dort hätte es anders sein sollen und warum wehrt ihr euch dagegen, da ist das keine sachliche Diskussion, wir sollen ja auch die Probleme in der Stadt lösen und nicht nur polemisch und populistisch, halt große Werbung machen für die eine oder für die andere Partei. Das war es, ich bitte um Abstimmung Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Wir schreiten zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Alle einstimmig.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der nächste Antrag beinhaltet die Aufschließung der Sandmayr-Gründe.

28) Ha - 6604/92

Aufschließung

Sandmayr-Gründe; Abschluß
eines

Aufschließungsübereinkommens

mit Herrn Dipl. Ing. Hermann Proyer;

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der Fachabteilung für allgemeine Rechtsangelegenheiten und Privatwirtschaftsverwaltung vom 17. August 1993, wird dem Abschluß eines Aufschließungsübereinkommens mit Herrn Dipl. Ing. Hermann Proyer zur Aufschließung des zukünftigen Siedlungsgebietes "Sandmayr-Gründe" zu nachstehenden Bedingungen zugestimmt. Die voraussichtlichen Baukosten in Höhe von S 7,536.039,22 werden zwischen den Vertragsparteien je zur Hälfte getragen. der von der Stadt zu leistende Beitrag mit S 3,768.020,-- ist nach oben hin begrenzt. Die Auszahlung des Anteiles der Stadt soll mit einem Betrag von S 2,500.000,-- im Jänner 1994 und mit dem Restbetrag im ersten Quartal 1995 erfolgen, dies jedoch nur dann, wenn der Stadt jeweils bezahlte Rechnungen in mindestens doppelter Höhe des auszahlenden Betrages vorgelegt werden. Hinsichtlich des im Rechnungsjahr 1995 vorgesehenen Anteiles wird Wertsicherung nach dem Verbraucherindex 1986 vereinbart, wobei als Basis für die Berechnung der Wertbeständigkeit der für Jänner 1994 verlautbarte Wert herangezogen werden wird. Für Rechnungen, die nach diesem Datum vom Bauherrn bezahlt werden, wird der für den Magistrat der Rechnungsauszahlung verlautbarte Wert zur Berechnung der Wertsteigerung verwendet.

Im Gegenzug erhebt die Stadt für den Straßenbau und die Gehsteigerherstellung den halben Satz der Nahliegerleistungen ein und verpflichtet sich die Kanalanschlußgebühr mit dem Satz für Kanalaltbaugebiet zu berechnen. Die im Projekt ausgewiesenen öffentlichen Straßen und Stiegen sind unentgeltlich in das öffentliche Gut zu übertragen. Allenfalls durch das Bauvorhaben entbehrlich werdende, derzeit im öffentlichen Gut vorgetragene Grundstücke, sind jedoch im Gegenzug in das Eigentum von Herrn Dipl. Ing. Hermann Proyer zu übertragen. Nach Baufertigstellung übernimmt die Stadt die neu errichteten Abwasserkanäle zu den im Amtsbericht dargelegten Bedingungen in das öffentliche Kanalnetz. Im übrigen gelten die im Amtsbericht aufgezeigten Bedingungen.

Ich bitte um die Zustimmung zu diesem Antrag bzw. um Diskussion falls gewünscht wird.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag steht zur Debatte. Wünscht jemand das Wort? Ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag oder übt jemand Stimmenthaltung? Das ist auch nicht der Fall, der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Beim nächsten Antrag geht es um die Kanalisation Christkindl.

29) Bau 3 - 27/93

Bau 6 - 28/93

Kanalisation Christkindlsiedlung, Erd-, Baumeister-, Rohrverlegungs- und Straßenbauarbeiten; Antrag um Vergabe und Mittelfreigabe;

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III vom 11. August 1993 wird der Vergabe der Erd-, Baumeister-, Rohrverlegungs- und Straßenbauarbeiten an den Billigstbieter der Vergabeeinheit ARGE Negrelli - Asphalt u. Beton Steyr, in der Höhe von:

Leistungsgruppe 1-Kanalbau

S 30,072.260,10 excl. MWSt.

Leistungsgruppe 2-Straßenbau

S 4,299.024,48 inkl. MWSt.

Leistungsgruppe 3-Beleuchtungs-bau

S 1,076.583,60 inkl. MWSt.

Gesamtbetrag GB III/FA Tiefbau

S 35,447.868,18 (Vergabesumme)

Leistungsgruppe 4-Gas-u.

Wasserleitungsbau (wird von den Stadtwerken gesondert vergeben)

sowie der Mittelfreigabe für den

Kanalbau 1993 in Höhe von S

1,520.000,-- excl. MWSt bei VAST

5/8110/050200.3 zugestimmt.

Ich bitte um Diskussion bzw. um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, wird hiezu das Wort gewünscht? Ist nicht der Fall, wir kommen zu Abstimmung. Wer für den

Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr, ist jemand gegen den Antrag oder übt jemand Stimmenthaltung? Ist nicht der Fall, auch dieser Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT
ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

30) Bau 6 - 7161/87
Kanalisation Wehrgraben- Süd, 1. Teil BA 06; Antrag um Mittelfreigabe für die Schlußrechnung;

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Gemeinderatsbeschluß vom 16.05.1991 wurde der Fa. Negrelli Ges.m.b.H., Steyr, der Auftrag für die Errichtung der Kanalisation Wehrgraben-Süd 1. Teil zum Preis von S 8.078.934,54 erteilt. Aufgrund des Amtsberichtes der GB III/FA Tiefbau vom 6.8.1993 werden für die Endabrechnung Mittel in Höhe von S 852.000,-- bei VAST. 5/8110/004110.1 (Kanal Wehrgraben) in Form einer Kreditübertragung von VAST. 5/8110/050130.2 freigegeben. Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gemäß § 47 Abs. 5 des Statutes der Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr, gibt es hiezu eine Wortmeldung? Auch nicht der Fall, ist jemand gegen den Antrag oder übt

jemand Stimmenthaltung? Ist nicht der Fall, der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT
ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

31) Bau 3 - 3047/89
Leitnerstiege, Sanierung und Neuerrichtung;

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stütz- bzw. Brüstungsmauern der Leitnerstiege weisen so starke Bauschäden auf, daß eine Generalsanierung dringend erforderlich ist. Der Vergabe der im Herbst vorgesehenen Sanierungsarbeiten an der Leitnerstiege in der Höhe von S 914.928,-- incl. 20 % MWSt. an die Fa. Erdbau Auinger, sowie der erforderlichen Mittelfreigabe in Höhe von S 380.000,-- bei VAST. 5/6121/002790.1 wird zugestimmt. Für die restliche Finanzierung in Höhe von S 535.000,-- ist 1994 ein gesonderter Mittelfreigabeantrag vorgesehen.

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Ist nicht der Fall, gibt es Einwendungen oder Stimmenthaltungen? Ist nicht der Fall, der Antrag ist ebenfalls einstimmig beschlossen.

STADTRAT
ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

32) Bau 3 - 134/93
Rückbau der Gleinker Hauptstraße im Bereich des

Klosters, BA 1; Vergabe der
Arbeiten und Mittelfreigabe von
S 2,0 Mio bei VAST.
5/6120/002060.1;

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB
III/FA Tiefbau vom 17. August 1993
wird dem Rückbau der Gleinker
Hauptstraße von der Klosterstraße bis
zur Gleinkerbachbrücke zugestimmt
und der Auftrag zur Durchführung der
hiefür erforderlichen Arbeiten an die
Fa. Ferro-Betonit-Werke AG, Linz zu
den reduzierten Baukosten von S 2,0
Mio. inkl. MWSt. übertragen. Zum
genannten Zweck werden Mittel in
Höhe von S 2.000.000,-- bei VAST.
5/6120/002060.1 freigegeben.

Ich bitte auch hier um Ihre
Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Wird dazu das Wort gewünscht? Herr
Gemeinderat Strasser? Kein
Interesse? Ist jemand gegen den
Antrag? Ist nicht der Fall.
Stimmenthaltung? Wird auch nicht
geübt, der Antrag ist einstimmig
beschlossen.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Beim nächsten Antrag geht es um die
Flächenplanwidmungsänderung Nr.
77.

33) Bau 2 - 6190/89
Flächenwidmungsplanänderung
Nr. 77 - Bürgerliche Brauerei
Steyr;

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Gegenständliche
Flächenwidmungsplanänderung Nr. 77
- Bürgerliche Brauerei Steyr, wird
entsprechend den Plänen des
Stadtbauamtes vom 14. Dezember
1989 sowie nach Maßgabe des
Amtsberichtes des Baurechtsamtes
vom 25. August gemäß § 23 des OÖ.
Raumordnungsgesetzes, LGBl. Nr.
18/1972 idgF., beschlossen.

Ich bitte auch hier um Ihre
Zustimmung.

**BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:**

Dazu eine Wortmeldung? Nicht der
Fall, gibt es Einwendungen oder
Stimmenthaltungen? Ist nicht der Fall,
der Antrag ist einstimmig beschlossen.

**STADTRAT
ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:**

34) Bau 2 - 95/93
Aufhebung des Bebauungsplanes
Nr. 11 - Pachergasse;

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Gegenständlicher Bebauungsplan Nr.
11 - Pachergasse - wird entsprechend
den Plänen des Stadtbauamtes vom
29. Jänner 1993 sowie nach Maßgabe
des Amtsberichtes des
Baurechtsamtes vom 25. August
gemäß § 23 Abs. 2 und 3 des OÖ.

Raumordnungsgesetzes, LGBl. Nr.
18/1972 idgF., beschlossen.

**BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:**

Dazu eine Wortmeldung? Nicht der
Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag
oder über jemand Stimmenthaltung?
Ist auch nicht der Fall, auch dieser
Antrag ist einstimmig beschlossen.

**STADTRAT
ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:**

35) Bau 2 - 96/93
Bebauungsplan Nr. 61
"Pachergasse II";

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Gegenständlicher Bebauungsplan Nr.
61 - "Pachergasse II" wird
entsprechend den Plänen des
Architekturbüros Achhammer-Tritthart
und Partner vom 15. Dezember 1992
sowie nach Maßgabe des
Amtsberichtes des Baurechtsamtes
vom 23. August 1993 beschlossen.

Ich bitte auch hier um Ihre
Zustimmung.

**BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:**

Zu diesem Antrag ist Herr Kollege
Eichhübl zu Wort gemeldet, ich erteile
es ihm.

**STADTRAT
ROMAN EICHHÜBL:**

Meine Damen und Herren des
Gemeinderates, werte Herren
Bürgermeister! Ich möchte nur in
kurzer Form das wiederholen, was ich

bereits in der Finanz- und Rechtsausschußsitzung am Montag gesagt habe, als erstmals dieser Antrag zur Vorlage in ein Gremium gelangt ist. Ich darf, auch hier sagen, daß ich mit Bedauern festgestellt habe, daß von seiten des Bauwerbers nunmehr aus wirtschaftlichen Überlegungen eine Verzögerung eintritt. Ich habe daher im Finanz- und Rechtsausschuß die Frage gestellt, die ich hier wiederhole, ob denn nicht eine gewisse Verzögerung, von wem auch immer diese Verzögerung ausgelöst wurde, bei der Einreichung der Pläne, die ja sehr alt sind, eingetreten ist und das die Firma veranlaßt haben könnte, sich etwas zurückzuziehen. Natürlich hat sich die wirtschaftliche Situation geändert, aber das bestätigt nur meine Annahme, wenn man damals rascher der Firma die Zustimmung gegeben hätte, unter gewissen Voraussetzungen natürlich, dann wäre dort diese Baulücke, so meine ich, bereits geschlossen. Im Zusammenhang dazu möchte ich auch sagen, daß man, glaube ich, schon hier die Sache dem Stadtensemble und das Dazupassen etwas zu übervorsichtig behandelt hat, denn im selben Straßenzug gibt es ein Großkaufhaus, das aufgestockt hat, und das, wie ich annehme, lediglich die grauen Wortträger grün streichen wird, und das paßt auch nicht ganz gut zu dem Stadtgebiet und zu diesem Straßenzug.

**BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:**

Gibt es eine weitere Wortmeldung?
Schlußwort? Der Herr Referent.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ja ich möchte an und für sich dazu sagen, daß sich dieses Projekt fünfmal im Gestaltungsbeitrag befunden hat.....

Zwischenruf:

viermal

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Nein fünfmal glaube ich, nach meiner Erinnerung waren es fünfmal aber bitte, ob viermal oder fünfmal ist letztendlich belanglos..... in einem Gestaltungsbeitrag, der ja sehr vehement von Fatalen gefordert wird, und wenn jetzt, wie vom Kollegen Eichhübl, das Projekt "Garagenaufstockung Merkurmarkt" kritisiert wird, dann muß ich sagen, dann ist halt: ein Gestaltungsbeirat hat eine Meinung und zwei Gestaltungsbeiräte haben drei Meinungen. Wir haben das schon festgestellt und es ist nicht ganz unproblematisch, ich bin auch mit der Lösung, die hier im gegebenen Fall und in einem vorgelegten Projekt, die der Gestaltungsbeirat trotz wiederholter Begutachtung getroffen hat, nicht glücklich und persönlich nicht einverstanden, aber wir haben uns eben dieses hochrangige Architektengremium gewünscht und auch installiert, unsere größeren und sehr wichtigen Projekte zu begutachten und daher haben wir auch diesen Intensionen so zu

entsprechen. Wir haben das einmal nicht gemacht, ich denke hier an das Parkdeck, und schon war ein großes Lammento und Geschrei, obwohl wir ein ganz hochrangiges und hervorragendes, ich möchte fast sagen, "Obergutachten" haben dafür, und ich glaube, es müssen die Mandatare, es muß der Gemeinderat verantwortungsbewußt entscheiden, wenn er zur Überzeugung kommt, daß auch ein Gestaltungsbeirat einmal eine andere Meinung hat, die nicht dem Stadtbild, den Nuancen oder dem gesunden und guten Geschmack entspricht. Hätten wir es bei den anderen gemacht, wären wir vielleicht von manchen unschönen Bauwerken in unserer Stadt verschont geblieben. Ja, soweit mein Schlußwort, aber im wesentlichen, die Verzögerung bitteschön, die Du da angeschnitten hast, war an und für sich technischer Natur. Ich muß auch dazu sagen, daß die Vertreter und Architekten dieser Firmengruppen die ersten zwei- oder dreimal überhaupt nicht bereit waren, auch nur einen Strich zu ändern und dasselbe Projekt vollkommen unverändert wieder vorgelegt haben. Daher auch die oftmalige Vorlage im Gestaltungsbeirat.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, das war das Schlußwort, der Antrag steht zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr, Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig beschlossen. Ich danke dem Kollegen Schloßgangl für

seine Bemühungen. Nächster Berichterstatter ist Herr Stadtrat Tatzreiter.

BERICHTERSTATTER

STADTRAT

LEOPOLD TATZREITER:

In meinem ersten Antrag geht es, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Herren Bürgermeister, um den Löschzug III der Freiwilligen Feuerwehr.

36) Bau 5 - 2224/90

FFW Stein, Löschzug III, Vergabe der Arbeiten, Mittelfreigabe und Bewilligung einer Kreditüberschreitung;

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 5. 7. 1993 wird der Vergabe von Feuerwehreinrichtungsgegenständen, Fliesenleger- und Malerarbeiten wie folgt zugestimmt:

1. Schlauchwaschanlage

Fa. Rosenberger, Linz
S 267.066,-- brutto

2. Mannschaftsspinde

Fa. Wagner, Volders
S 64.285,80 brutto

3. Fliesenlegerarbeiten

Fa. Oberlininger, Steyr
S 147.697,-- brutto

4. Malerarbeiten und Einrichtungsgegenstände:

Materialaufwand
S 82.500,-- brutto

Zu diesem Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von S 561.600,-- bei VASSt. 5/1630/010030.7 bewilligt. Die Deckung der Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Infolge der Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47 (5) des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Weil es auch um die Einwinterung gegangen ist bzw. Fertigstellung und die Eröffnung im Zusammenhang der 100-Jahr-Feier, die meisten haben sich überzeugen können, es war ein schönes Fest, ich darf mich bei allen Mandataren bedanken, daß Sie mit dabei waren und bitte daher auch der Dringlichkeit die Zustimmung zu geben. Bitte um Abstimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, wünscht jemand das Wort zu diesem Antrag? Ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag oder übt jemand Stimmenthaltung? Ist auch nicht der Fall, der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT

LEOPOLD TATZREITER:

Bei meinem nächsten Antrag geht es um die Sanierung der Stadtmauer.

37) Bau 5 - 1722/85

Sanierung der Stadtmauer im Bereich der Musikschule (Stadtgraben) Vergabe der Arbeit

und Bewilligung einer Kreditüberschreitung;
Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der GB III/FA Hochbau vom 16. 8. 1993 wird der Auftrag für die Sanierung der Stadtmauer im Bereich der Musikschule an die Fa. Josef Neuböck Steinerkirchen zum Preis von brutto S 839.435,38 vergeben. Zum genannten Zweck wird der Bewilligung einer Kreditüberschreitung in Höhe von S 419.750,-- für den 50 %igen Anteil der Stadtgemeinde Steyr bei VASSt. 5/3200/006000.6 zugestimmt. Die Deckung der Mittel hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Infolge der Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte auch in dem Zusammenhang die Darlehensaufnahme zu genehmigen bzw. der Dringlichkeit die Zustimmung zu geben. Ich ersuche um Abstimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, wird zu dieser Materie das Wort gewünscht? Ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag oder übt jemand Stimmenthaltung? Ist auch nicht der Fall, der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT

LEOPOLD TATZREITER:

Im nächsten Fall geht es um die Anmietung von Räumlichkeiten im Gebäude der Volksbank Steyr.

38) GHJ 2 - 80/93

Anmietung von Räumlichkeiten im Gebäude der Volksbank Steyr, Stadtplatz 31;

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der Magistratsdirektion, Rechtsreferat, vom 1. Juli 1993 wird dem Abschluß eines Mietvertrages mit der Volksbank Ybbstal-Steyr zur Anmietung aufgezeigten Bedingungen zugestimmt.

Gemäß § 47 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr 1992 wird der Magistrat Steyr infolge Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Es geht hier um die Verwirklichung des Raumkonzeptes dem Magistrat entsprechend, und es hat sich die Volksbank Ybbstal-Steyr hier angeboten und für das erste und zweite Obergeschoß, das dort frei ist, wäre genau das Platzangebot was wir bräuchten. Hier gibt es im 2. Obergeschoß bzw. im 2. Stockwerk den m² Preis von S 100,-- bzw. im 1. Stock von S 150,--/m². Ich darf auch sagen, daß die Gesamtfläche etwa 400 m² betragen wird. Auch die Verbesserungen der Eingangssituation usw. im Stiegenaufgang werden auf Kosten der Volksbank, nämlich S 600.000,-- bis S 700.000,-- durchzuführen sein und aufgrund der zu übernehmenden Kosten - nämlich

durch die Volksbank - die Absicht zu erklären, daß in beiderseitigem Einverständnis die Kündigungszeit von mindestens 10 Jahren eingeräumt ist. Ich darf bitten, dem die Zustimmung zu geben und ersuche auch dies zu beschließen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, zu Wort gemeldet ist der Herr Vizebürgermeister Pfeil. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Hier heißt es im Antrag: zur Verwirklichung eines Raumkonzeptes für den Magistrat Steyr. Ich frage Sie, Herr Referent, Herr Kollege Tatzreiter, wo ist das Raumkonzept? Zweitens wer, welche Abteilungen sollen in diesen angemieteten Räumen Platz finden? Was soll mit diesen anderen Räumlichkeiten passieren? Es ist bis heute kein Gespräch gewesen. Das Raumkonzept, ist mir berichtet worden, kommt irgendwann einmal im Oktober, jetzt mieten wir Räumlichkeiten an. Wenn schon soviel von der Zusammenarbeit gesprochen wird, dann sollten doch die betroffenen Referenten, wen das Fach betrifft, auch miteingeschlossen werden in die Verhandlungen, genauso wie es bei der Geschäftseinteilung im Juli d. J. passiert ist. Ich habe im Juli gebeten, daß ich einbezogen werde in die Gespräche, die mein Referat betreffen. Es ist vier Tage vor der Beschlußfassung im Stadtsenat ein

beschlußfertiges Papier gekommen. Meine Damen und Herren, so stelle ich mir eine Zusammenarbeit wirklich nicht vor. So kann es nicht gehen und wenn der Herr Magistratsdirektor dann per Leserbrief heute in der Steyrer Zeitung schreibt, nur das miteinander Reden, das gegenseitige Akzeptieren von Meinungen und Ansichten und das gemeinsame Erarbeiten von Zielen können meiner Ansicht nach dazu führen, daß man Anerkennung erntet, dann erwarte ich mir hier wirklich eine andere Zusammenarbeit mit dem politischen Referenten, der ja auch verantwortlich ist für den Bereich. Es kann nicht sein, die eine Abteilung wird jetzt plötzlich abgesiedelt, und das ist so. Und dann bitte schön, wo ist das Raumkonzept? Ich habe bis jetzt keines bekommen, vielleicht kommt wieder 3 Tage vor der Beschlußfassung so ein Konzeptpapier daher, wo man nichts mehr ändern kann. Nebenbei sind die betroffenen Bereichsleiter auch nicht vollständig informiert worden bzw. sind auch vor vollendete Tatsachen gestellt worden. So stelle ich mir auch nicht das Ende einer Organisationsanalyse eines Magistrates vor. Ein ganz klares Nein zu diesem Antrag, danke.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Eine weitere Wortmeldung durch den Herrn Stadtrat Schloßgangl, ich erteile ihm das Wort.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Ich glaube, es ist wirklich an der Zeit, daß über das Raumkonzept im Hause gesprochen wird. Ich vermisse auch eine öffentliche, zumindestens im Stadtsenat stattfindende Diskussion. Es ist zwar eine Angelegenheit des inneren Dienstes, und der Herr Magistratsdirektor hat das veranlaßt, und der Projektleiter sitzt ja auch vor uns, Dr. Alphasamer. Ich kenne dieses Raumkonzept einigermaßen, ich habe mich dafür interessiert und ich muß sagen, lieber Dr. Pfeil, es ist halt die Information nicht nur eine Bringsondern auch ein Holschuld und ...

Zwischenruf von Herrn Vizebürgermeister Dr. Pfeil:

Ich habe versucht eines zu bekommen, es ist mir aber leider nicht gelungen eines zu bekommen.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Daher muß ich sagen, man muß sich ein bißchen darüber informieren. Es ist natürlich, ich möchte nicht in die Details jetzt eingehen, es ja auch nicht unbedingt ein Tagesordnungspunkt, sondern es ist hier angezogen worden, es kostet sicherlich nicht wenig Geld. Wir haben uns aber voll zu der Organisationsanalyse des KDZ's bekannt, und daher bekenne ich mich auch zu diesem Konzept, natürlich sollte darüber noch gesprochen werden. Was ich hier einbringen möchte, ganz bewußt heute, wir haben ja seit fast 2 Jahren gefordert, daß die Fraktionen ein Büro hier im Rathaus

bekommen sollen und werden. Unsere Zusage ist seit einem Jahr überfällig, und ich möchte daher den Herrn Bürgermeister sehr dringlich ersuchen, hier eine Lösung zu suchen und zu finden, gemeinsam mit dem Herrn Magistratsdirektor. Ich habe zwar als Baustadtrat ein kleines Baubüro in dem ich mich an und für sich ganz wohl fühle - es ist sehr sonnig und schön - aber insgeheim eine große Bedrückung verspüre, weil meine Techniker ganz dicht gedrängt, fast aufeinandersitzend, ohne sich richtig rühren und zeichnen zu können, eigentlich sehr beengt arbeiten müssen und ich ein schlechtes Gewissen bekomme, wenn ich hier 3 oder 4 mal in der Woche einige Stunden in dem Büro verbringe. Ich bin natürlich selbstverständlich gerne bereit, dieses Büro zur Verfügung zu stellen, sobald wir ein entsprechendes Fraktionsbüro bekommen, und ich spreche hier auch für die GAL, die haben zwar in der Zwischenzeit eine Lösung bekommen, wo sie vorübergehend ihre relativ kleinen Fraktionsbesprechungen abhalten können, aber wir brauchen einen Raum, wo wir einen Besprechungstisch für mindestens zwölf Leute unterbringen können. Ja, das wäre es eigentlich dazu. Bitte, über die Umbaumaßnahmen im Hause sollte man reden, sollte man ehest diskutieren, weil die Kosten wirklich nicht unerheblich sind und sie irgendwann auch vermutlich eines Beschlusses im Stadtsenat oder im Gemeinderat bedürfen, und da wäre

eine entsprechende zeitgerechte Information sicher von Nöten.

Unverständliche Zwischenrufe:

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es eine weitere Wortmeldung zum Thema? Das ist nicht der Fall. Also ich möchte sagen, die Raumkonzeption ist ja alles andere als eine einfache Angelegenheit. Fest steht aber, daß hier alle Fraktionen die Forderungen erhoben haben, nach den Wahlen, daß sie geeignete Beratungsräumlichkeiten benötigen und wir versprochen haben, daß wir diesen Wünschen entgegen kommen. Ich möchte sagen, daß Übereinstimmung geherrscht hat in der Fraktionsvorsitzenden-Konferenz, daß wir auf dieser Ebene, auf der wir uns befinden, die sogenannte politische Ebene machen. Hier sind die Bürgermeisterbüros, hier ist der Gemeinderatssitzungssaal, der Stadtsenatssitzungssaal, der Festsaal, und es sollen auch hier die Räumlichkeiten sein, in denen sich die Fraktionen bei ihren Besprechungen aufhalten können. Benachteiligt sind momentan die ÖVP und die FPÖ Fraktion, die haben nämlich keine eigenen Fraktionsräumlichkeiten und keine ausreichend großen Büros. Die ÖVP sagt natürlich, der Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil und der Bürgermeister Leithenmayr und der Vizebürgermeister Sablik haben zumindest Büros und können dort entsprechende Beratungen und Besprechungen mit ihren Fraktionen

abhalten. Die Gemeinderats- bzw. Stadtsenatssitzungsräumlichkeiten alleine sind nicht ausreichend, zum Teil auch durch Sitzungen besetzt. Die grüne Fraktion hat ein kleines Büro, das allerdings auch nicht optimal ist und nicht am richtigen Platz. Also wir haben uns dazu bekannt, diese Ebene auszubauen, für die Kommunikation auch innerhalb der Fraktionen. Das ist in Wahrheit auslösend dafür, daß wir in der Nähe Räumlichkeiten benötigen, weil diese Umbaumaßnahmen, die notwendig sind zur Schaffung neuer Räumlichkeiten, auf dieser Ebene, für den erwähnten Zweck, das setzt voraus, daß wir uns Luft verschaffen, und daher müssen wir zumindest temporär aus dem Haus hinausgehen mit bestimmten Aktivitäten. Es gibt mehrere Vorschläge welche Abteilungen dorthin kommen können. Wir haben aber die Option nicht auf ewig von der Volksbank, in diesem nahegelegenen Gebäude geeignete Räumlichkeiten anzumieten, und der Vorstand der Volksbank hat uns also mitgeteilt, daß wir eine rasche Entscheidung herbeiführen müssen. Es gibt also keine Alternative dazu. Ich persönlich freue mich nicht, wenn wir neue Räumlichkeiten anmieten müssen, aber es geht kein Weg daran vorbei. Persönlich glaube ich, daß wir im Verwaltungsbereich bei der Verfolgung und Realisierung dieses Raumkonzeptes genauso vorgehen sollten, als wie wir es bereits getan haben, beim Ankauf des Kommunalzentrums, wo wir die ganzen wirtschaftlichen Aktivitäten unter einem Dach zusammenfassen.

Es soll zum Schluß so sein, es wird nicht ganz so funktionieren, aber das ist eine Perspektive, da sehe ich schon ein Dezennium etwa bis das realisierbar ist, daß hier im Haus die Hoheitsverwaltung stattfindet und ein zweiter Standort für den Rest der Verwaltung irgendwie gesucht werden soll. Und diese vielen Standorte an vielen Plätzen sind also denkbar ungeeignet, weder günstig für den Bürger noch günstig für die administrativen Abläufe, und daher sollten wir mit dem Raumkonzept in diese Richtung marschieren. Nicht so begeistert bin ich davon, daß Sie zum Beispiel meinen, Herr Dr. Pfeil, wir sollten auf jeden Fall die Bücherei in das Gerichtsgebäude, in das ehemalige, also in das Hartlauer Haus verlagern, weil dort laufende Kosten anfallen würden, die doch sehr beträchtlich sind und zu dem noch hohe Investitionskosten. Ich bin der Auffassung, darüber müssen wir natürlich auch im Zusammenhang mit dem Raumkonzept diskutieren, daß hier Aktivitäten, die die Gemeinde langfristig zu setzen gedenkt, in eigenen Räumlichkeiten oder Gebäuden durchzuführen wären. Zu dem ist nicht gesagt, daß der Standort für die Bibliothek ein viel besserer ist, als der in der Bahnhofstraße. Der Standort selbst scheint mir nicht schlecht zu sein. Ob die Aktivitäten im ersten Stock weiter zu betreiben sein sollten, darüber gibt es sehr unterschiedliche Auffassungen. Ich neige auch dazu, daß ich meine, daß wir nicht unbedingt ein Hotel betreiben müssen an diesem Platz. Hier gebe es

vielleicht andere Möglichkeiten, und man müßte das durchaus überlegen, mit welchem Aufwand wir eine Straffung unserer Verwaltungsaktivitäten vornehmen, um weniger Standorte zu machen und in die Richtung zu marschieren, daß wir zum Schluß an zwei Standorten unsere Verwaltung auch abführen und die wirtschaftlichen Aktivitäten an einem Standort, dort sind wir schon etwas weiter. So stelle ich mir jedenfalls die Vorgangsweise vor und es ist richtig, daß darüber wirklich intensiv zu beraten ist. So, Herr Eichhübl, bitte.

**STADTRAT
ROMAN EICHHÜBL:**

Nachdem der Herr Bürgermeister in seiner Wortmeldung, meine Damen und Herren des Gemeinderates, die Anmietung von Räumlichkeiten außerhalb des Magistratsgebäudes in Zusammenhang gebracht hat mit den Anforderungen der Fraktionen auf eigene Räumlichkeiten, möchte ich doch ein paar Sätze deshalb hinzufügen, weil das noch in die Zeit meiner Fraktionsobmannschaft fällt und ich bei den Gesprächen dabei war. Ich möchte wirklich sehr deutlich sagen, daß am allerwenigsten Anforderungen von Seiten der FPÖ gekommen sind, weil wir die Situation so gesehen haben, daß wir im Raum, wo Herr Dr. Pfeil sein Büro hat, die Möglichkeit haben, auch dort die Fraktion tagen zu lassen. Wir haben auch sehr deutlich gesagt, daß die ÖVP benachteiligt ist aufgrund der Veränderung im Stadtsenat und

aufgrund der veränderten oder anders zugeordneten Räumlichkeiten und haben damals auch gesagt, daß, wenn Fraktionen eigene Räumlichkeiten bekommen sollen, selbstverständlich auch die kleinste Fraktion davon nicht ausgeschlossen werden soll. Aber was mich auch zu meiner Wortmeldung bewegt, ist die Darstellung vom Stadtratkollegen Schloßgangl über sein Büro hier im Bauamt, wo er ein schlechtes Gewissen hat. Mir ist es ähnlich ergangen, ich habe nämlich bis heute noch keinen eigenen Raum wo ich auch nur einen Aktenordner hinlegen könnte. Wie gesagt, nicht nur der Raum steht mir zur Verfügung und zwar auch deshalb, weil ich ein schlechtes Gewissen gehabt habe, weil die Räumlichkeiten in der Färbergasse so beengt sind, daß wenn ich jetzt einen Raum beanspruchen würde, die einzige Möglichkeit die wäre, daß man eventuell vom Gefolgschaftsraum etwas wegzwickt. So war das damals, nach Begehung dieser Räumlichkeiten - und der Kollege der dort tätig ist, wird das bestätigen können - im Gespräch, und daher habe ich verzichtet. Ich hoffe, daß sich einmal die Gelegenheit ergeben wird, daß auch ich irgendwo einen Schreibtisch unterbringen werde können, aber es wird sicherlich dann nicht so sein, daß ich deswegen dann dort Tag und Nacht meine Zeit verbringe, sowie das der Kollege Sablik gerne gehabt hätte. Das wird mir, auch wenn ich einen eigenen Schreibtisch habe, nicht möglich sein.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:
Weitere Wortmeldungen? Nicht vorhanden. Es ist richtig, das habe ich vergessen zu sagen. Die Arbeitsbedingungen für die Stadtsenatsmitglieder sind auch nicht optimal. Keiner hat eigentlich einen Platz, wo er ein bißchen seine Arbeiten im Haus verrichten kann. Aber der Unterschied ist ja der, daß hier die ÖVP keine geeignete Räumlichkeit hat für ihre Fraktionsaufgaben und das einzelne Senatsmitglied, also jeder von uns, mit Ausnahme der Bürgermeister, hat hier seine Probleme in Wirklichkeit. So, das Schlußwort Herr Referent.

Zwischenruf von Herrn Vizebürgermeister Dr. Pfeil:

Herr Bürgermeister, ich würde bitten, daß dieses Schlußwort als Wortmeldung gewertet wird, weil ich habe noch keine Antwort auf meine Fragen. Ich möchte, wenn es nicht ausreichend ist, noch einmal zu Wort kommen.

**BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:**

Es gibt nur ein Schlußwort und dann gibt es keine Wortmeldung mehr, was war daher die Frage?

**VIZEBÜRGERMEISTER
DR. LEOPOLD PFEIL:**

Das Raumkonzept, wo ist es? Wo kommen die Räumlichkeiten hin? Wer kommt hin? Wann kommt wer hin? Wann kommt wo wer hin? Was ist mit den Räumen die hier ausfallen, was passiert hier? Ich habe kein

Raumkonzept bis jetzt gesehen, gibt es eines oder gibt es keines?

**BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:**

Wir sind dabei, das ist doch heraus

**VIZEBÜRGERMEISTER
DR. LEOPOLD PFEIL:**

Ich möchte es vom Referenten wirklich gerne haben.

**BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:**

Sie können sich vieles aussuchen, aber nicht, ob ich mir erlaube irgend etwas zu erläutern. Jetzt habe ich mich schon so bemüht auf die.....

**VIZEBÜRGERMEISTER
DR. LEOPOLD PFEIL:**

Herr Bürgermeister bitte sagen Sie mir, wer soll dort einziehen?

**BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:**

Schauen Sie, da machen wir jetzt folgendes: Nachdem es eine Sache des inneren Dienstes ist, hier dieses Raumkonzept zu erstellen und dieses in Arbeit ist und ich gesagt habe, es gibt verschiedene Möglichkeiten - aber wir haben die Option, dort diese Räumlichkeit zu mieten, daran gibt es ohnehin keinen Weg vorbei, nur mehr kurzfristig, und daher mußten wir entscheiden - möchte ich vielleicht ganz kurz bitten, weil es ja noch nicht völlig festgelegt ist, welche Aktivitäten wirklich dorthin kommen, aber welche in Betracht gezogen sind dorthin zu

kommen, Herr Magistratsdirektor, vielleicht kannst Du mit einigen Sätzen das Informationsbedürfnis des Herrn Vizebürgermeisters befriedigen.

**MAGISTRATSDIREKTOR
DR. KURT SCHMIDL:**

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, werte Mitglieder des Gemeinderates! Wir haben eine Projektgruppe im Magistrat eingesetzt, die sich mit der räumlichen Verteilung der einzelnen Organisationseinheiten auf die verschiedenen Amtsbereiche beschäftigt hat. Dieser Projektgruppe stand der Präsidialdirektor Dr. Alphasamer vor, darin war auch der Organisationsbeauftragte Mag. Andreas Pöchlhacker, der Herr Architekt Heribert Flaschker vom Hochbau, der Herr Ingenieur Fritz Weber von der Liegenschaftsverwaltung und der Herr Ingenieur Horst Seitlinger von der Personalvertretung, und diese Projektgruppe hat einige Vorschläge ausgearbeitet, wie sinnvoller Weise die einzelnen Geschäftsbereiche im Hause jetzt verteilt werden könnten und wie die Nutzung im Volksbankgebäude vor sich gehen könnte. Als eine der Lösungen dieser Projektgruppe ist herausgekommen, daß es möglich wäre, die Kulturabteilung, also Kultur, Bildung und Sport, im Volksbankgebäude unterzubringen. Eine weitere Möglichkeit wäre, die Finanzabteilung mit der Steuervorschreibung dort unterzubringen und es wäre auch eine Möglichkeit, die zwar jetzt nicht angeführt ist, aber in den Diskussionen - und das Papier ist

wirklich noch nicht ausgereift, daß man das jetzt einfach so präsentieren kann - aber in den Diskussionen ist auch miteingebracht worden, ob nicht vielleicht auch die Bezirksverwaltung untergebracht werden könnte und je nachdem welche dieser Geschäftsbereiche jetzt in die Volksbank kommt, würden sich dann die Umgruppierungen hier im Hause gestalten.

**BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke Herr Dr. Schmidl. Noch einmal eine Wortmeldung? Herr Dr. Pfeil.

**VIZEBÜRGERMEISTER
DR. LEOPOLD PFEIL:**

Danke für die teilweise Aufklärung, aber es ist natürlich nicht befriedigend. Ich höre hier nur Kulturabteilung, z. B. wenn die Kulturabteilung hinkommt, dann möchte ich schon darauf hinweisen, daß die Kulturabteilung dann eben den Standort Rathaus verläßt und gerade Sie, Herr Bürgermeister, haben gesagt, das Dezentralisieren ist schlecht. Alle diese ganzen Gebiete gehören zusammengefaßt, wo der Bürger etwas vom Rathaus will. Das Kulturamt hat nachweislich mit der Volkshochschule die höchste Publikumsfrequenz. Was das bedeutet, wenn die woanders sind. Ich höre das erstmal, daß die Staatskasse/ Finanzabteilung - Stadtkassa vielleicht auch - hinüberkommt.....

Zwischenruf von Herrn Dr. Schmidl:

Variante!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Entweder oder? Wenn das nicht der Fall ist, wenn nicht beide Abteilungen hinüberkommen heißt das, daß die Abrechnungsmodalitäten sehr schwierig werden. Die Volkshochschule hat sehr viel mit Geld zu tun, wie sie das täglich dann mehrmals rüber zum Stadtplatz 27 schaffen, das ist für mich ein Beispiel für eine nicht gewünschte oder nicht gute Dezentralisierung, und gerade Sie wollen das ja auch nicht. Und noch einmal Herr Magistratsdirektor: Unter Zusammenarbeit stelle ich mir wirklich etwas anderes vor. Es sind zwei meiner Ressorts betroffen und Sie haben mir seit Juni nichts darüber gesagt. Im Juli habe ich Sie noch einmal gebeten, Sie sollen mir Antwort darauf geben. Sie haben auch bis heute nicht mitgeteilt, auch alle meine anderen Fragen unbeantwortet gelassen. Ich habe es schon schriftlich gemacht, nachdem Sie mir keine Antwort gegeben haben über personelle Dinge hier im Hause - keine Antwort. Es nützt offensichtlich nichts, wenn ich mir einen Gesprächstermin bei Ihnen gebe und der Herr Bürgermeister ist für Sie verantwortlich, ich kann nichts machen, wenn das so ist, ich muß es zur Kenntnis nehmen. Aber ich werde diese Vorgangsweise nicht lange akzeptieren. Danke.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Herr Dr. Pfeil, Sie haben also auf Ihr Informationsbedürfnis hingewiesen, aber es ist natürlich schwierig in einer Phase der Beratung - Sie wollen immer abschließende Dinge haben und dann steht es am nächsten Tag in der Zeitung, weil Sie müssen immer Ihre Meldungen absetzen, das ist natürlich problematisch, ich möchte nämlich auch nicht haben, daß ganze Abteilungen ununterbrochen verunsichert werden, weil sie nicht wissen, wer wird denn letztendlich in irgendeiner Weise verlagert. Die Verlagerung muß aber stattfinden und natürlich muß man überlegen, ist es klug hier Abläufe, die Veränderung von solchen Abläufen ins Auge zu fassen oder nicht. Jedenfalls das KDZ hat ja vorgeschlagen, gewisse Aktivitäten räumlich auch zueinander anders zu ordnen, als es bisher ist, weil es historisch gewachsen ist und sich hier gewisse Veränderungen ergeben haben. Wir wollen, wenn wir eine Veränderung machen, die Dinge eher besser gestalten, sonst würden wir es ja nicht tun. Aber es ist nicht unbedingt eine Sache des politischen Gremiums, den inneren Dienst zu organisieren, das können Sie nämlich nicht tun, weil ich kann es auch nicht. Man kann das nämlich nicht machen aus der Distanz und als Teilzeit hier Tätiger. Das ist nicht möglich, ich bin auch nicht in der Lage, das alles zu überblicken, wie das funktioniert. Dafür gibt es hochqualifizierte, hochrangige Beamte, Geschäftsbereichsleiter, die das hier ausdiskutieren müssen. Es ist noch nicht ausdiskutiert und es ist noch nicht endgültig, aber die

Volksbank sagt: entweder mietet jetzt oder mietet nicht, und dann kann ich aber nicht mehr warten. Fest steht, daß man diese Räumlichkeiten in dem Ausmaß benötigen wird. Ganz gleich was dann endgültig hinkommt, und das wird natürlich noch auszudiskutieren sein, und es kann auch nicht mehr lange dauern. Und nun möchte ich dem Herrn Referenten das Wort zu seinem Schlußwort erteilen.

STADTRAT

LEOPOLD TATZREITER:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, Herr Dr. Pfeil!

Ich vermeine vielleicht auch, daß Sie die Zeitungsmeldung, die Sie abgesetzt haben, mit den 200 zuviel Beschäftigten im Magistrat, möglicherweise mitberücksichtigen möchten. Ich glaube aber, daß das Raumkonzept überhaupt und insgesamt eine Frage für alle Fraktionen, ich meine das gilt für alle Fraktionen, so demokratisch müssen wir sein, daß man, wenn man selber ein ordentliches Kammerl hat, daß man den anderen auch etwas zubilligt. Das ist unsere Auffassung. Es wäre natürlich zweckmäßig, wenn Sie sich - und jetzt spreche ich Sie direkt an - möglicherweise mit den anderen Fraktionsvorsitzenden zusammensetzen und auch über diese Dinge sprechen, weil Sie haben gewußt, daß es ein Raumkonzept oder eine Erstellung dieses gibt, dieses aber in den inneren Dienst fällt und daher fällt mir nur insofern zu, daß ich hier, weil es in die Liegenschaft

hineinfällt, ich den Antrag zu stellen habe. Aber an und für sich ist es innerer Dienst, wo was hinkommt und daß eine Verbesserung und eine aneinandergereihte bessere Ablaufmöglichkeit sozusagen gestaltet werden soll, das ist glaube ich, unbestritten. Das würde auch zur Kostenminimierung beitragen. Ich meine nur, wir sollten all diese Dinge schon berücksichtigen. Noch einmal - Änderungen sind möglich, Sie haben es schon gehört, es ist schon gesagt worden, daß die Kulturabteilung bzw. Bezirksverwaltung, aber auch die Finanzabteilung möglicherweise damit gemeint ist, aber es sind immer noch Änderungen und es heißt immer nur "oder" und nicht "alles" ausverlagern, sondern wenn man etwas hinausverlagert, dann muß es so viel sein, daß man herinnen Platz hat, das andere besser zu gestalten und die Abläufe zu optimieren. Ich darf trotzdem jetzt um die Abstimmung bitten.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung, danke sehr. Wer ist gegen diesen Antrag?

4 Gegenstimmen (FPÖ), der Antrag ist mit Mehrheit angenommen! Stimmenthaltung wird geübt. (1 Stimmenthaltung)! (FPÖ)

Unverständlicher Zwischenruf und Gelächter!

Sehr interessant, differenziertes Stimmverhalten. Danke sehr, nächster Antrag bitte sehr.

STADTRAT

LEOPOLD TATZREITER:

Im nächsten Antrag geht es um die

39) Ha - 186/93

Genehmigung von Kredit-
Überschreitungen für das
Finanzjahr 1993;

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Bürgermeisterverfügung vom 6. August 1993, mit welcher wegen Dringlichkeit die Aufträge für die Lieferung und den Umbau von Büromobiliar in allen vier Amtsgebäuden bis Ende des Jahres 1993 zu erteilen sind, wird hiermit genehmigt. Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Liegenschaftsverwaltung vom 6. August 1993 werden zur Durchführung verschiedener Ankäufe, Instandhaltung und Umbau von Büromobiliar im Rechnungsjahr 1993 bei folgenden Haushaltsstellen Kreditüberschreitungen im nachstehend angeführten Ausmaß wie folgt zugestimmt:

S 300.000,-- bei der VA-Stelle
1/0290/042000.5

S 200.000,-- bei der VA-Stelle
1/0290/400000.1 und

S 100.000,-- bei der VA-Stelle
1/0290/618000.9.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Erstens geht es um die - und ich habe es schon erwähnt - um die Herauslösung verschiedener Abteilungen und Verbesserungen der Räumlichkeiten, wie auch die GWG, die damit gemeint ist, die ausziehen muß, hier andere Möglichkeiten dann dafür verbessert werden können und ich bitte in dem Zusammenhang diese Kreditüberschreitung bzw. diese Kreditaufnahmen zu genehmigen. Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt? Herr Dr. Pfeil, bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Auch hier ein klares Nein! Herr Stadtrat Sie selber haben eben gesagt: Kostenminimierung und da bis jetzt keine Ansätze sichtbar sind, wann und wo Kosteneinsparungen beim Magistrat sein werden, solange ich hierauf keine Antwort habe, ein klares Nein von meiner Seite, danke.

STADTRAT

DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Ich möchte mich ganz kurz halten, auf den Amtsbericht trotzdem hinweisen und meine Stellungnahme auch abgeben. Es ist im ersten Absatz des Amtsberichtes ja drinnen, daß der Geschäftsbereich, der mit den Finanzen und betriebswirtschaftlichen Angelegenheiten befaßt ist, an und für sich mit dieser Kreditüberschreitung

keine Freude hat. Aus der Diskussion ergibt sich, daß eine Notwendigkeit besteht, daß die Reorganisation, die hoffentlich auch eine Effizienzsteigerung bringt, diese Einrichtungen anzuschaffen, deswegen werde ich trotz der Empfehlung der Finanzabteilung hier meine Stimme für die Kreditüberschreitung abgeben.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es noch eine Wortmeldung? Nicht mehr der Fall, wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um Zeichen. Danke sehr, ist jemand gegen den Antrag? **3 Gegenstimmen (FPÖ)!** Übt jemand Stimmenthaltung? **4 Stimmenthaltungen (FPÖ)!** Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen!

STADTRAT

LEOPOLD TATZREITER:

In meinem letzten Antrag geht es um ein großes Objekt das angekauft wird oder werden soll und ich darf vorerst einmal herzlich danken, für die Verhandlungsführung seitens des Magistrates, aber voran natürlich dem Bürgermeister und dem Magistratsdirektor im Zusammenhang dieser günstigen oder sehr günstigen Ankaufsmöglichkeit eines Grundstückes bzw. einer Liegenschaft, die vorausschauend für die nächsten Jahrzehnte sozusagen Raum bietet und der Stadtgemeinde Möglichkeiten bietet, sich weiterhin gestalten zu lassen oder gestalten zu können. So

eine große Fläche haben wir in letzter Zeit nirgendwo erhalten. Ich habe auch fast nicht mehr daran geglaubt, daß es überhaupt möglich wird, weil da viele Bewerber daran waren. Es ist uns gelungen, von Seiten der Stadtgemeinde bzw. mit dem Herrn Bürgermeister dieses Grundstück zu einem sehr günstigen Preis zu erhalten und ich darf das vorliegende Verkaufsangebot dieser Liegenschaft, nämlich des Stadtgutes, kurz vortragen, wobei das Wirtschaftsgebäude, die verbaute Fläche allein 6.600 m² und die Gartenflächen rundumliegend 16.900 m² umfaßten und weiters die Waldflächen bzw. das andere Areal, was noch dazu hier gemeint ist, auch die Wassermengen die dort sozusagen auch reserviert sind in Form von Teichen usw. also Gewässer in der Größenordnung von etwa 30.000 m² - insgesamt sozusagen von 16 ha hier eine erstklassige Option für die Stadtgemeinde geboten wird. Es ergibt sich ein m² Preis von sage und schreibe S 68,24/m² und ich meine, daß es gerade im Zusammenhang der vielen Möglichkeiten und auch Notwendigkeiten für die Zukunft und Flächentauschmöglichkeiten oder Betriebsansiedlungen, auch Erholungsgebiete - sehr, sehr wichtig ist, hier dieses Angebot anzunehmen. In diesem Zusammenhang ersuche ich diesem Verkaufsabschluß bzw. auch das Präkarium, das da drinnen mitbeinhaltet ist in Zusammenhang der Ernte usw. - es gibt ja noch Benützer oder Pächter für diese Grundstücke

die das dort bearbeiten - im Zusammenhang auch das Präkarium mitzubeschließen und ich darf den Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses vorlesen.

40) ÖAG - 28/93

Ankauf des Stadtgutes Steyr von
der Chemie Linz Ges.mBH;

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des vorstehenden
Amtsberichtes der Fachabteilung für
allgemeine Rechtsangelegenheiten
und Privatwirtschaftsverwaltung vom
8. September 1993, wird dem Ankauf
des sogenannten Stadtgutes von der
Chemie Linz zugestimmt. Die
Kauffläche besteht aus den
Grundbucheinlagen EZ 8, 27, 183 und
144, alle KG Steyr, mit Grundstücken
im Gesamtausmaß von 1,152.913 m².
Die Entrichtung des Kaufpreises hat in
fünf gleichen Jahresraten, beginnend
bei Vertragsabschluß, zu erfolgen. Für
die in den Jahren 1994 bis 1997
fälligen Teilbeträge wird
Wertsicherung nach der
Sekundärmarktrendite vereinbart. Für
den Fall der Veräußerung von Teilen
des Stadtgutes bis zum 31.12.2000,
hat die Stadt einen allfälligen
Mehrerlös zur Hälfte an die
Verkäuferin zu übergeben. Diese
Vereinbarung gilt jedoch nicht für jene
Flächen, die im Tauschwege von der
Stadt in das Eigentum Dritter
übertragen werden. Die Stadt hat alle
im Zusammenhang mit dem Abschluß
des Kaufvertrages stehenden
Abgaben, Steuern und Gebühren,
insbesondere auch die
Grunderwerbssteuer und die
Eintragungsgebühr sowie die für
dieses Rechtsgeschäft fällige
Maklergebühr in Höhe von höchstens
3 % des Kaufpreises zu entrichten. Im

übrigen gelten die im Amtsbericht
aufgezeigten Bedingungen. Zum
genannten Zweck wird zur Zahlung
der ersten Kaufpreisrate für das Jahr
1993 sowie zur Abdeckung der
Grunderwerbssteuer, der
Eintragungsgebühr und der
Maklergebühr ein Betrag von
S 21,700.000,-- bei der VA-Stelle
5/8400/001000.2 als
Kreditüberschreitung bewilligt. Die
Deckung dieser Kreditüberschreitung
hat durch eine Transferzahlung des
Sparkassenfonds zu erfolgen.

Ich darf noch einmal herzlich danken,
daß dies ermöglicht wurde, weil damit
etwas gelungen ist, was
möglicherweise für die nächsten 40 -
50 Jahre zumindest diese Option für
die Gemeinde ist, die jetzt
beschlossen werden soll. Ich bitte um
diese Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, zu Wort gemeldet
zunächst Dr. Schwager.

GEMEINDERAT

DR. TILMAN SCHWAGER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren
Kollegen des Gemeinderates! Wir
haben schon im Finanz- und
Rechtsausschuß zu diesem hier
vorliegenden Antrag Stellung
genommen, natürlich positiv Stellung
genommen. Auch aus unserer Sicht
läßt es sich nicht anders erkennen, als
daß sich hier wirklich eine Chance
geboten hat, die aus der bekannten

wirtschaftlichen Situation der ÖMV Gruppe resultiert, die von den Vertretern der Stadtgemeinde genützt wurde - dankenswerterweise genützt wurde - weil damit Grundreserven, die wir ja für Steyr nicht gerade im reichlichen Ausmaß haben, hier in einem selten möglichen Ausmaß gewonnen werden können. Es ergeben sich im Zusammenhang mit dem Amtsbericht zunächst, allerdings das muß ich jetzt hier vor dem Plenum etwas einschränkend sagen, weil wir es im Finanz- und Rechtsausschuß schon ausdiskutiert haben, scheinbare Bedenken gegen die hier anfallende Maklergebühr von höchstens 3 %, im Tenor des Antrages muß ich sagen, weil in einer Begründung heißt es, daß es gelungen sei auf 2,5 % herunterzuhandeln. Nachdem wir wissen, daß die Mehrwertsteuer auch noch dazu kommt, und ich hoffe, daß wir hier Vorsteuerabzugsberechtigt sind, wird uns die nicht treffen, aber man könnte eigentlich im Tenor dann auch die 2,5 % lassen. Die haben uns zunächst einmal gestört, aber wenn man die richtige Situation kennt und sieht, dann kommen wir leider gar nicht umhin, diese zu tragen. Der Makler wurde ja nicht von der Stadt beauftragt, sondern vom Verkäufer. Es ist auch die wirtschaftliche Konsequenz die, daß der Verkäufer seinen Maklerkostenanteil zu zahlen hat, denn insgesamt wäre es ja nach der geltenden Gebührenordnung sonst ein Satz von 6 % und ich kenne einige Kaufverträge, wo der Käufer vielleicht blutschwitzend es übernimmt, auch die Verkäuferseite der Maklergebühr zu

tragen. Wenn es hier gelänge, weil es ja doch um einiges Geld geht, die Maklergebühr noch weiter zu drücken, so wären wir den Verhandelnden sicher dafür dankbar, auch wenn es nur wenige tausend Schillinge oder vielleicht hunderttausend sein sollten. Ansich wird mit dem Erwerb dieses Liegenschaftsbereiches für die Stadt sehr viel gewonnen, denn wir wissen alle - es war ja heute schon in X anderen Zusammenhängen davon die Rede - daß die Nordspange uns wirklich schon unter den Fingern brennt und wenn wir als Liegenschaftseigentümer auftreten können, d.h. wenn wir uns zumindest in großen Teilen Grundeinlösen ersparen können, so ist das ein "Mords" Gewinn, genauso auch in der Möglichkeitsvariante, daß wir Anrainern Tauschgrundstücke aus diesem Fundus anbieten können. Es würde die Baukosten dann erheblich vermindern - was jetzt die Grundeinlöungskosten anlangt - und würde damit eine so Art - sie kennen mein Lieblingswort - Umwegrentabilität bringen. Daß hier auch mit diesem riesen Areal die Möglichkeit besteht, ein Naherholungsgebiet zu schaffen, sei nicht nur am Rande erwähnt, denn es grenzt ja unsere architektonisch und von der Dichte der Verbauung nicht sehr geglückte Nordstadt daran, die es umso notwendiger hat, ein Erholungsgebiet in unmittelbarer Nähe zu haben. Wir wissen alle um die psychische Struktur, möchte ich fast sagen, der Resthofeinwohner, die manchmal wirklich zu denken gibt,

wenn man mit den Fällen befaßt wird, die daraus resultieren.

Zwischenruf:

Ich habe keine Bedenken im Resthofbüro...

Unverständliche Diskussion:

Ich habe es aber auch weniger negativ gesehen, wenn Du Dich vielleicht darauf besinnst, sondern habe versucht, das Positive herauszusehen, nämlich, daß man für die Leute die in so einem dicht verbauten Gebiet, nennen wir es halt so, auf engstem Raum beisammen wohnen in einer Wohnform, die halt ... ja, über die man diskutieren kann, daß für die ein Erholungsraum geschaffen wird, aber man kann natürlich auch das destruktiv sehen. Gut, wie dem auch sei, wir - ich darf zusammenfassen - stehen diesem Antrag äußerst positiv gegenüber und werden ihm daher die Zustimmung erteilen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke für diese wohlthuende Ausführung. Nächster ist noch nicht der Herr Mayr, sondern der Herr GR Payrleitner - ziehst Du zurück? Sehr gut, wir danken für diese Verzichtserklärung.

GEMEINDERAT

JOSEF MAYR:

Geschätzte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Der Ankauf des Stadtgutes ist sicher sehr wichtig für die Stadt und ich möchte auch den

Verhandlern, dem Bürgermeister gratulieren, daß er diesen "fetten Brocken", wie es in der Zeitung gestanden ist, den Haien, den Grundstückshaien, entrissen hat. Ich glaube ich war auch ein bißchen beteiligt. Ich habe am Anfang Informationen gehabt, wer Interesse an diesem Areal hat, und habe einige Gespräche mit dem Herrn Bürgermeister geführt. Es ist Gott sei Dank so ausgegangen, daß die Stadt zum Zug gekommen ist. Ich glaube es ist sehr wichtig, daß wir eben diese Grundstücksreserven für die Nordspange haben. Grundeinlösen mit den Bauern ist immer leichter wenn man ihnen wieder einen Grund zur Verfügung stellt, da kann er sich leichter von seinem Grund trennen. Die Betriebe, die dort betroffen sind, sind eher kleinbäuerliche Betriebe, wo jeder m² abgeht, um lebensfähig zu bleiben. Zwischenzeitlich haben wir den Grund an die Bauern zum Bewirtschaften weitergegeben. Es ist der Pachtvertrag mit dem alten Pächter ausgelaufen und die Flächen sind teilweise schon verwildert, das ist in den letzten Wochen geschehen und damit nicht unnötig Unkraut aufwächst und dann viel Chemie eingesetzt werden muß. Ich möchte auch darauf hinweisen, daß die weitere Bewirtschaftung, also ein Teil wird wahrscheinlich als Grünfläche genutzt, weil es im Wasserschongebiet ist, und daß die restlichen Flächen dann an die Bauern verpachtet werden zu einem direkten Pachtvertrag nicht nur für einjährige Nutzung, sondern daß man das kontinuierlich bewirtschaften kann.

Ein weiteres Problem, das ich sehe, jetzt hat die Stadt angrenzend an das Stadtgut auch noch Flächen und die Stadt hätte jetzt eigentlich eine Eigenjagd. Es würde dadurch die Genossenschaftsjagd einen Teil ihrer jetzigen Fläche auch verlieren und ich würde schon sagen, man sollte die Jagd des Stadtgutes an die Genossenschaftsjagd angliedern, damit möglichst alle Bevölkerungsgruppen die Jagd ausüben können. Es sind dort Arbeiter, Bauern, Gewerbetreibende und alles vertreten in der Genossenschaft und es soll glaube ich nicht mit einer Eigenjagd der Stadt irgendein gut Betuchter ein sogenannter "Gestopfter" zum Zug kommen. Ich glaube, wir sollen darauf achten, daß eine breite Bevölkerungsschicht, die Interesse zur Jagd hat, die auch ausüben kann.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, der nächste zum Wort gemeldet ist der Herr Stadtrat Zagler, in Vorbereitung Herr GR Lengauer.

STADTRAT

DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Ich darf mich kurz halten, obwohl die Bedeutung dieses Antrages, obwohl so spät am Abend vorgebracht, wirklich enorm ist. Als Vorsitzender im Finanz- und Rechtsausschuß freut es mich, das zweite Jahrhundertgeschäft innerhalb der kurzen Periode unseres Gemeinderates hier einbringen zu dürfen. Es geht nach dem REPA-Ankauf, der sicher ein Meilenstein in

der Stadtentwicklung ist, um den nächsten Meilenstein, was die Gründe anlangt. Ich will jetzt nicht das schildern was ohnehin gesagt worden ist, wie wichtig diese Flächen für alle Vorhaben von Straßenbau über Tauschflächen über Naherholungsgebiete usw. sind, ich möchte nur die Bemühungen herausstreichen, die das Verhandlungsteam unter der Führung von Herrn Bürgermeister Leithenmayr gemacht haben und mir auch einen Finanzierungsplan zu erarbeiten, der Budgetverträglich ist. Wir hatten ja ursprünglich weit nicht diese Summe, weil ja davon gar nicht die Rede gewesen ist. Die Chemie wollte ja einen Teil dieses Areals ja viel teurer anderswie vermarkten, inzwischen viel teurer eingekauft und trotzdem eine budgetverträgliche Variante durch die fünf Jahreszahlungen gefunden, und ich habe das sowohl im Stadtsenat als auch im Finanz- und Rechtsausschuß bereits von mir gegeben, was ich von eminenter Bedeutung erachtet habe, ist, daß auch die Vermarktung verbessert wird. Wir haben also viele Dinge in unserer Gemeinde oder durch unsere Gemeinde bereits gekauft und waren eigentlich in der Verwertung, in der Vermarktung etwas zu langsam nach den Vergleichen oder den Verhältnissen wie man das unter Privaten sehen würde. Und ich habe sowohl in der Stadtsenatsfraktion als auch in der Finanz- und Rechtsausschußsitzung einen positiven Kompetenzstreit angekündigt und wir haben heute schon gehört, die Finanzabteilung, die sich auch für

wirtschaftliche Angelegenheiten des Geschäftsbereiches zuständig fühlt oder auch zuständig ist, daß man hier Überlegungen anstellen sollte und das von höchster Ebene und mein Appell geht an den Herrn Bürgermeister Leithenmayr und an den Magistratsdirektor Dr. Schmid, diese Vermögensverwertungen in betriebswirtschaftlich fundierte Hände legen zu wollen. Der Kauf ist ein Jahrhundertereignis, die Verwertung sollte uns vielleicht sogar noch den einen oder anderen Zugewinn geben, denn unser größter Vorteil - Herr Bürgermeister Leithenmayr hat das ausgeführt - in den Verhandlungen war die Rute im Fenster mit der Umwidmungs- und Umwandlungsgewalt durch den Gemeinderat. Das heißt, daß ein anderer Käufer es schwieriger hätte, hier vernünftige Verwertungsmöglichkeiten zu finden als das die Gemeinde nutzen kann, deswegen der niedrige Preis, deswegen die Chance auch als Gemeinde, nicht als Spekulant aber als Kaufmann auftreten zu können, sei es über die Form der Wirtschaftsförderung, sei es darüber, daß der eine oder andere Schilling zusätzlich in jene Stadtkasse hineinkommt, von der wir tagtäglich und stündlich und minütlich und bei jedem Antrag hören, wieder mehr Geld ist gefordert. Danke.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, Herr Lengauer bitte.

GEMEINDERAT

ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Es mag sein, daß jetzt viele meinen, zu so später Stunde wäre meine Wortmeldung ungeziemend. Manche mögen vielleicht sagen er ist ein Träumer, aber mich drängt es zu sagen: Ich wünschte mir dieses Gespräch, so wie wir es heute gehört haben, auch über die Anlagen von Schloß Vogelsang und ich würde dem Herrn Bürgermeister auch soviel Verhandlungsgeschick wünschen, daß wir bald auch über Schloß Vogelsang so reden könnten, wie jetzt über die Gründe von draußen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Das Verhandlungsgeschick wird mir nicht abhanden kommen aber ob wir das Geld zur Verfügung haben, das ist die Frage.

Herr GR Spanring bitte.

GEMEINDERAT

ING. DIETER SPANRING:

Werte Herren Bürgermeister! Ich möchte das ganze Gespräch nicht in die Länge ziehen, aber nachdem der Kollege Zagler von Verwertung gesprochen hat, hat er ja nur gemeint: Verwertung der Grundstücke und ich stehe nicht an, dem Herrn Bürgermeister zu gratulieren für diesen erfolgreichen Verhandlungsabschluß. Auf die Verwertung zurückzukommen: Es steht ein Vierkant auf dem Grund und

ich möchte wirklich die verantwortlichen Herren ersuchen, bei der Verwertung dieses Gebäudes verantwortungsvoll, sachlich und sensibel vorzugehen. Das möchte ich nur da im Protokoll festgelegt haben.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Was mich anbelangt, bin ich immer bemüht so vorzugehen. Ich nehme an, die anderen Herren sehen das auch so oder?

**Zwischenruf von Herrn
Vizebürgermeister Dr. Pfeil:**

Ich sage nichts!

Sie nicht?

Das habe ich mir gedacht, darum lese ich auch immer so viele Bösartigkeiten in den Zeitungen. So, wir kommen, wenn keine weitere Wortmeldung mehr ist, zur Abstimmung. Wer für den Ankauf des Stadtgutes zu den genannten Bedingungen ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr, ist jemand gegen den Ankauf? Übt jemand Stimmenthaltung? Ist nicht der Fall, der Antrag ist einstimmig beschlossen. Ich bedanke mich beim Kollegen Tatzreiter. Nächster Berichterstatter Kollege Zagler.

BERICHTERSTATTER

STADTRAT

DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Sehr geschätzte Damen und Herren!
Ich hoffe, daß ich mich bei diesem Antrag besonders kurz halten kann, es geht um die Weiterleitung einer

Subvention an den OÖ. Landestierschutzverein, Zweigstelle Steyr;

41) Gem-Erlaß - 4622/92

Bedarfszuweisungsmittel für den OÖ. Landestierschutzverein, Zweigstelle Steyr; Weiterleitung; Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsabteilung II vom 5. Juli 1993 wird der Weiterleitung der vom Land Oberösterreich gewährten Bedarfszuweisung in der Höhe von S 300.000,-- an den OÖ. Landestierschutzverein, Zweigstelle Steyr, zur Instandsetzung des alten Tieheimes, zur Anschaffung eines Dienstautos und zur Errichtung einer Garage zugestimmt. Zu diesem Zweck wird bei der VASSt 1/5810/777000.6 für das Rechnungsjahr 1993 eine Kreditüberschreitung in der Höhe von S 300.000,-- genehmigt. Die Deckung der Kreditüberschreitung hat durch eine Bedarfszuweisung zu erfolgen. Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr (StS 1992) zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich danke für Ihre Zustimmung im vorhinein.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich danke für diesen Antrag, wird das Wort gewünscht? Ist nicht der Fall, dann kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist,

den bitte ich um ein Zeichen dafür. Danke sehr, Gegenprobe, Stimmhaltung? Wird nicht geübt, der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT

DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Ich bewundere meine seherischen Fähigkeiten. Der andere Amtsbericht, der zweite:

Es geht hier um die Preise für die vom Alten- und Pflegeheim Tabor verabreichten Verpflegsportionen, die letztmalig im Jahre 1991 - beschlossen im Jahr 1990 - aber mit 1.1.1991 geändert wurden. Eine Anpassung an die Verbraucherpreisindexe und ich darf mich, ich glaube in Ihrem Interesse, sofort über den Antrag stürzen und nicht lange den Amtsbericht durchlesen.

42) SH - 3413/90

Kosten für außerhalb des Alten- und Pflegeheimes Tabor verabreichte Verpflegung;

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 27. Mai 1993 werden mit Wirkung ab 1. 8. 1993 die Tarife für außerhalb des Alten- und Pflegeheimes Tabor verabreichte Verpflegsportionen wie folgt neu festgesetzt:

1. Städtische Bedienstete:

Der Kostenbeitrag für an städtische Bedienstete abgegebene Verpflegsportionen wird von derzeit S

25,-- auf künftig S 27,50 je Portion angehoben.

2. Bedienstete des Alten- und Pflegeheimes Tabor:

Der Kostenbeitrag für das Mittagessen wird von derzeit S 21,-- auf künftig S 27,50 angehoben. Der Kostenbeitrag für das Abendessen bleibt mit S 12,-- unverändert.

3. Städtische Kindergärten:

Die Beträge für Verpflegsportionen in den städtischen Kindergärten bleiben unter gleichzeitigem Entfall der Nachmittagsjause mit S 26,-- unverändert.

4. Horte:

Die Ausspeisungsbeträge in den städtischen Horten werden von bisher S 28,50 auf künftighin S 30,-- unter gleichzeitigem Entfall der Nachmittagsjause angehoben.

5. Pensionistenheime und Verein Lebenshilfe:

Die Abgabepreise für die Pensionistenheime und den Verein Lebenshilfe werden von bisher S 41,50 auf künftig S 45,-- je abgegebener Portion angehoben.

6. Verein Heim- u. Hauskranken-pflege:

Für die Bediensteten des Vereines Heim- und Hauskrankenpflege wird der Vollkostentarif in Höhe von S 55,68 verrechnet.

Sämtliche neuen angeführten Preisregelungen treten mit 1.10.1993

in Kraft, mit Ausnahme der Tarife für die Städt. Kindergärten und Horte, die mit Beginn des Kindergarten- bzw. Hortjahres 1993/94 in Kraft treten.

Auch hier würde ich für Ihre Zustimmung im vorhinein jetzt schon den Dank aussprechen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich danke auch für diesen Antrag, wird dazu das Wort gewünscht? Kollege Hans-Dieter Götz, ich erteile es Dir.

GEMEINDERAT

HANS-DIETER GÖTZ:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren! Anlässlich der späten Stunde ganz kurz. Wir werden diesem Antrag sicherlich die Zustimmung geben, nur ich hätte noch eine kleine Erklärung vom Herrn Magister gehabt und zwar: Die Punkte 1 bis 3 sind ganz klar nur ich bin überzeugt, der Herr Schulmeister wird mich aufklären. Ich habe meine Frage in die Richtung gestellt, warum eigentlich eine Ungleichbehandlung dieser Vereine, die an und für sich im Prinzip auf den selben Zweck hinauskommen, warum die eigentlich ungleich behandelt werden und da verschiedene Preise für die Essensabgabe berechnet werden.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Keine weitere Wortmeldung?
Schlußwort des Referenten.

STADTRAT

DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Selten fühlte ich mich so am Eis wie eben gerade. Da gehört ein Gescheiterer her, um das zu beantworten. Der Antrag liegt deswegen bei mir und resortiert nicht bei Holub, obwohl es ja um die Küche des Alten- und Pflegeheimes Tabor geht, weil es sich hier um eine Tarifregulierung handelt. Ich bitte händeringend um Hilfe beim Magistratsdirektor oder bei einem der anderen verantwortlichen Herren oder irgendeinem Insider des Alten- und Pflegeheim Taborausschusses dem Herrn Kollegen Dieter Götz die Aufklärung zu geben, ansonsten bitte ich heute zuzustimmen und ich liefere die Aufklärung verlässlich nach.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Gegen den Antrag? Niemand, Stimmenthaltung? Wird nicht geübt, damit ist auch hier der Punkt 42 und der letzte Punkt dieser Verhandlungsgegenstände auf der Tagesordnung behandelt.

Wir kommen nunmehr gemäß unserer Beschlußfassung am Beginn unserer Sitzung zur Behandlung des Initiativantrages der FPÖ, die Bausperre betreffend, ich gehe davon aus, daß zunächst eine Begründung für diesen Antrag vorgebracht werden möchte. Ist das so, gehe ich richtig in

der Annahme? Herr Dr. Pfeil sie haben das Wort.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch angesichts der späten Stunde bitte ich trotzdem noch einmal um Aufmerksamkeit. Ich werde mich kurz halten, ich werde die Begründung hier im Antrag noch einmal zur Kenntnis bringen. Die Bausperre, die hier nach § 58 der OÖ. Bauordnung Platz greifen soll, soll in erster Linie der Hintanhaltung von jetztmöglichen Bauvorhaben die einer kontinuierlichen Stadtentwicklung zuwider laufen, wie dies bereits in einem Beispiel entlang des Lilienhofweges dokumentiert wurde. Die anderen angeführten Gebiete, insbesondere die sogenannten Reithoffergründe, sind derzeit noch die größten zusammenhängenden noch freien zentrumsnahen Flächen in Steyr und sollten im Sinne einer zukunftsorientierten Stadtentwicklung eine diesem Zweck entsprechende Widmung erhalten. Dazu ist zu sagen: laut § 58 der OÖ. Bauordnung ist eine Bausperre maximal mit 2 Jahren beschränkt, dazu ist ferner und dazwischen muß natürlich die Stadtgemeinde oder die Ortsgemeinde, die die Bausperre verhängt, in dieser Zeit tätig werden, um diesem Antrag gerecht zu werden. Es steht auch ferner drinnen, und das ist uns vollkommen bewußt, daß eben ein Absatz drinnen steht, daß hier gesagt wird: es müssen Vorschläge

gebracht werden, um dieser Bausperre gerecht zu werden. Wir stellen daher gleichzeitig auch an den Gemeinderat den Antrag, er soll einen Auftrag erstellen, die zuständigen Geschäftsbereiche des Magistrates Steyr sollen binnen 3 Monaten mit der Erstellung eines Detailstadtentwicklungsplanes für diese angeführten Grundstücksbereiche beginnen. Durch sofortige Verhandlungen mit den Grundstückseigentümern soll auch eine optimale stadtbildverträgliche künftige Nutzung dieser Areale erreicht werden. Dankeschön.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr für diese Begründung. Darf ich fragen, wer das Wort dazu wünscht? Zunächst keine Wortmeldung. Es gibt hier die Interpretationsnotwendigkeit der Bauordnung, haben wir festgestellt. Herr Magistratsdirektor darf ich bitten:

MAGISTRATSDIREKTOR

DR. KURT SCHMIDL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, sehr geehrte Gemeinderäte! Während ich sehr aufmerksam den auch hitzigen Debattenreden gelauscht habe, habe ich mir noch einmal den Antrag über diese Bausperre durchgelesen und mit den Vorschriften der OÖ. Bauordnung verglichen. Zum einen, es stimmt, daß der Gemeinderat zuständig ist für die Verhängung einer Bausperre und zwar nach § 58 OÖ. Bauordnung. In diesem Paragraphen steht aber auch drinnen,

daß der Gemeinderat anlässlich der Verhängung der Bausperre die beabsichtigte Neuplanung in ihren Grundzügen zu umschreiben hat. Und wie ich dann weitergeblättert habe in dieser Bauordnung zum Kommentar, habe ich dann dort gelesen, daß, wenn die Umschreibung der beabsichtigten Neuplanungsgrundzüge unterbleibt, daß dann diese Verordnung nicht der OÖ. Bauordnung entspricht und jederzeit dann vom Amt der OÖ. Landesregierung im Zuge der Verordnungsprüfung aufgehoben werden kann. Das heißt, falls sich der Gemeinderat dazu entscheiden sollte, hier seine Zustimmung zu geben, so ist dies eine gesetzwidrige Verordnung, die im Verordnungsprüfungsverfahren aufgehoben wird. Da sind auch Erkenntnisse des Verfassungsgerichtshofes zitiert, und ich kann daher nur die Empfehlung abgeben, jetzt diesen Dringlichkeitsantrag nicht zu genehmigen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke dem Herrn Dr. Schmidl, Kollege Eichhübl.

Zwischenruf durch Herrn Stadtrat Roman Eichhübl:

Darf ich vom Platz aus an den Herrn Dr. Schmidl eine Frage richten? Und zwar: zum Einen haben Sie gemeint, daß die Bausperre aufgehoben werden kann, die der Gemeinderat beschließt und zum Anderen haben

Sie gesagt, daß aufgrund der
Gesetzwidrigkeit, warum
Gesetzwidrigkeit diese Bausperre vom
Amt der OÖ. Landesregierung
aufgehoben wird, also kann oder wird.

MAGISTRATSDIREKTOR

DR. KURT SCHMIDL:

Der Gemeinderat kann mit Sicherheit
auch einen gesetzwidrigen Beschluß
herbeiführen und hiezu die
Verordnung beschließen, aber das
Land wird es aufheben.

Frage von Herrn Stadtrat Eichhübl:

Muß es aber nicht?

Muß es, nach den Bestimmungen,
nach den Entscheidungen muß es das
Land aufheben.

Zwischenruf: das ist Ansichtssache!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Naja, das ist der juristische Aspekt,
jedenfalls ist es fraglich, ob unter
diesen Voraussetzungen eine
Beschlussfassung in Richtung dieses
Antrages zweckmäßig erscheint. Das
ist einmal ein Aspekt. Meiner Meinung
nach geht es ja eigentlich darum, ob
hier... welchen Zweck verfolgt man?
Ist hier die Gefahr vorhanden aus Ihrer
Sicht daß irgendwelche Dinge
passieren könnten, die hier eine
negative Auswirkung auf zukünftige
Stadtentwicklung und ich weiß nicht
was haben könnte? Negative
Auswirkungen für unsere Bürger, das
ist hier die Frage, wenngleich wir
wissen, daß wir jeden

Flächenwidmungsplan und jeden
Bebauungsplan beschließen müssen
und der auch hier im Bauausschuß
einer entsprechenden Beratung
unterzogen wird, was wir ja ständig
tun. Ich sehe also nicht unbedingt die
Notwendigkeit ein. Was mich
eigentlich am allermeisten stört, das ist
ein politischer Grund, nämlich in einer
Zeit, die geprägt ist von der größten
Rezession der Nachkriegszeit, wenn
man von den 50er Jahren absieht, und
wir haben heute die
Arbeitslosenzahlen schon gehört, und
wir wissen wie es bei der Wirtschaft
rundherum naß hineingeht, daß wir in
dieser Situation für ein großes Gebiet
einen Baustop verhängen, was
eigentlich genau das Gegenteil ist von
dem, was wir tun sollten. Nämlich, wir
wollen ja haben, daß Aktivitäten
stattfinden. Die Wirtschaft und die
Menschen brauchen doch den
Handlungsspielraum, daß sie auch in
diesem Bereich etwas tun können. Es
ist ohnehin nicht möglich, gegen den
Willen des Gemeinderates hier
Bauvorhaben durchzudrücken. Aber
das ist nur einmal meine persönliche
Meinung, die ich auch gesagt haben
möchte. Herr Dr. Schwager hat sich
zum Wort gemeldet.

GEMEINDERAT

DR. TILMAN SCHWAGER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister,
meine Damen und Herren! Ich muß
sagen, die Idee des Antrages, der hier
von sechs FPÖ Mitgliedern
eingebracht wurde, ist ansich einmal
bestimmt nicht schlecht, weil man
eben verhindern wollte, daß hier ein

relativ großes brachliegendes Areal vielleicht in irgend einer Art verbaut wird, die uns später einmal leid tun könnte, mit Einzelverbauten noch dazu, wo da mehrere Grundeigentümer dran sind. Auf der anderen Seite die Bedenken, die der Herr Magistratsdirektor aus juridischer Sicht geäußert hat, teile ich. Das heißt, es ist wirklich eine Schwierigkeit, jetzt mit dieser ansich vom Sinn des Ganzen sehr vernünftigen Bausperre in der derzeitigen Phase eine schon umschreibende Neuplanung vorzulegen, denn, was wollen wir mit der Bausperre? Aber da ist eben eine Lücke des Gesetzes, und das müssen wir auch erkennen. Wir wollen ja mit der Bausperre verhindern, daß irgend ein planloses, nämlich aus einem vielleicht Gesamtkonzept herausgerissenes Baugeschehen dort erfolgt. Wir werden uns alle leichter tun, wenn wir einmal eben das Gesamtentwicklungskonzept haben, wenn wir einen ordentlichen Detailbebauungsplan für da draußen haben, weil noch dürften ja die Industriehallen eingezeichnet sein. Es ist bestimmt etwas verfrüht, jetzt eine umschriebene Neuplanung zu bezeichnen. Ich weiß nicht, ich tu mir schwer wegen dieser Gesetzeslücke, über diese Vorschrift der vorzulegenden Neuplanung hinwegzusetzen. Sollten Sie aber die bestimmt zu recht bestehenden juridischen Bedenken dazu veranlassen, daß Sie den Antrag zu Fall bringen wollen, so schlage ich vor, daß man doch diesen Antrag, in seiner hier vorliegenden Form dem

Bauausschuß zuweist, und daß der eben dringendst in diese Materie einsteigen möchte.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben die rechtliche Problematik einer Bausperre gehört. Es ist ja auch so, daß dann in diesem Gebiet überhaupt nichts gebaut werden darf. Und für jeden kleinen Bau, Umbau etc. der Gemeinderat zuständig wäre, hier eine Baugenehmigung zu erteilen, das einmal zum Einen, ausgenommen wären nur Abbrucharbeiten. Zum Zweiten glaube ich, wenn man dieses Areal schützen will und sicher auch schützen soll, so besteht erstens einmal die Möglichkeit, daß wir heute über Weisung des Bürgermeisters und des Baureferenten das Baurechtsamt und die Bauabteilung anweisen, hier ganz streng und rigoros zu kontrollieren. Zweitens kann man, wenn ein Bauvorhaben geplant oder bekannt wird, das dort errichtet werden soll, könnte man noch immer im nächsten Gemeinderat eine Bausperre verhängen, aber dazu brauchen wir eine Planung. Wie Herr Dr. Pfeil gemeint hat, in 3 Monaten einen Detailbebauungsplan zu erstellen, ist meiner Meinung nach sicher nicht möglich und sicher nicht realistisch, außerdem warten wir das Stadtentwicklungskonzept von Dr. Breitling ab und das muß ja da mit einfließen, auch in diese Planung bitte. Ich würde auch vorschlagen, daß man diesen Bebauungsplan oder diese

Thematik der Bausperre dem Bauausschuß zuführt, daß wir uns dort unterhalten und diskutieren über Möglichkeiten, über Gefahren und Verhinderungsgründe und dort eine Lösung finden. Wir haben aber mit der Bauordnung voll in der Hand, eine wilde Verbauung dort zu unterbinden. Ich möchte aber nur anziehen, weil es ja auch in der Presse sehr stark kritisiert worden ist - die Verbauung Lang am Lilienhofweg - man muß dazu sagen, daß es dort seit 1978 eine Widmung als

Wohngebiet gegeben hat. Herr Lang, der vom Vater vom Professor Moser 1.200 m² gekauft hat und das Recht zur Verbauung tatsächlich gegeben war und es heißt ja dort nur, daß maximal eine 4-geschoßige Verbauung möglich wäre. Es ist ja eigentlich damit nichts verbaut. Es liegt ganz am Rand, und wenn man dort einmal eine Verbauung planen würde, dann würde man sicherlich zu den Randzonen hin und zu den umliegenden Gebäuden die Bauhöhen und die Aufgliederung sehr stark auflockern und sehr niedrig halten. Dort war an und für sich die Baugenehmigung nicht zu versagen, ich bin aber durchaus der Meinung, daß man dieses Gebiet - sowohl die Reithoffergründe als auch die anschließenden Aignergründe - wo man ja noch nicht weiß, was dort kommt, einer strengen Kontrolle und baubehördlichen Genehmigung unterziehen soll. Es ist aber auch mir zumindest bekannt, daß ja Überlegungen existieren, das ehemalige Reifenlager oder die

Direktion der Firma RIHA, das noch dort steht, für das Oldtimer-Museum und für die Musikschule zu verwenden, und es gibt auch Vorplanungen, wo eine direkte Verbindung von der Leopold-Werndl-Straße zu diesem Gebäude geplant ist und soviel ich bei den Verhandlungen gehört habe, hat auch der Herr Bürgermeister mit Herrn Aigner das Einvernehmen, dort einen Teil des Grundes zu erwerben bzw. eine Option, zumindest eine mündliche, daß er das dort benötigte Grundstück an die Gemeinde abtreten wird. Also noch einmal, ich wäre dafür, daß man dieses ganze Thema in den Bauausschuß verlagert und dort diskutiert.

GEMEINDERAT

RICHARD GOLLATSCH:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, meine Herren Bürgermeister! Ein Vorschlag zur Güte, um das ganze vielleicht etwas abkürzen zu können. Ich würde der FPÖ Gemeinderatsfraktion vorschlagen, Ihre Dringlichkeit zurückzuziehen und den Vorschlag des Herrn Vizebürgermeisters Dr. Pfeil, der glaube ich mit diesen 3 Monaten ein bißchen aus dem Bauch heraus ein kurzer Termin ist, zu überdenken und über diesen Antrag, das war ein Zusatzantrag dazu, vielleicht Gedanken zu machen.

GEMEINDERAT

ING. DIETMAR SPANRING:

Meine Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des

Gemeinderates! Ich kenne mich zwar in der Juristerei nicht ganz so aus, spreche hier aber als Angehöriger der Steyr-Daimler-Puch AG und in meiner Funktion als Betriebsratsvorsitzender, auch wirtschaftlich ein bißchen verantwortlich für dieses Unternehmen und ich glaube, daß es ansich nicht ganz so gespielt werden kann, daß man über das Eigentum der Steyr-Daimler-Puch AG einen Baustopp verhängt- um so mehr, wer die wirtschaftliche Situation unseres Unternehmens kennt - und wenn es wirklich ein Bestreben ist, dieses Grundstück zu verkaufen, ein Grundstück mit einem Baustopp zu veräußern, das schaue ich mir dann an wie das funktioniert und geht, und daher kann ich mich aus meiner Sicht nur strikt gegen dieses Baustoppvorhaben aussprechen.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich möchte die Diskussion nicht mehr recht verlängern. Nur da muß ich natürlich schon was antworten. Die Steyr-Daimler-Puch AG haben sich ja nicht besonders berühmt verhalten, beim Abriß dieses Gebäudeareals, wo es wirklich um sehr schützenswerte Ensembles gegangen ist. Es wurde Weihnachten binnen weniger Tage abgerissen, das ist nicht so die feine Art, aber daß dort inhaltlich Handlungsbedarf ist, daß man dort das gesamte Gebiet wirklich wohl überlegt bebauen muß, ich glaube da sind wir uns sachlich und fachlich klar. Wenn es hier rechtliche Bedenken gibt, dann - ich habe es gerade dem

Herrn Bürgermeister auch gesagt - bin ich auch gerne zufrieden, daß wir diesen dringlichen Antrag zurückziehen und ihn an den Bauausschuß zur weiteren Behandlung verweisen. Mit den 3 Monaten hat es hier ja nur geheißen, soll mit der Erstellung eines Detailstadtentwicklungsplanes für diese angeführten Grundstücksbereiche beginnen - soll begonnen werden - heißt es hier. Ich bin nicht der Träumer, der glaubt, daß innerhalb von 3 Monaten ein Detailbebauungskonzept vorhanden ist. Es gibt ja gerade für diesen Bereich eine Unmenge von Vorstudien, auch hier im Hause, und es sind sehr sehr interessante Projekte dabei, aber um einer zukünftigen Nutzung, einer Gesamtnutzung, nicht im Wege zu stehen, sollte man sich schon beizeiten - und das wäre jetzt wo das brach steht - Gedanken machen. Danke.

Zwischenruf von Herrn Vizebürgermeister Sablik:

Herr Dr. Pfeil, eine Frage - Sie sagen, Sie ziehen den Antrag zurück und verlangen eine Zuweisung an den Bauausschuß. Das eine schließt das andere aus. Entweder wenn Sie das zurückziehen, ist es von der Tagesordnung weg....

Zwischenruf von Herrn Magistratsdirektor Dr. Schmidl:

Es kann über diesen Antrag abgestimmt werden. Entweder er wird genehmigt, er wird abgelehnt oder er

wird zurückgestellt. Zurückziehen geht nicht - wir haben ihn auf der Tagesordnung, daher muß abgestimmt werden. Wir können das auch umwandeln auf:

Antrag auf Zurückstellung und Zuweisung an den Bauausschuß.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Der Antrag ist präsentiert.....

Unverständliche Zwischenrufe:

GEMEINDERAT

DR. TILMAN SCHWAGER:

Zur Geschäftsordnung beantrage ich, daß dieser hier vorliegende Antrag zurückgestellt werde und an den Bauausschuß verwiesen werde. Es gibt, wie der Magistratsdirektor richtig gesagt hat, drei Abstimmungsmöglichkeiten. Sie können die Mehrheit bilden nach Annahme, nach Ablehnung oder nach Zurückstellung und ich würde empfehlen, die Zurückstellung zu beschließen.

STADTRAT

DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Obwohl einige im Saal vielleicht der Meinung sind, daß dadurch die Sitzung extra noch einmal länger wird. Aber gerade in diesem Fall, wenn Anträge formuliert werden, die von einer Taktik getragen sind, die die gesamte Sitzung verlängern, glaube ich auch das Recht zu haben, zu dieser Minute noch zu sprechen und möchte mir dieses Recht auch nicht absprechen lassen. Es geht darum,

daß heute schon mit lobenden Worten Dr. Breitling sowohl von der FPÖ Fraktion als auch von der ÖVP Fraktion bedacht wurde. Allen hier herinnen - oder den meisten nehme ich an - war bekannt, daß die SPÖ Fraktion von haus aus hinter den Ideen Dr. Breitlings gestanden ist, daß wir ein Stadtentwicklungskonzept erarbeiten. Es wurde von Herrn Bürgermeister Hermann Leithenmayr ausgeführt, daß wir nicht vorhaben und auch gar nicht vorhaben können, gegen den Willen des Gemeinderates dort Maßnahmen durchzuführen, die gegen unsere Intentionen sind. Ich glaube also, daß wir aus diesen Gründen wirklich auf diese Dringlichkeit, auf diese besondere Dringlichkeit, verzichten können und das im Gesamtkonzept der gesamten Stadt mitbetrachten müssen. Und weil vielleicht die eine oder andere Meinungsäußerung vielleicht auch zielführend und gut gemeint und auch gut in der Verwirklichung dann ankommend gemacht worden ist, dort ein Automuseum oder anderes unterzubringen, heißt das noch lange nicht, daß es der Wille oder die Meinung des gesamten Gemeinderates ist. Ich würde sagen lassen wir Breitling erarbeiten, greifen wir in diese Gebiete nicht durch Widmungsplanänderungen und andere Dinge ein, aber wir brauchen doch nicht ein Scheingefecht oder Schattengefecht, ein taktisches Geplänkel, das uns die FPÖ heute ja nicht zum erstemal vorgibt, in Willfährigkeit über uns ergehen zu lassen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Wenn ich richtig informiert bin, steht der Antrag Dr. Schwager, hier diesen Initiativantrag auf Verhängung einer Bausperre zurückzustellen und ihn zur Behandlung dem Bauausschuß zuzuweisen. Ist das richtig, habe ich das richtig formuliert? Wir kommen zur Abstimmung über diesen Antrag, wer dem zustimmt, den bitte ich, ein Zeichen der Zustimmung zu geben. Danke sehr, ist jemand gegen diesen Antrag? Enthält sich jemand der Stimme? Das ist nicht der Fall, der Antrag ist einstimmig beschlossen. Damit ist die Tagesordnung, was die Verhandlungsgegenstände anbelangt, erschöpft. Ich darf mitteilen, daß wir 54,016.500,-- Mio Schilling mit unseren Beschlüssen ausgeben werden und die Ausgabe dieser Finanzmittel genehmigt wurde. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt sechs. Gibt es ein Thema?

SPÖ Fraktion, Herr Vizebürgermeister Sablik, die Redezeit beträgt 5 Minuten.

VIZEBÜRGERMEISER

ERICH SABLİK:

5 Minuten werde ich nicht benötigen. Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Es ist sehr aktuell und zwar, daß ab 1. Oktober die neue Verpackungsverordnung in Kraft tritt. Diese Verpackungsverordnung sieht vor, daß bei einer Strafandrohung bis S 100.000,-- pro Bürger, jede Verpackung im Haushalt zu sortieren ist, alles was von der Verpackungskommission als

Verpackung bezeichnet worden ist. Der Konsument zahlt wie immer das Sammeln und das wird Ihnen, meine Damen und Herren, pro Jahr und Person im Haushalt S 400,-- kosten. Eine sogenannte Arbeitsgemeinschaft "Verpackung" nimmt einen Entsorger und Sortierer in Vertrag, der vom Bezirksabfallverband zu bestätigen ist. Der Bezirksabfallverband stellt nur die Standflächen - ca. 300 in Steyr - zur Verfügung sowie die Reinigung der Entsorger - die kommt rein - und in diesen dort aufgestellten Containern, die laut Verpackungsverordnung bis 1,5 km vom Haushalt entfernt sein dürfen, sollen dann die Bürger diese Verpackung hintragen, nicht sollen, sie müssen. Für Steyr, mit 8.405 Tonnen Deponiemüll im vorigen Jahr, würde bei geschätztem Zweidrittelanteil der Verpackungen theoretisch 6.300 Tonnen von der AGV gesammelt, 60 % davon aussortiert und die restlichen 40 % wiederum auf unsere Deponie gebracht werden. Ab 1. Oktober, also in 14 Tagen, soll das geschehen, vorbereitet durch die AGV ist überhaupt nichts, außer große Worte. Verschiedene Entsorger rennen uns bereits die Tür ein, weil es sich hier um ein Umsatzvolumen von 7 - 20 Mio Schilling handelt, je nachdem wieviel er von den Bürgern geliefert erhält. Meine Fraktion und ich als Referent, als Obmann des Abfallverbandes, lehnen daher jede Verantwortung für einen Vorgang ab, der die Bürger und die Verwaltung kriminalisiert. Wir lehnen es auch ab, 17.000 Haushalte zu bespitzeln und eventuell bestrafen zu lassen.

Herr Stadtrat Zagler und die Gemeinderäte Bremm und Phillips verlassen um 21,16 Uhr die Sitzung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, in zweieinhalb Minuten eine sehr wesentliche Aussage.

Zweitgrößte Fraktion FPÖ - spricht jemand von der FPÖ zu diesem Thema? Die FPÖ hat keine Wortmeldung zu diesem Thema.

Die ÖVP? Zustimmung zur Kenntnis genommen.

Die GAL? Auch zur Kenntnis genommen, danke.

Hat die FPÖ ein Thema?

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Wir haben viele Themen, aber angesichts der späten Stunde, verzichten wir auf eine weitere Verlängerung des Gemeinderates.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Die FPÖ ist müde ...

Gelächter.....

Die ÖVP? Verzichtet auch, sind auch müde.

Die GAL?

Zwischenrufe....

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Heute nicht - eine Ankündigung - es ist auch heute möglich, mehrere Themen einzubringen und bei jeder aktuellen Stunde, sie sollen nur nicht länger als eine Stunde dauern.

Wir sind nun tatsächlich am Ende unserer Sitzung angekommen, es war die erste Herbstsitzung, sie war sehr ausführlich, sehr interessant, zum Teil über weite Strecken sehr unterhaltsam. Ich bedanke mich für Ihre Mitwirkung, meine Damen und Herren, und schließe diese Sitzung.

Ende der Sitzung 21.23 Uhr

Der Vorsitzende:

Bürgermeister Hermann Leithenmayr e. h.

Die Protokollführer:

OMR Mag. Augustin Zineder e. h.

Ulrike Sturmberger e. h.

Die Protokollprüfer:

GR Josef Mayr e. h.

GR Walter Strobl e. h.

